

Augenzeugenberichte aus Brokdorf



AKW
Bro

AUSGEGEBEN VOM ERMITTLUNGSAUSSCHUSS DER BUU - 1976

DM 3,-

Einleitung

Am Freitag, den 19. November 1976 wurde der Ermittlungsausschuß der BUU gegründet. Wir wollen uns ein möglichst genaues Bild von den Ereignissen des 30. 10. und 13.11. machen und haben uns folgende Ziele gesetzt:

- Das Vorgehen der Polizei genau zu dokumentieren, um daraus für die Zukunft zu lernen.
- Alle Personen zu unterstützen, gegen die Ermittlungs- und Strafverfahren eingeleitet werden. Wir müssen verhindern, daß durch lügenhafte Polizeiaussagen einzelne Atomkraftgegner stellvertretend für die Bewegung gegen Atomanlagen zu hohen Strafen verurteilt werden.
- Alle Personen zu unterstützen, die gegen die Polizei und die Verantwortlichen Klage führen.

Dafür ist zunächst die Schaffung einer breiten Öffentlichkeit erforderlich. Dem dient die vorliegende Broschüre.

Daß ein großes allgemeines Interesse besteht, zeigt sich unter anderem daran, daß bereits Journalisten, Vertreter der Kirchen und anderer Organisationen sowie viele Einzelpersonen Material von uns erbeten haben. Im Interesse derjenigen, die uns vertrauensvoll ihre Aussagen zur Verfügung gestellt haben, geben wir das Material nicht unkontrolliert weiter und gewähren niemandem Einblick in die Akten. Nur das in dieser Broschüre zusammengestellte Material ist für die Öffentlichkeit freigegeben und jeder kann damit nach eigenem Ermessen weiterarbeiten. Die hier veröffentlichten Aussagen sind erst nach Sichtung des gesamten bisher vorliegenden Materials und nach Absprache mit den Anwälten ausgesucht worden. Um weder mögliche Prozesse noch irgendwelche Personen zu gefährden, haben wir manche Passagen gestrichen und Namen unkenntlich gemacht.

Diese Broschüre ist nicht mehr, als eine vorläufige Materialsammlung. Als nächstes müssen wir die Einzelheiten der beiden Tage noch genauer erfassen und die Vorkommnisse in größere Zusammenhänge einordnen.

Wir brauchen noch mehr detaillierte Berichte. Geht bitte auf folgende Punkte besonders genau ein:

- Name und Anschrift
- genaue Angabe von Zeit und Ort des Ereignisses (möglichst mit Skizze)
- konkretes Ereignis genau beschreiben
- Seid Ihr Zeuge, Verletzter, Angezeigter oder Festgenommener?
- Habt Ihr bereits Aussagen gemacht, wenn ja, wo?
- Habt Ihr Anzeige erstattet (wo? gegen wen?)
- Seid Ihr "erkennungsdienstlich" behandelt worden?
- Beschlagnahmen, Durchsuchungen?
- Könnt Ihr weitere Zeugen benennen? (Name/Anschrift, oder Beschreibung)
- Habt Ihr Polizisten, Wasserwerfer, Polizeifahrzeuge oder Hubschrauber identifiziert? (Einheit, Herkunft, Auto-kennzeichen, Dienstnummer und Fahrzeugnummer)
- Die Verletzten bitten wir, Art und Schwere ihrer Verletzungen zu schildern und anzugeben, wer sie bescheinigen kann (Arzt oder Zeugen)

Rechtshilfekonto:

Westbank Hamburg, BLZ 200 30000
Kontonr. 11/18413 (Lüthje, BUU Altona)

Die Broschüre ist folgendermaßen gegliedert:

Zuerst stellen wir in einer kurzen Chronologie die Geschichte des Widerstandes gegen das AKW Brokdorf dar.

Darauf folgen zwei Erklärungen, die auf einer Pressekonferenz am 20.11.76 veröffentlicht wurden. Die erste Erklärung ist ein detaillierter Bericht über den Verlauf der beiden Demonstrationen, die zweite ein Bericht des Sanitätsdienstes der BUU über Zahl und Schwere der Verletzungen.

Daran schließen sich die Zeugenaussagen an, die wir, dem Verlauf der Ereignisse entsprechend, soweit es uns möglich war gegliedert haben.

Die Schilderung der Ereignisse endet mit einem Polizeibericht über die Vorfälle am 13.11.

Dann folgen Solidaritätserklärungen, die in Fülle bei uns eingingen, von denen wir aber nur einige wenige abdrucken können.

Am Schluß geben wir an, wie wir uns weiter wehren werden, sowohl gegen die polizeilichen Verfolgungen als auch gegen das Atomkraftwerk in Brokdorf.

Die Broschüre schließt mit dem Aufruf, zu einer erneuten Großkundgebung am Bauplatz im Februar 1977 zu kommen.

Presserechtlich verantwortlich:

Ermittlungsausschuß der BUU

c/o Klaus Derikum

Eppendorfer Baum 4

2000 Hamburg 20

3. Auflage

11. - 15. Tausend Februar 1977

Druck: Eigendruck

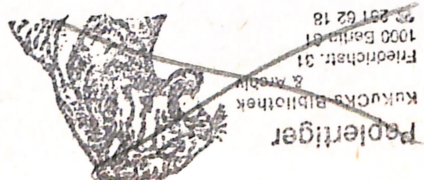
Vorwort zur 2. Auflage:

Seit dem Erscheinen der 1. Auflage haben uns zahlreiche neue Berichte und Informationen erreicht. Wir haben deshalb den Teil der Broschüre ergänzt, der die weitere Verfolgung von AKW-Gegnern durch Polizei und Justiz dokumentiert. Wir wollen damit zeigen, daß immer mehr Bürger an die Öffentlichkeit treten, um sich dagegen zu wehren.

Am 17.12. 1976 wurde ein vorläufiger Baustop gerichtlich verfügt. Von unseren Forderungen ist damit nur eine vorläufig erfüllt, nämlich der Baustop. Das Gelände ist immer noch eine Festung. Solange der Zaun steht, ist klar, daß die Atomindustrie weiterbauen will, ist ein Schritt der Teilgenehmigung verwirklicht. Atomindustrie und Regierung haben bisher immer versucht, vollendete Tatsachen zu schaffen (z.B. die Vorbereitung des Bauplatzes wie Planung, Straßenbau, Informationszentrum in Brokdorf usw., bevor ein Erörterungstermin stattgefunden hatte, eine Baugenehmigung ausgesprochen war) und dann den Anschein erweckt, jetzt sei schon so viel investiert, jetzt könne man den Bau nicht mehr rückgängig machen. So wurde auf dem Erörterungstermin in Wilster sogar davon gesprochen, daß der Bau eines AKW noch lange nicht die Genehmigung 'zum Betrieb bedeute, daß der Erbauer sich verpflichtet habe, bei Verweigerung der Betriebsgenehmigung den Urzustand wiederherzustellen - und das bei Baukosten von etwa 1,3 Mrd. DM! Das Risiko, das wir mit dem Atomkraftwerk eingehen, ist uns zu groß, als daß wir einer solchen Argumentation Glauben schenken könnten.

Nebenstehend drucken wir im Auszug die Erklärung der Hamburger Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke ab, die am 23. Dezember 1976 zum vorläufigen Baustop verabschiedet wurde.

Hamburg, den 10. Januar 1977



" Das Gerichtsurteil von Schleswig ist ein Teilerfolg. Es ist als eine Reaktion der Gerichte zu sehen auf den massenhaften und unterschiedenen Widerstand der Bevölkerung. Stoltenberg und die Landesregierung versuchen jetzt, die politische Entscheidung über den Bau des AKW auf scheinbar neutrale Gerichte abzuschieben und damit die AKW-Gegner von sich abzulenken. Einen Tag vor dem vorläufigen Baustop hat Bundeskanzler Schmidt in der Regierungserklärung die verstärkte Weiterführung des Atomprogramms angekündigt. Nur die Form der Durchsetzung soll verändert werden, das Atomprogramm an sich wird nicht in Frage gestellt. Zum einen soll - wie schon auf Erörterungsterminen und in Bürgerdialogen - dem Bürger mehr Möglichkeit gegeben werden, sich zu informieren (und zwar durch die Broschüren und andere Propaganda der Atomindustrie und der Regierung) und zu diskutieren mit dem Ziel, den Bürger an der Durchsetzung des Atomprogramms zu beteiligen; zum anderen sollen die politischen Entscheidungen auf scheinbar neutrale Gerichte verlagert werden.

Die Bürgerinitiativen sollen durch eine staatliche Umarmungstaktik in den Verwaltungsapparat integriert und abhängig gemacht werden ("Bürgerdialog", gemeinsame Zeitung von Bundesforschungsministerium und Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz). Die Regierung führt diese Manöver durch, weil wir unsere Entscheidung und Geschlossenheit in Wyhl, Lichtenmoor und Brokdorf gezeigt haben. Weil wir gezeigt haben, daß wir uns durch Paragraphen und Verordnungen nicht abhalten lassen, für unsere Lebensinteressen zu kämpfen. Diese Manöver sollen uns spalten: in die Menschen z.B., die noch Vertrauen in die Gerichte setzen und in solche, die erfahren haben, daß wir zu guter Letzt nur auf unsere eigene Kraft bauen können.

Begleitend mit dieser Umarmungstaktik findet eine Kampagne der Diffamierung, Kriminalisierung und Einschüchterung der AKW-Gegner statt. So bezeichnet Stoltenberg 30000 verschiedene Menschen als gewalttätige Anarchisten und Terroristen; Angestellte im öffentlichen Dienst und Beamte werden mit Berufsverbot bedroht; AKW-Gegner werden vom Verfassungsschutz und der Polizei bespitzelt und sollen vor Gericht gestellt werden.

Alle großen Parteien (SPD, CDU/CSU und FDP) haben dem Atomprogramm zugestimmt. Streitereien auf Landesebene ändern daran nichts. Hier will die eine Partei auf Kosten der anderen Sympathien gewinnen, obwohl sich das Verhältnis in anderen Ländern genau umkehrt. ...

... Aus diesen Überlegungen folgt:
Der Adressat unseres Widerstandes sind nicht die Gerichte, sondern die Landesregierung mit Stoltenberg und die Bundesregierung, die für das Atomprogramm verantwortlich sind.

Von unseren Forderungen ist nur eine vorläufig erfüllt, nämlich der Stop des Baus. Das Gelände ist noch immer eine Festung.

Unsere Forderungen bleiben bestehen:

- Abzug der Polizei, des Werkschutzes und der Baumaschinen
- Keine Verhandlungen, bevor der Bau gestoppt ist
- Öffentliche Verhandlungen in der Wilstermarsch
- Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren
- Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei
- Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden
- Kein Atomkraftwerk in Brokdorf und auch nicht anderswo
- Keine Wiederaufbereitungsanlage

Wir fordern die Landesregierung auf, diese Forderungen sofort zu erfüllen. Das Gericht fordern wir auf, im Interesse der Bevölkerung den Baustop und die Rückführung des Geländes in seinen vorherigen Zustand Anfang Februar anzuordnen. Wir werden eine Weiterführung des Baus oder eine Verschleppung der Erfüllung unserer Forderungen nicht hinnehmen.

Wir sehen uns sonst gezwungen, die Verwirklichung unserer Forderungen selbst praktisch durchzuführen. In jedem Fall werden wir am 19. Februar eine Großkundgebung in Brokdorf durchführen. Welchen Charakter sie haben wird: ob Besetzung des Bauplatzes oder Freudenfest wird vom Verhalten der Landesregierung und der Gerichte abhängen."



CHRONOLOGIE

DES WIDERSTANDES GEGEN DAS GEPLANTE ATOMKRAFTWERK BROKDORF

- Nov. 73 Die NWK (Nordwestdeutsche Kraftwerke AG) gibt Brokdorf als Standort für den Bau eines geplanten AKW bekannt. (Druckwasserreaktor mit einer Leistung von 1300 MW betriebsfertig 1980)
- 26.11.73 Die Bürgerinitiative Umweltschutz Untereibe wird gegründet.
- 5.12.73 Ein Gespräch zwischen NWK und Vertretern des Kreises Steinburg über die Unterstützung gewisser Baumaßnahmen in der Gemeinde Brokdorf findet statt.
- Anfang Dez. Eine Befragung der Bevölkerung der Gemeinden Brokdorf und Wewelsfleth wird durchgeführt. 75% der Befragten sprechen sich gegen das AKW aus.
- 15.12.73 Die Landesregierung veranstaltet eine Informationsveranstaltung. Wichtigstes Argument der Befürworter: Ohne AKWs gibt es bald keinen Strom mehr. Eine spontane Abstimmung unter den Anwesenden ergibt, daß sich 75% gegen ein AKW aussprechen.
- März 74 Kommunalwahlen. Befragung der Kandidaten aller Parteien durch die BUU zum Bau des AKW.
- Aug. 74 Beantragung der Bau- und Betriebsgenehmigung für das AKW von der NWK/HEW. Innerhalb einer vierwöchigen Einspruchsfrist sammelte die BUU 31178 Einspruchsunterschriften. Viele Bürgerinitiativen und Vereine schließen sich im Namen von 40000 Mitgliedern den Einsprüchen an.
- Nov. 74 Der atomrechtliche Erörterungstermin wird in Wilster abgehalten. Die Erörterung dauert 4 Tage und wird ohne vollständige Erörterung aller Fragen von der Behörde abgebrochen. Festgestellt wird, daß von 14 geforderten Gutachten nur 4 vorliegen.
- 30.4.75 "Tanz in den Mai". Die BUU, der inzwischen 160 Mitglieder angehören, veranstaltet ein Maifeuer.
- Mai 75 Eine Gruppe der BUU fährt in den Kieler Landtag. Auf Anfragen, die von der BUU durch MdL Herrn Sonneburger gestellt werden, antwortet Stoltenberg, die neuangelegte Straße zum Bauplatz sei kein Vorgriff auf die Baugenehmigung des AKW; außerdem sei der atomrechtliche Erörterungstermin ordnungsgemäß abgeschlossen.
- Juli 75 Das Straßentheater der BUU mit dem Stück "Sein oder Nichtsein" startet eine Theatertournee in die Orte der näheren Umgebung Brokdorfs.
- Okt. 75 Die KKW Brokdorf GmbH beantragt, "die Elbe zu Kühlzwecken und zur Einleitung von Abwässern" zu nutzen zu dürfen. Gegen den Antrag erheben 5800 Menschen Einspruch. Ausliegende Gutachten dürfen von den Mitgliedern der BUU nicht fotokopiert werden.

- Dez. 75 Die norddeutschen Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbände erklären, daß sie den Bauplatz besetzen werden, wenn gerichtliche Schritte nicht ausreichen, den Bau zu verhindern.
- 28.2.76 Zum Bauplatz wird eine Sternfahrt veranstaltet und ein Bäumchen als Symbol für das Leben gepflanzt.
- 8.3.76 Der wasserrechtliche Erörterungstermin beginnt. Die Behörde trennt einheimische und auswärtige Einwohner, schließt willkürlich auswärtige Sachverständige und Gutachter aus. Der Verhandlungsraum in Wilster ist von mehreren Hundertschaften Polizei umstellt; die AKW-Gegner sollen dadurch eingeschüchtert werden. Die Baumaßnahmen haben unterdessen bereits begonnen: Eine Zufahrtsstraße ist gebaut, Belastungsproben auf dem Bauplatz sind vorgenommen worden, Häuser am Bauplatz werden abgerissen. Die Erörterung wird am 16.3.76 beendet, ohne daß alle Fragen geklärt werden konnten.
- Ostern 76 Transparente werden auf dem Weich aufgestellt, Flugblätter verteilt und mit Ausflüglern wird diskutiert.
- Frühsommer 76 In einzelnen Ortschaften der Umgebung bilden sich Untergruppen der BUU, so in Krempe, Wilster und Itzehoe. Vertreter der einzelnen Initiativen treffen sich jetzt regelmäßig auf einem Regionaltreffen, um die Arbeit zu koordinieren.
- 23.6.76 Das AKW Brunsbüttel wird in Betrieb genommen. Eine weitere Untergruppe der BUU wird gegründet.
- Sept. 76 Der Probelauf des AKW Esenshamm an der Unterweser wird durch Gerichtsurteil gestoppt. Nur die breite Unterstützung der Kläger durch die Bevölkerung hat dieses Ergebnis ermöglicht. Die BUU unterstützt die Aktionen gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Niedersachsen. Ein Standort ist Lichtenhorst; dort wurden u.a. durch eine mehrtägige Besetzung Landvermessung und Trinkwasserbohrungen verhindert. Mitglieder der BUU helfen dort z.B. bei der Errichtung eines Bewachungsplatzes und beteiligen sich an Podiumsdiskussionen.
- Okt. 76 In Brokdorf wird auf dem Feld, gegenüber dem Bauplatz ein großes Schild aufgestellt mit der Aufschrift:
HIER VERHINDERT DIE BEVÖLKERUNG DAS ATOMKRAFTWERK BROKDORF
Alle Bürgerinitiativen, die die BUU unterstützen, werden unter dem Schild aufgeführt. Unter Androhung gerichtlicher Schritte fordert der Landrat des Kreises Steinburg den Bauern, auf dessen Feld das Schild steht, auf dieses zu entfernen. Als Begründung wird angeführt, daß es sich um ein Werbeschild handle und außerdem keine Baugenehmigung vorliege. Dieser Angriff auf die Öffentlichkeitsarbeit der BUU ist vorbereitet worden durch eine Diffamierungskampagne in der regionalen Presse, in der



Großveranstaltung zu kommen. Alle Bürger sind aufgerufen, zu kommen und durch Teilnahme an dieser Veranstaltung ihren Willen kundzutun, den Bau von AKW und Wiederaufbereitungsanlagen zu verhindern.

Am Sonnabend, den 30. Oktober kamen etwa 8000 AKW-Gegner, die zum Teil von weit her angereist waren, z.B. aus Holland, Dänemark, Belgien und der Schweiz, zusammen, obwohl Polizeisperren verhinderten, daß etliche Demonstranten überhaupt bis nach Brokdorf kamen.

Auf der Kundgebung wurde von allen Rednern, besonders von den Wyhlern die praktische Erfahrung durch ihren erfolgreichen Kampf gegen das AKW Wyhl haben, die Legitimität und die Notwendigkeit einer Platzbesetzung betont. Daß das genau den Vorstellungen tausender Kundgebungsteilnehmern entsprach, zeugte der andauernde Beifall.

Nach der Kundgebung begann der Rundgang um das Gelände. Hierbei gelang es nach wenigen Minuten mit Hilfe von Strohballen, Teppichen, Stangen, Brettern und Zangen an 3 Stellen den Durchbruch zu schaffen. Etwa 2000 AKW-Gegner besetzten den Platz. Anfangs versuchte man uns mit berittener Polizei zu vertreiben, die rücksichtslos in die wehrlos dasitzende Menge hereinritt. Dieser Versuch scheiterte, da wir zusammenhielten, und uns nicht in Panik bringen ließen. Darauf gelang es jedoch der Polizei, uns in einer Ecke des Platzes festzuhalten und uns mit Natodraht einzugeln. Hinzu kam unsere Uneinigkeit in Bezug auf das weitere Vorgehen, weil einige meinten, verhandeln zu müssen, so daß viele erst einmal abwarteten und während der Polizeiaktionen passiv blieben. Den Zusagen der Polizei, vorerst nicht zu räumen, wurde von einem Großteil der AKW-Gegner Glaube geschenkt.

Daraufhin wurden Lagerfeuer angezündet, Zelte aufgebaut, Schlafsäcke herangeschafft, und die umliegende Bevölkerung unterstützte die Orga-

sierung der Verpflegung der Besetzer. Suppe, heißer Tee, Apfel, Milch und Wurst wurden auf den Platz geschafft, 2 Bäcker tauten tiefgefrorenes Brot auf.

Um den Zugang für den Nachschub zu sichern, wurde auf der Zugangsstraße eine Barrikade errichtet. Diese Aktion wurde von der Polizei ständig mit Wasserwerfern behindert.

Hauptsächlich durch die chemische Keule und Tränengas verletzte Demonstranten wurden in einem notdürftig eingerichteten Sanitätszelt behandelt.

Um 20.00 Uhr kam Befehl aus dem Innenministerium Kiel, den Platz zu räumen. Um 20.30 Uhr ging es los.

Die Sperre auf der Straße wurde von der Polizei durch Einsatz von Wasserwerfern, Schlagstöcken und der chemischen Keule gestürmt. Anschließend wurden die auf dem Platz eingekreisten AKW-Gegner mit gleichen Mitteln vertrieben, die Polizei ging mit unfassbarer Brutalität vor. Die zusammengekauerten Besetzer wurden mit Füßen getreten, geschlagen und die chemische Keule wurde aus wenigen Zentimetern Entfernung mehrmals hintereinander angewendet. Das Zeltdorf wurde zusammen mit zurückgebliebenen Sachen, darunter Kleidungsstücke, Schlafsäcke und Ausweise von der Polizei zusammengetragen und sofort verbrannt. Danach wurde mit Bulldozern alles eingeebnet. Nach Angaben der Polizei befinden sich noch einige Sachen in Itzehoe. Der Staat hatte versucht, uns seine Unangreifbarkeit und unsere Machtlosigkeit zu demonstrieren. Das ist ihm nicht gelungen. Durch die Besetzung haben wir gezeigt, daß letztlich auch Stacheldraht, Wasserwerfer, Polizisten, Berittene Polizei, Werkschutz und Polizeihunde uns nicht hindern können, die Baumaßnahmen zu verhindern. Zwar wurden wir schließlich vom Platz geküppelt, doch das Ziel, jeden Widerstand als sinnlos erscheinen zu lassen, hatte die Polizei nicht erreicht. Das Gegenteil war der Fall.

Bereits am Tage nach dem brutalen Polizeieinsatz fanden sich innerhalb weniger Stunden mehrere tausend Menschen aus der Region um Brokdorf zu einem Schweigemarsch von Wewelsfleth nach Brokdorf ein.

Nach diesem Wochenende erreichten uns eine ungeheure Flut von Solidaritätserklärungen mit der Aufforderung, den Widerstand fortzusetzen und eine neue Demonstration vorzubereiten. In einigen Städten z.B. in Itzehoe und Freiburg fanden Demonstrationen gegen die Vorfälle in Brokdorf statt. Es wurde klar, daß die Ereignisse nicht zu einer Resignation geführt hatten, sondern den Willen zum Widerstand gestärkt hatten.

Währenddessen gingen die Baumaßnahmen zu Befestigung des Baugeländes weiter. Es wurden z.T. bis zu 8m breite Gräben ausgehoben, und an einigen Stellen eine bis zu 5m hohe Mauer aus Beton, Stahlgitter und Stacheldraht errichtet und die Natodrahtrollen erheblich verstärkt. Es wurde immer offensichtlicher, daß die Landesregierung große Angst vor dem entschiedenen Auftreten der Bevölkerung hatte, und unter allen Umständen einer offenen Konfrontation aus dem Weg gehen wollte. Am Donnerstag wurde bei einem Bauern ein Zeltlager eingerichtet, das vielen Menschen die Möglichkeit geben sollte, sich an den Vorbereitungen zur Kundgebung zu beteiligen. Das Lager wurde von der Behörde mit polizeilicher Unterstützung mit der Begründung verhindert, das es ein Verstoß gegen das Landschaftsschutzgesetz darstellt.

In den folgenden Tagen kam es immer wieder zu Übergriffen der Polizei, die ohne jede Begründung Privatgelände betrat. Am Freitag wurde dann ein Zelt aufgebaut, das als Treff- und Versammlungsort dienen sollte. Die Polizei versuchte abends abermals mit Einsatz von ca. 30 Mann das Zelt zu

räumen. Es lag weder eine schriftliche Begründung vor, noch konnte der Einsatzleiter sonst Gründe nennen, die ein derartiges Vorgehen gerechtfertigt hätten. Nach einer 3/4 stündigen Diskussion, mußte die Polizei erkennen, daß es nicht möglich war, das Zelt ohne starken Widerstand abzuräumen, und zog ab.

Freitagnacht verschärfte sich die Lage in der Umgebung von Brokdorf noch weiter: das Gebiet wurde im ca. 12km Umkreis durch Polizeisperren mit einem äußeren und inneren Sicherheitsgurt hermetisch abgeriegelt. Es war unmöglich für Auswärtige mit dem Wagen durchzukommen. Lastwagen mit der Lautsprecheranlage und Material wurden an den Straßensperren lange festgehalten und durften nicht zum Kundgebungsplatz befördert werden. Die Polizei beschlagnahmte bei einem Bauern eine große Anzahl von Pappschildern.

Die zweite Demonstration fand am Sonnabend den 13.11. statt.

Über 30 000 Menschen sind wegen der Polizeisperren zum Teil über 10 KM zu Fuß gelaufen um den Kundgebungsplatz zu erreichen. Viele Menschen wurden an den Sperren festgehalten.

Nach einer kurzen Kundgebung strömten die Demonstranten zum Bauplatz. Es wurden provisorische Brücken über die Gräben gebaut und es wurde versucht den Schutzwall zu beseitigen. Der Durchbruch gelang an 3 Stellen. Die Polizei versuchte in dieser Zeit den Platz hauptsächlich vom Baugelände aus zu verteidigen. Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes flogen im Tiefflug über die Demonstranten und beschossen sie mit Rauch und Tränengasgranaten und mit Flüssigkeiten, die mit chemischen Reizstoffen versehen waren. Es gab viele Verletzte auf Seiten der Demonstranten. Etwa 1000 Demonstranten mußten von unseren Ärzten medizinisch versorgt werden. Ärzte und Krankenwagen wurden von den Polizeisperren gehindert, an den



Kundgebungsplatz zu gelangen.

Nachdem deutlich wurde, daß wir mit unseren beschränkten technischen Mitteln den Bauplatz zu dieser Zeit nicht besetzen konnten versuchten die Demonstranten sich zurückzuziehen. Jetzt kam es erneut zu brutalen Übergriffen der Polizei und zu Verhaftungen. In Kommandos überfielen Polizisten Gruppen von heimkehrenden Demonstranten oder Einzelpersonen und schlugen sie blindwütig zusammen. Verletzten wurde von der Polizei ärztliche Versorgung verweigert. Polizisten weigerten sich, ihre Dienstnummer oder ihren Namen auszugeben.

Sind wir dem Ziel, das AKW zu verhindern, näher gekommen?

Wir glauben, diese Frage mit Ja beantworten zu können, und zwar aus folgenden Gründen:

- Die Auseinandersetzungen um das AKW Brokdorf haben zu einer breiten Mobilisierung großer Teile der Bevölkerung geführt. Viele Menschen haben mit Entschiedenheit ihr legitimes Recht auf Leben und gesunden Lebensraum verteidigt und sich auf eine Konfrontation mit der Staatsmacht vorbereitet.
- Die öffentliche Entrüstung um die Vorfälle in Brokdorf ist im In- und Ausland gewachsen. Das zeigt sich an einer Flut von Solidaritätserklärungen und Angeboten von finanzieller und personeller Unterstützung. Die Vorfälle haben nicht zu einer Resignation, sondern zu einer Stärkung des Widerstandes geführt.
- Vielen Menschen ist klar geworden, wessen Interessen die Regierungen in Kiel und Bonn vertreten; nämlich die der Atomindustrie, gegen den erklärten Willen der Bevölkerung. Das zeigt sich auch daran, daß die brutalen Übergriffe der Polizei und des Bundesgrenzschutzes gegen die Bevölkerung von Regierungsseite gedeckt werden.

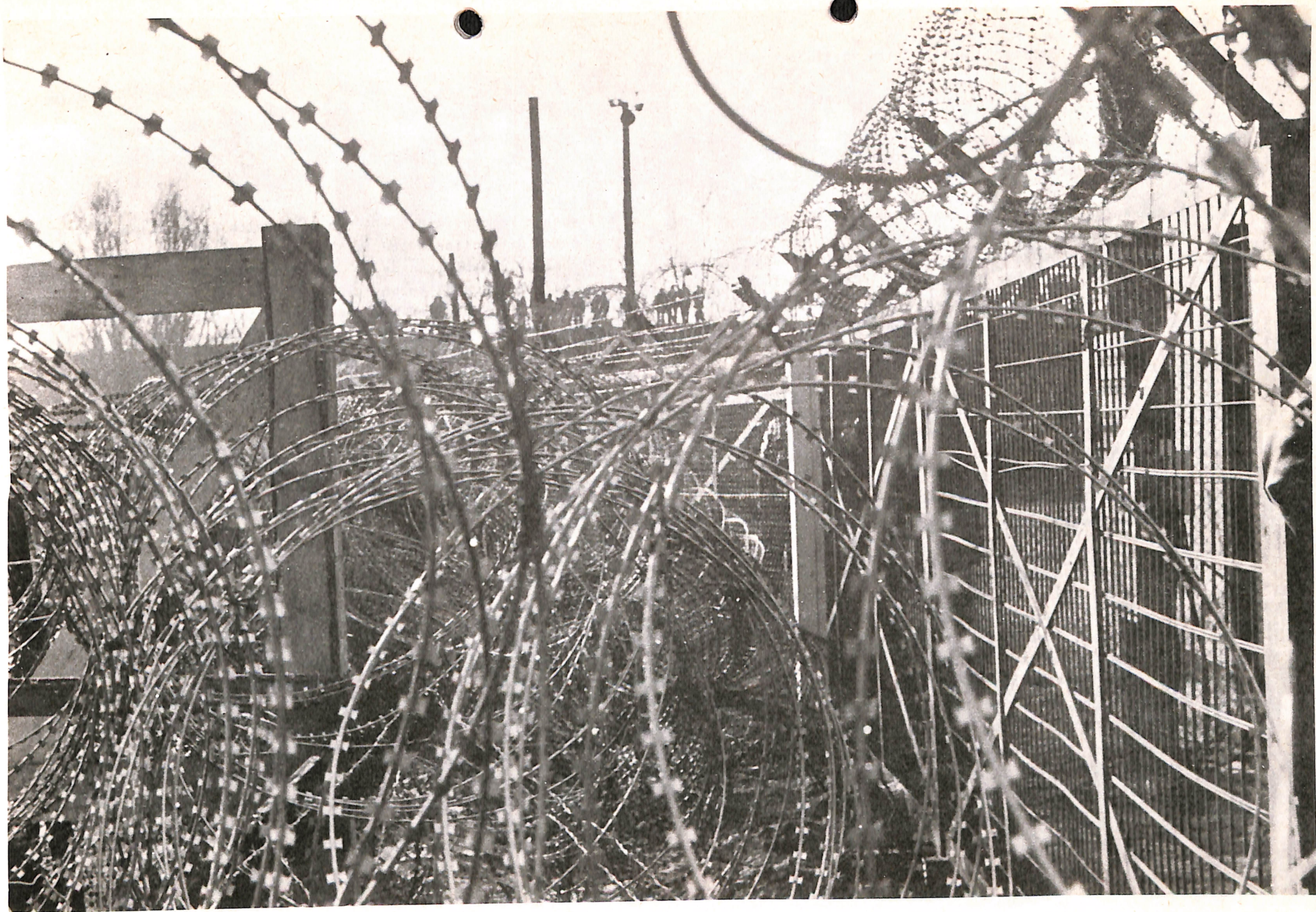
Wir wissen, daß es eine Illusion ist, zu glauben, daß wir durch die Ereignisse an den letzten Wochenenden eine Grundlage für erfolgreiche Verhandlungen mit Politi-

kern erreicht haben. Wir lassen uns durch Parteigezänk, durch vage Diskussionen über rechtliche Möglichkeiten, durch Angebote zu Gesprächen mit Politikern nicht davon abbringen, den Bau des AKW noch entschiedener als bisher zu verhindern.

Deshalb erklären wir:

Wir wollen kein AKW in Brokdorf oder anderswo. Wir haben erfahren, daß wir durch Verhandlungen, Gespräche mit Politikern, Podiumsdiskussionen und Erörterungsterminen allein unser Recht nicht bekommen. Wir halten es deshalb auch für unser legitimes Recht, den Bau des AKW am Platz zu verhindern und bereiten uns darauf vor. Wir wissen, daß unser Gegner nicht die Polizei ist, sondern die Verantwortlichen in Kiel und Bonn und in der Industrie. Unsere Kraft sind die richtigen Argumente, die Entschlossenheit der Bevölkerung und ihre offene Entrüstung. Unsere Forderungen sind unverändert:

- ABZUG DER POLIZEI
- ABZUG DES WERKSCHUTZES
- WEG MIT DEN BAUMASCHINEN
- KEINE VERHANDLUNGEN, BEVOR DER BAU NICHT GESTOPPT IST UND NUR ÖFFENTLICHE VERHANDLUNGEN
- EINSTELLUNG ALLER ERMITTLUNGSVERFAHREN UND STRAFVERFOLGUNGEN
- SCHLUSS MIT DEN BÜRGERKRIEGSMANÖVERN
- KEIN AKW IN BROKDORF ODER ANDERSWO, KEINE WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGEN



PRESSEERKLÄRUNG DER BÜRGERINITIATIVEN UMWELTSCHUTZ

UNTERELBE

BETREFFEND VERLETZTE KKW-GEGNER

vom 13. November 1976

Die Erfahrungen bei Protesten gegen den Bau von Atomkraftwerken und die Ankündigung der Landesregierung von Schleswig-Holstein liessen erwarten, dass das in Brokdorf aus der ganzen Bundesrepublik zusammengezogene Polizei- und Bundesgrenzschutzheer mit grosser Härte gegen die Demonstranten vorgehen würde. Daraufhin hat die BUU gemeinsam mit vielen freiwilligen Helfern (Ärzten und Sanitätern) einen minimalen medizinischen Schutz organisiert. Entgegen vielen Berichten in der Presse hat das brutale Vorgehen der Polizei zu unterschiedlich schweren Verletzungen bei einer bisher unübersehbaren Zahl von Demonstranten geführt. Die BUU legt hiermit erste Zahlen vor. Die Angaben sind Berichten des Krankenhauses Wilster (Menckestift), der Notversorgungsstellen der BUU sowie einzelner fachkundiger Helfer entnommen.

- 500 Personen wurden zum Teil erheblich durch den massiven Einsatz verschiedener Giftgase verletzt. Tränengas, Nebelkerzen, und die "Chemische Keule" wurden wahllos und zum Teil von Hubschraubern aus gegen Menschenansammlungen eingesetzt. Dies führte zu Augenverletzungen, Hautverätzungen sowie Atemnot und bedrohlichen Kreislaufreaktionen (in etwa 50 Fällen), ferner zu Vergiftungserscheinungen, anhaltenden starken Kopfschmerzen und Übelkeit, in einem Fall zu einer lebensgefährlichen Lungenerkrankung (beginnendes Lungenödem).
- 50 Personen wurden durch Steinwürfe und Knüppelschläge verletzt (Kopfplatzwunden und Prellungen). Vor allem gegen Ende der Demonstration entstanden diese Verletzungen durch Steinwürfe und regelrechte Verfolgungsjagden der Polizei gegen friedlich und diszipliniert

abziehende Demonstranten. Zu den schwersten und unmittelbar durch die Polizei verursachten Verletzungen zählen: 3 Wirbelsäulenverletzungen, 3 Schädelfrakturen, 10 schwere Gehirnerschütterungen. Zwei Verletzte schweben immer noch in Lebensgefahr, einer davon ist der Kieler Betriebsrat B. Wotialla, der sich inzwischen einer Schädeloperation unterziehen musste.

- Etwa 150 Personen erlitten Unterkühlungen infolge des Wasserwerfereinsatzes bei den herrschenden tiefen Aussentemperaturen. Es muss betont werden, dass die Verantwortlichen diese Art der Körperverletzung bewusst in Kauf genommen haben.
- Nicht zuletzt sind die zahlreichen Nervenzusammenbrüche zu erwähnen. Ausserdem kam es bei 50 Menschen zu unterschiedlich schweren Schnittverletzungen.

Die vorliegenden Zahlen beruhen auf bisher fassbaren Untersuchungen der BUU. Die Dunkelziffer der Unterkühlten und der von der Polizei Misshandelten beträgt mit Sicherheit ein Vielfaches der o.g. Zahlen.

In verschiedenen Fällen hat die Polizei Hilfe für Schwerverletzte unterlassen. Besonders empörend ist die Tatsache, dass die Polizei die freie Fahrt der Notarztwagen des Roten Kreuzes selbst im Falle schwerster Verletzungen behindert hat.

Die BUU stellt fest, dass sowohl Art und Weise des Vorgehens der Polizeikräfte als auch die Art und Anzahl der oben aufgeführten Verletzungen klar und eindeutig darauf hindeuten, dass die Landesregierung in diesem Bürgerkriegsmanöver schwere und lebensgefährliche Verletzungen bei einer grossen Anzahl von Demonstranten in der Planung mit in Kauf genommen hat.



Schikanen bei der Anfahrt.

"...Auf der öffentlichen Deichstraße wurden wir von einem Rendsburger Polizeibuss gestoppt. Man riß uns sofort die Türen auf. 'Polizeikontrolle': Fahrzeugpapiere und Ausweise. Nachdem wir gefragt hatten, wieso denn die Ausweise aller Insassen und warum diese Behandlung, wurde uns gesagt, daß die eine Nummernschildbeleuchtung nicht geht und wir den Polizisten aufgefallen wären, weil wir hier immer herumfahren würden. Wir erklärten, daß das nicht stimmt. Es stellte sich heraus, daß dieser Polizeiwagen vor unserer Ankunft in Brokdorf vor uns auf der Bundesstraße gefahren war. Langsam fuhr, immer langsamer, schließlich rechts anhielt und uns vorbeiließ. Kurz darauf bogen wir links ab um nach dem Weg zu

fragen. Als wir am Baugelände eintrafen, kam auch 'unser' Rendsburger Polizeibuss an. Daher waren wir ihnen also aufgefallen. Damit war die Sache für uns erledigt. Am nächsten Abend, wir lagen schon im Bett, klingelte bei uns das Telefon. Es war die Kriminalpolizei Niebüll. Wie wir dann später erfuhren, wurde ermittelt, ob gegen uns kriminalpolizeiliche Erkenntnisse vorlägen und daß wir in eine Liste für fünf Jahre eingetragen werden. Man kann sich aber auf Antrag aus dieser Liste streichen lassen.(?)..."

Das Vorgehen von Polizei und Werkerschutz auf dem Platz.

"Bei der ersten Bestzung des Platzes, schon jenseits der ersten Zäune ließen die Bullen ihre Pferde hochgehen. Ich bin zur Seite geflüchtet und setzte zum Sprung an über einen Graben auf dem Gelände. Mit mir sprang ein Wachmann hinüber. Auf der anderen Seite kamen wir beide am Boden auf und er packte mich. Ich rutschte aus und bekam einen Tritt ins Gesicht.

Die Platzwunde an der rechten Augenbraue wurde im Krankenhaus Wils-ter genäht..."

" Am Anfang der Demonstration war ich an der Stelle, wo der Zaun zuerst eingerissen worden ist. Dort habe ich gesehen, wie ein Demonstrant von zwei Polizisten aus der Menge herausgezerrt, auf den Platz geschleift und dabei mit Füßen getreten und Knüppeln geschlagen worden ist. Was dann mit ihm passiert ist, weiß ich nicht, nehme an, daß er verhaftet worden ist.

Wir haben dann ja lange Zeit an diesem Durchbruch unter Einsatz von Wasserwerfern stehen und sitzen bleiben können, bis der konzentrierte Einsatz von Tränengas uns vertrieb. Ich bin dann auf den besetzten Teil des Geländes gegangen, wo sich längere Zeit bis auf die Wasserwerfereinsätze nichts außergewöhnliches ereignete. Einmal wurde urplötzlich - ich hatte hingesehen und keine Provokation von Demonstranten bemerkt - der Wasserstrahl auf eine friedlich am Feuer sitzende Gruppe gerichtet, offenbar, um die Besetzer zu schikanieren und zu terrorisieren..."

"Ich befand mich mit einigen anderen bei dem zweiten Durchbruch in der in Richtung Elbe gelegenen Ecke des von den Demonstranten besetzten Bauplatzes. Diese Gruppe hatte sich direkt an der Umzäunung gegenüber den Polizisten hingesetzt, wobei auch versucht wurde, mit diesen Polizisten zu diskutieren. Diese Polizisten hielten ein gewaltsames Eingreifen gegen diese Gruppe von Demonstranten für nicht erforderlich. Eine andere Polizeieinheit begann jedoch gegen diese Gruppe mit Wasserwerfern und Tränengas vorzugehen. Um mich besser vor dem Tränengas schützen zu können, legte ich mich mit dem Gesicht nach unten auf den Boden. Um dem Druck der Wasserwerfer standhalten zu können, klammerte ich mich mit beiden Händen gegen einen eingerammten dicken Zaunpfahl. Zwischen den Demonstranten und der Polizei befand sich keine Absperrung. Die ursprünglich vorhandenen Stacheldrahtrollen waren nicht mehr vorhanden.

...

Dieser Teil lag etwa 200 m von dem besetzten Teil des Bauplatzes entfernt.

Nachdem ich mich an dem Pfahl festgeklammert hatte, traten mir einige Polizisten auf Arme und Hände. Dabei zog ich mir wie ein ärztliches Attest ausweist - Prellungen zu. Daraufhin zogen mich einige Polizisten an den Beinen von dem Pfahl weg und schleppten mich in ihre eigenen Reihen. Von dort sollte ich abgeführt werden. Ich war aufgestanden und wurde von zwei Poli-

zisten abgeführt, einem in Schutzpolizeiuniform und einem in Kampfausrüstung mit Berliner Helm. Letzterer hielt mich im Schwitzkasten und zog mich auf diese Weise mit. Während des Abführens schlug der andere Polizist auf mich mit dem Knüppel

Bei dem Passieren eines kleinen Grabens stürzte ich, worauf der normal uniformierte Polizist auf mich eintrat und mit dem Schlagstock einschlug.

...

Ich wandte mich an den Polizisten und wies daraufhin, daß kein Grund bestünde, auf mich einzuschlagen, da ich keinerlei Widerstand leistete. Kurz darauf ließen sie von mir ab und führten mich zum Polizeiwagen. Dort wurde ich eingehend - unter anderen dadurch, daß man mir die Motorradkleidung runterzog - nach Waffen durchsucht. Dabei wurde ein kleiner Seitenschneider, eine Dose nicht waffenscheinpflichtiger Abwehrspray und eine Plastikflasche mit Zitronensaftkonzentrat gefunden und sichergestellt. Nachdem zwei weitere vorläufig festgenommene Personen, ein Journalist und ein Mitglied einer der Bürgerinitiativen, zu dem Fahrzeug gebracht worden waren, wurden wir zu einem Polizeirevier nach Itzehoe gefahren und dort - wie viele andere - erkennungsdienstlich behandelt. Um 19.15 h wurde ich in Itzehoe wieder auf freien Fuß gesetzt."



Obwohl die Demonstranten bewußt auf Gewaltanwendung gegen Personen verzichteten - Mitglieder der BUU hatten in einem Flugblatt aufgerufen, nicht offensiv gegen Polizei und Werkschutz vorzugehen - wurde der Platz mit beispielloser Brutalität geräumt.

"... Ein Mann, der auf dem Boden lag und sich an einem Pfahl festgeklammert hatte, wurde von ein paar Bullen geknuppelt und versucht, wegzuzerren. Ein paar Leute versuchten ihn zu schützen, indem sie sich über ihn legten und sich ebenfalls festklammerten. Was weiter mit ihnen passiert ist, weiß ich nicht mehr.

... Als bekannt gegeben wurde, die Einsatzleitung hätte zugesagt, daß keine weiteren Bullenaktionen passieren würden, wenn wir sie nicht provozierten, zog ich mit einigen Freunden los und holte unsere ganzen Sachen - Zelte, Schlafsäcke, Decken, Lebensmittel, Taschen mit Kleidung, Büchsen und anderen persönlichen Gegenständen - auf den Platz, baute alles auf. Dann mußte ich mich hinlegen, weil ich wahnsinnige Kopfschmerzen hatte. Als die Bullen auf der Straße angriffen, begab ich mich zum Zentrum und hockte mich zusammen mit anderen Leuten auf den Boden. Tränengas war in der Luft, ich bemerkte aber auch ein seltsames Gefühl im Kopf (wie kurz vorm bewußtlos werden), was aber nicht von meiner Angst herühren konnte. Ich sah über meine Schulter: drei Bullen sprühten wie wild mit der chemischen Keule in die ganze Gruppe, in der ich hockte. Ich hörte Schreie, allgemeine Flucht setzte ein, wir zogen uns langsam zurück Richtung Straße. Bauarbeiter rissen die Zelte ab, schmissen alles in die Lagerfeuer, eine Raupe planierte den Rest platt. Als ich mich kurz vorm Graben an der Straße befand, sah ich, wie vier Bullen einen Mann über den Boden schliffen, der schlaff zwischen ihnen hing. Schließlich schmissen ihn die Bullen mit Schwung in den Graben, der in das Gelände hinein lief und z.T. mit Wasser gefüllt war. Das müssen viele beobachtet haben, denn es gab viele Schreie, Leute, die zu Hilfe eilten, wurden von den Bullen daran gehindert.

Ein Mädchen, das sich mit uns langsam zurückzog, blieb auf einmal - 3 Schritte vor der Brücke über den Graben - stehen, preßte ihre Hände auf die Augen und schrie wie wahnsinnig. Sie war von den Bullen, die uns mit "schneller, schneller" über den Graben zu hetzen versuchten, aus geringem Abstand (1/2 m) mit der chemischen Keule angespritzt worden...."

"... Dann kam die Räumungsaktion. Eine Menge von Leuten auf der Straße errichteten und verstärkten Stacheldrahtbarrieren, um die auf der Straße anrückenden Polizeitruppen ... am Einbrechen zu hindern. Mit Wasserwerfer, Tränengas und chemischen Keulen schafften die's dann aber doch und stürmten auf den Platz. Ich kann mich an Einzelheiten in dieser Szene nicht mehr erinnern, aber ich weiß, daß ich Angst hatte. Sie sahen aufgeregt und aggressiv aus. Die Erinnerung an konkrete Einzelheiten ist auch deshalb schwer, weil die vielen chemischen Einsatzmittel noch in den nächsten Tagen benebelt nachgewirkt haben. Sofort waren jetzt alle Polizisten und auch Bauarbeiter auf dem Feld und schafften es, durch rücksichts- und verantwortungslose Brutalität, die Menge in kleinere Gruppen auseinanderzutreiben. Ich saß in einer Gruppe von 50-100 Leuten. Während wir da saßen, haben mehrere Polizisten uns lässig mit der chemischen Keule eingenebelt. Auch ich wußte eine Zeitlang nicht mehr so recht, wo ich war und was eigentlich los war. Manche haben das Gift aus weniger als 30 cm Entfernung ins Gesicht bekommen, weil die Polizisten die rauhen Massen von Giftgas nicht nur von oben über die sitzende Menge gesprüht haben, sondern auch mitten in die am Rand sitzenden Leuten hinein. Dann wurde die Gruppe vom Rand an zusätzlich mit Knüppeln auseinandergehauen und -getreten und einzelne weggeschleppt. Wir flohen an den Rand des Feldes und auf die Straße. Dabei sah ich noch folgendes: Ein Polizist, dem man -wie ich später hörte- die Gasmaske weggenommen hatte, rannte quer über das Feld und trat dabei in einer gelernten Kampfbewegung im Sprung aus vollem Lauf einem Mädchen mit der Hacke in den Unterleib. Sie war wie gelähmt. Ich habe sie dann nicht mehr gesehen, weiß nicht, wie sie sich erholt hat. Dann wurden die Zelte und Decken und Schlafsäcke verbrannt und wir noch lange grundlos mit Wasserwerfern mit chemischen Zusätzen überschüttet, während wir längst alle auf der Straße weggingen. Sie wollten uns zeigen, wer der Herr im Haus ist und haben sich dabei vor Brutalität und Terror nicht geschaut."

"...Die Polizei rückte näher, riß die alleinstehenden Zelte ab und verbrannte sie in den z.T. noch brennenden Lagerfeuern. Dann umzingelten sie die Sitzenden und begannen die Personen des äußersten Ringes (ca. 5 m Radius) heftigst, z.T. mit wutentstellten Gesichtern, mit Gummistöcken auf Rücken und Kopf zu schlagen, Tränengasbomben in die Mitte zu werfen und mit chemischen Keulen in die Gesichter zu spritzen. Ich bekam einen Schlag auf den Rücken, drehte meinen Kopf um, bekam aus ca. 50 cm Entfernung eine Ladung aus der chemischen Keule ins Gesicht, wurde aus dem Kreis gerissen und nach rückwärts geworfen. Zwei Perso-



nen führten mich - ich konnte ja nicht sehen - auf die Straße. Bis zu dem Zeitpunkt meiner "Blendung" ... kann ich mit nahezu 100 % Sicaerheit behaupten, daß alle Demonstranten ruhig; ohne auch nur ein Zeichen der Gegenwehr zu zeigen, auf der Erde saßen. ... "

"Von der Straße aus gesehen rechts von den Platzbesetzern wurde etwas, das ich zunächst für einen Schlafsack hielt, von der Polizei etwa 4 1/2 m weit durch die Luft geworfen, und zwar in einen kaum mehr als 1/2 m tiefen und sehr engen Graben. Die anderen machten mich darauf aufmerksam, daß Lachen unangebracht sei, da dies ein Mensch wäre! Daraufhin stürmte ich auf der rechten Grabenseite auf die Polizisten zu, um diesen meine Meinung zu sagen. Mit gezogenen Gummiknüppeln versuchten zwei Polizisten mich zu erwischen, da sie aber in ihrer Wut zu schnell von der linken Grabenseite kamen, sind sie dabei ausgerutscht und beide hingefallen. Mehrere Demonstranten reagierten wie ich, einer von diesen etwa wurde verknüppelt. Auch das Opfer erhob sich schließlich aus dem Graben, wurde noch einmal verprügelt (scheinbar hatten die Polizisten es besonders auf ihn abgesehen) und konnte dann zur Straße entweichen. Er hat Glück gehabt m.E., daß er noch lebt; bei der Enge des Grabens und der Gewalt des Wurfes hätte er sich ebenso gut das Genick brechen können."

"... Als der Platz endgültig geräumt wurde, von hinten die Polizei die Besetzer vor sich hertrieb und prügelte, wurden wir von vorn von anderen Polizisten empfangen mit Knüppeln und chemischen Mitteln. Aus aller-nächster Nähe hat mir ein Polizist genau ins Gesicht gespritzt, so daß ich nichts mehr sehen konnte. Andere Besetzer haben mich auf die Straße geführt. - Ein maßloser Polizeieinsatz gegen uns Demonstranten und gegen unser Hab und Gut - vor allem gegen unsere Gesundheit. "

"... kurz darauf wurde ich von zwei Polizisten hochgerissen und vorwärtsgeschubst. Ein Schlag mit dem Gummiknüppel traf mich mit voller Wucht auf die Schulter und einer auf den Rücken. Als wir zum Ausgang getrieben wurden, kroch neben mir jemand, konnte nicht mehr laufen, von Tränengas und Knüppel so zugerichtet."

"... Sie rückten geschlossen gegen die sitzende Menge vor mit Schlagstöcken und chemischer Keule. Brutal wurden die Sitzenden oder Liegenden hochgerissen." "Euch Schweine bringen wir um!" kam aus dem Mund der Polizisten. Nachdem die Demonstranten schon lange am Abzug waren, wurden die letzten brutal in die Gräben geschmissen. Es ist klar, von welcher Seite die Agression kommt !!"



FESTNAHMEN

... "Als ich nach kurzer Zeit wieder bei klarem Bewußtsein war, lag ich mit dem Gesicht auf der Erde. Über mir hörte ich jemanden fragen, ob ich verletzt sei; ich gab keine Antwort. "Ich hab' gefragt, ob Du verletzt bist", mit diesen Worten erhielt ich einen Fußtritt in die Seite. Mit den Füßen wurde ich dann ziemlich unsanft auf den Rücken gedreht. Über mir sah ich zwei Bullen. Einer stellte zum dritten Mal die Frage, worauf ich zum dritten Mal keine Antwort gab, sondern die beiden nur ansah.

"Was soll's, der atmet ja noch", sagte der eine, die Antwort des zweiten daraufhin: "Na ja, dann lebt das Schwein ja noch."

Sie rissen mich hoch und forderten mich auf mitzukommen. Als ich wieder nach unten sackte, stieß mir einer das Knie in den Magen und schrie: "Was, Du Schwein willst nicht, aber das werden wir gleich haben!" Sie schleiften mich dann über den Boden zu einem Sammelplatz, wo schon weitere Festgenommene lagen. Dort wurde ich auf den Boden geschmissen und blieb auf dem Gesicht liegen. Plötzlich wurden wir aufgefordert, uns alle mit ausgebreiteten Armen auf den Rücken zu legen. Da ich dieser Aufforderung nicht sofort nachkam, bekam ich Fußtritte, wurde an den Schultern hochgerissen und dann auf den Rücken geworfen. So mußten wir etwa eine halbe Stunde liegenbleiben, während Bullen, KKW-Arbeiter und andere Typen im Kreis um uns herumstanden und uns beschimpften.

Dann kam ein Fotograf, der die festgenommenen Demonstranten zusammen mit den Bullen, welche die jeweiligen Festnahmen

vorgenommen hatten, fotografierte.

Diese Prozedur wiederholte sich nach gut einer Viertelstunde, diesmal mit einer Sofortkamera.

Kurz darauf fuhren mehrere Mannschaftswagen (VW-Busse mit 7 Mann Besatzung) vor, die uns abtransportieren sollten. Wir wurden nochmals genauestens durchsucht (zum zweiten Mal), dann führte man uns zu den einzelnen Wagen. Als ich bei dem mir zugedachten Wagen ankam, wurde mit Beleidigungen und Drohungen (... "komm' rein hier, Du dreckiges Schwein ... hier bei uns bist Du genau richtig aufgehoben ... den Hund werden wir mal richtig bearbeiten ... sieh Dir diese Typen mal richtig an, die könnte man doch stundenlang in die Presse hauen" usw.) von den Bullen empfangen.

Zwei Bullen rissen mich am Arm in die Tür, noch ehe ich mich bücken konnte, so daß ich mit der Stirn gegen den oberen Türholm stieß. Der Beifahrer riß mich gleichzeitig an den Haaren wieder zurück und schrie: "Los, durchsucht den Sauhund einmal, vielleicht habt Ihr was übersehen". Ich wurde erneut durchsucht, wobei mir diesmal sämtliche Sachen wie Briefftasche, Kleingeld, Zigaretten und Tabak, Schlüsselbund, Kaugummi, Kugelschreiber usw. abgenommen wurden.

Während dieser vollkommen unnötigen Durchsuchung (inzwischen war es die Dritte !) wurde ich die ganze Zeit von dem bereits erwähnten Beifahrer mißhandelt:

Er riß mich an den Haaren soweit durch das Fenster, bis meine Stirn auf der heruntergelassenen Scheibe lag, dann versuchte er immer wieder, mir den Kopf auf die Kante zu schlagen. Da ich seine Absicht durchschaut hatte, preßte ich meinen Kopf so fest wie möglich auf die Fensterkante (weiteren "Widerstand" leistete ich nicht). Daraufhin gab er die Versuche auf und rollte dafür meinen Kopf auf der Fensterkante hin und her. Als die Durchsuchung beendet war, riß er mir zum Abschluß noch einmal mit aller Gewalt den Kopf durchs Fenster und stieß mich dann zur Seitentür, wo ich dann von den Bullen brutal in den Wagen gezerzt wurde!

Auf der Fahrt zum Sammelplatz wurde ich unablässig beschimpft, außerdem wurden mir laufend Schläge angedroht. Als ich mich einmal dazu hinreißen ließ, denen zu sagen, was ich von ihnen hielte ("was seit Ihr bloß für verdammte Schweine!"), bekam ich sofort Faustschläge.

Am Sammelplatz mußte ich in einen anderen Wagen umsteigen, in dem ich mit noch vier anderen Festgenommenen nach Itzehoe transportiert wurde. Ungefähr auf halber Strecke hielt der Fahrer plötzlich und schrie uns an, wer von uns Kerlen Tränengas im Wagen versprüht habe. Da es sich ganz klar um eine Provokation handelte (der Bulle wußte ja genau, daß jeder von uns mehrfach durchsucht worden war), reagierten wir überhaupt nicht darauf. "Na schön, das werden wir bald haben, Ihr werdet Euch wundern!", gab er uns zu verstehen.

Als wir vor der Wache hielten, wurde der Wagen gleich von mehreren Bullen umstellt. Wir hörten, wie der Fahrer zu denen sagte: "Die brauchen erstmal Prügel, die Sauhunde haben Tränengas im Wagen versprüht." Beim Aussteigen stellte mir ein Bulle ein Bein. Da ich ihm den Gefallen nicht tat, darüber zu fallen, schlug er mich dafür in den Rücken, so daß ich nach vorn stolperte (... "los, los, nicht so lahm, jetzt fängt es erst richtig an" ...).

Uns wurden gewaltsam die Sachen vom Körper gerissen (bis auf die Hosen), einige mußten sogar die Schuhe ausziehen. Da sie nichts gefunden hatten, taten sie ganz erstaunt (... "irgendwo müssen sie das Zeug doch haben" ...) und lachten sich halbtot darüber, wie wir da halbnackt standen und vor Kälte zitterten.

Die Vernehmung im KK verlief ruhig und ohne weitere Zwischenfälle. Man könnte fast sagen, es herrschte eine freundliche Atmosphäre. Nach Aufnahme der Personalien konnten wir dann gehen.

Auf die Frage, wie er (der Vernehmungsbeamte) denn den Polizeieinsatz beurteile, bekamen wir die Antwort: "Er könne dazu nichts sagen, denn schließlich sei er nicht dabeigewesen." Auf das Verhalten der Bullen den Festgenommenen gegenüber angesprochen, bekamen wir lakonisch zu hören: "Na ja, das kommt im Eifer des Gefechts schon mal vor!"

FESTNAHMEN

"Am 30.10. wurde ich gegen 20.15 Uhr in der Nähe des AKW-Bauplatzes Brokdorf vorläufig festgenommen. Zur Zeit der Festnahme befand ich mich an der Ecke Deichstrasse/ Neue Strasse außerhalb des Bauplatzes und außerhalb der Polizeiabsperrungen. Ich wollte gerade in den Wagen des [REDACTED] einsteigen, um nach Hause zu fahren, als zwei Polizeiwagen neben mir hielten, mehrere Polizisten heraussprangen und mich ergriffen. Zusammen mit mir wurden [REDACTED] festgenommen. ...

Der Festnahme widersetzte ich mich nicht. Trotzdem wurde ich von zwei Polizisten im Polizeigriff brutal unter Fußtritten in die Wadenbeine zur Befehlsstelle geschoben, wo mir erklärt wurde, daß [REDACTED] und ich Rädelführer der Platzbesetzer seien und mit einem Funkgerät, welches Herr [REDACTED] zur Zeit der Festnahme bei sich trug, die Platzbesetzung geleitet hätten. Außerdem wurde eine Flasche Coca Cola, die ich zur Zeit der Festnahme bei mir trug, als Schlagwaffe bezeichnet.

Erst dann wurde mir mitgeteilt, daß ich zu erkennungsdienstlichen Zwecken vorläufig festgenommen sei. Anschließend wurde bei mir eine Leibesvisitation durchgeführt, bei der keinerlei verdächtige Gegenstände gefunden wurden.

Nach ca. einem halbstündigen Aufenthalt in der Befehlszentrale Brokdorf wurde ich mit einem Polizeiwagen zur Kriminalpolizei nach

Itzehoe gebracht. Dort angekommen, wurden meine Personalien bei der Dienststelle KD-West-EA-Strafverfolgung polizeilich aufgenommen. Mir wurde mitgeteilt, daß meine Personalien an die Staatsanwaltschaft weitergegeben werden und gegen mich eine Anzeige nach §§, die mir nicht weiter erläutert wurden, erstattet werde.

Gegen 22 h wurde ich von der Kriminalpolizei entlassen.

Ich möchte betonen, daß das Funkgerät, welches bei [REDACTED] gefunden wur-

den, nicht uns gehört, sondern nur von anderen Personen zur Verkehrsregelung zur Verfügung worden ist und auch nur zu diesem Zweck benutzt wurde.

Desweiteren möchte ich feststellen, daß ich die Flasche CocaCola nie als Schlagwaffe benutzt habe oder damit gedroht habe.

Abschließend möchte ich nochmals betonen, daß ich von der Polizei in Brokdorf brutal behandelt wurde, obgleich ich mich zu keinem Zeitpunkt gegen die Festnahme wehrte."

"... Wir suchten nach unserem Vater. Der VW-Bus war offen und leer. Die Besitzerin war sehr aufgeregt, man hatte ihr im "Ansturm" die Handtasche und den Wagenschlüssel aus der Hand gerissen. Sie wollte den Wagen wegfahren; ihr Sohn, der auch einen Schlüssel hat, wurde von Polizisten geprügelt. Es gelang ihm nicht, den Polizisten verständlich zu machen, daß er den Wagen wegfahren wollte. Die auf der Straße parkenden Autos wurden im "Hau-Ruck-Verfahren" auf den äußersten Grünstreifen befördert. Hinterher hörten wir, daß man die Luft aus den Reifen gelassen hat, bei einem VW-Bus aus Hamburg hat man den Verteilerfinger entfernt, man mußte ihn abschleppen.

Unsern Vater hatte man aus dem geschlossenen VW-Bus gezogen, ihm den rechten Arm umgedreht und auf die linke Schulter mit dem Gummiknüppel geschlagen. Eine andere Bekannte, die ebenfalls im VW-Bus gesessen hatte, konnte den Polizisten zunächst entkommen. Es dauerte aber nicht lange, und sie wurde noch mehr geknüttelt. Ein alter Mann, neben unserem Vater festgenommen, wurde immerzu in den Hintern getreten. Wir sahen ihn später mit einer Wunde am Kopf.

Zu diesem Zeitpunkt hatten wir jedoch nur gehört, daß unser Vater wahrscheinlich verhaftet worden sei. Von diesen Brutalitäten hatten wir nichts gemerkt. Wir waren damit beschäftigt, uns vor dem Wasserwerfer zu retten und über das freie Feld zu flüchten. Daher waren wir auch so naiv, uns an die hinter dem Wasserwerfer stehenden Polizisten zu wenden und nach dem Verbleib unseres Vaters zu erkundigen. Als wir merkten, daß sie uns keine Antwort geben wollten oder konnten, kamen wir ihrer Aufforderung nach, weiterzugehen. Wir gingen also in Richtung Deich - entfernten uns vom eigentlichen Geschehen.

Mit Abstand folgte dem Wasserwerfer ein LKW mit einer KKW-Wachmannschaft. Mir fielen sie erst jetzt auf. Vorher hatte ich sie wohl vor Menschenmengen nicht gesehen. Wir hatten also die Polizisten im 5m-Abstand im Rücken und vor uns den KKW-Sondertrupp. Ich wartete gespannt darauf, daß man diese

KKW-Leute auf uns losließ. Es war ein Gefühl, als wenn man zur Schlachtbank geführt wird. Aber man glaubt dann wohl immer noch an ein Wunder. Ich muß sagen, ich hatte mehr Vertrauen zur Polizei im Rücken, als zu den KKW-Leuten vor uns. (ich wußte ja noch nichts von ihrem brutalen Vorspiel) Da kam der Befehl übers Megaphon: "Greift sie euch doch!" Ich glaubte, daß damit die Leute auf dem besetzten Platz gemeint waren. Nachdem sekunden später einige Leute vor mir anfangen zu laufen, bekam ich es auch mit der Angst und lief. Ich trug Holzschuhe

und wurde nach einigen Metern von einem Polizisten festgenommen. Ich rief nach meinem Mann. Ihn hatte man auch festgenommen. Wir wurden in eine "Grüne Minna" verfrachtet und zum Kommandostand am Deich gefahren. Dort mußten wir lange warten. Es war 20.15 Uhr. Die Polizisten gaben uns keine Auskunft, auch nicht ihren Namen. Dann setzte sich die Grüne Minna in Bewegung. Die Fahrt ins Dunkel mit unbekanntem Ziel begann.

Wir waren 6 Festgenommene, ein Ehepaar aus Brunsbüttel, 1 Herr aus Hamburg, Herr Kranz aus Hamburg = Reporter der Welt (der dann jedoch, nachdem man ihn bevorzugt behandelt hatte, einen so typischen Bericht geschrieben hatte) Wir haben uns alle unterhalten. Den hinter uns stehenden Polizisten - so glaube ich - haben wir von unseren Motiven überzeugen können. Dieses Gefühl hatte man von fast allen Polizisten, sie mußten jedoch ihre Pflicht erfüllen. So lieferten sie uns um 21.00 Uhr am Polizeirevier in Itzehoe ab.

Auf dem Flur trafen wir unseren Vater wieder, ihn hatte man ebenfalls mit 5 weiteren Demonstranten auf öffentlicher Straße festgenommen. Er hatte seine Taschen leeren müssen und wurde nach seinem Gesundheitszustand gefragt. Es deutete alles darauf hin, daß man sie einsperren wollte. Circa eine halbe Stunde nach uns kam auch [REDACTED], mit ihrem VW-Bus. Ihr war es gelungen, trotz Festnahme ihren Wagen mitzubekommen. Es waren bestimmt 20 Mann, mit denen wir auf den Fluren sprachen, die in ähnlicher Situation auf öffentlicher Straße festgenommen waren. Von 52! Mit unserem Vater waren die Kinder von [REDACTED] und einige Bekannte aus [REDACTED] festgenommen worden (dem einen hatte man beinahe einen Finger abgerissen, als man ihn aus seinem Wohnmobil zerrte; er hing auf der einen Seite mit dem Finger an einem Türhaken, und auf der anderen Seite zog ein Polizist). Im Polizeirevier sangen sie laut friesische Lieder, deren Text auf Atom umgewandelt ist. Die Polizisten klatschten Beifall."

"... Eine Diskussionsgruppe versuchte mit Arbeitern und Polizisten (ungefähr 20.00 Uhr) über die Vorgänge zu diskutieren. Obwohl keine Angriffe von Seiten der Demonstranten passierten, begann die Polizei Wasserwerfer aus kürzester Entfernung gegen diese Gruppe, etwa 30 Leute, einzusetzen.

Die Barrieren, die von den Demonstranten als Schutz und zum Zweck der Verteidigung aufgebaut wurden (waren aus Draht, der auf dem Platz herum lag), wurden trotz Wasserwerfereinsatz von den Demonstranten verteidigt.

Als die Polizisten zum Sturm ansetzten, und zwar in der brutalsten Weise, mit Gummistöcken und Wasserwerfern, wurde einer der vordersten Demonstranten von den Polizisten in den Draht hineingezogen und widerlich brutal auf ihn eingeschlagen. Der Demonstrant, der sich in dem Draht verfangen hatte, wurde von Polizisten ohne jegliche Rücksicht auf Verletzungsgefahr, herausgerissen.

Beim Sturm auf die, noch auf dem Platz verharrenden Demonstranten, sah man Polizisten nur noch rücksichtslos mit ihren Stiefeln in die Leute reinspringen und mit ihren Gummiknüppeln wild umschlagen. Einzelne Demonstranten wurden von ihnen herausgezogen, wobei man in brutalster Weise mit 2-3 Polizisten auf sie einschlug."



Schikanen bei der Abfahrt und am Tage danach.

"... Die ganze Zeit über - mindestens eine 3/4 Stunde - waren nur Polizisten in der Nähe der parkenden Privatwagen. Als ich zurückkam, wurde ich mit einem fiesem Grinsen darauf hingewiesen, daß meine Kollegen mir wohl die Luft aus den Reifen gelassen hätten. Der Reifen war aber nur halb platt und eine 3/4 Stunde lang (ungefähr) waren nur Bullen in der Nähe. Mein Auto war kein Einzelfall. Sämtliche Autos wurden auf diese Art geschädigt. "

Am Sonntag, den 31.10.76, 13.00 Uhr gingen ich und noch zwei Begleiter auf die Straße "Osterende" von Osterende in Richtung Brokdorf. Etwa 50 m hinter dem Kraftwerksgelände wurde ich plötzlich von zwei Polizisten angesprungen, die mir am Schal zerrten und mich denunzierten, ich hätte gestern die Leitplanken abmontiert. Ich erklärte, daß ich daran nicht beteiligt war. Sie hörten mich garnicht an, nahmen mich in Polizeigriff, durchsuchten mich, traten mir auf die Füße und beleidigten mich mit den Worten: "Du Spastiker!" (mehrmals) "Atomgeschädigter", drohten mir mehrmals, sie würden mich

"hinterm Deich schon fertigmachen!" Andere Polizisten (ca. 15) denunzierten mich weiter, sie hätten gehört, wie ich "Massenmörder" gerufen hätte. Ich habe alle Beleidigungen und Denunziationen nicht mehr behalten. Die Zeugen wurden weitergeschickt: "Hier ist eine Amtshandlung! Gehen Sie weiter"! Auf die Aufforderung, mir seine Dienstnummer zu geben, antwortete der Polizist (vermutlich ein Vorgesetzter) "Hau ab, du Spastiker!"



Zur Vorbereitung der Großveranstaltung am 13.11. sollte auf der Wiese eines Bauern gegenüber dem Bauplatz ein Zeltlager errichtet werden. Am 11. November verhinderte die Polizei dies. Abends am 12. November errichtete die BUU wieder ein größeres Zelt. Die anrückende Polizei mußte wegen des Widerstandes der jetzt anwesenden wieder abziehen.

"Am 11.11.1976 gegen 17 Uhr erschienen auf meinem Hof Polizeirat Röper und Herr Ehmke sowie Herr Hofstedter (?). Sie erklärten, daß auf meinem Weideland an der B 431 gegenüber der Baustelle des AKW Brokdorf ein Zelt errichtet worden sei. Dieses sei laut Landschaftspflegegesetz § 43 nicht zulässig. Sie forderten mich auf, das Zelt zu entfernen und zwar sofort. Für den Fall, daß ich dieser mündlichen Aufforderung nicht folgen würde, hätten sie auch noch eine schriftliche Anordnung mit sofortiger Vollziehbarkeit. Nachdem die Herren abgefahren waren, erfuhr ich, daß ein anderer Trupp der Polizei etwa zur gleichen Zeit ohne meine Einwilligung und Kenntnis auf das mir gehörende Grundstück vorgedrungen war und sich dann dort das ereignete, was durch die eidesstattliche Erklärung der Herren berichtet wird.

..... "

Die erwähnte eidesstattliche Erklärung

"Am 11. 11. 1976 gegen 17 Uhr befanden wir uns mit einem aufgebauten Zelt und einiger Ausrüstung auf dem Privatgelände des Bauern [REDACTED] gegenüber dem Bauplatz des AKW Brokdorf an der B 431. 14 Polizeibeamte in Uniform und Zivil betraten über eine provisorisch gebaute Brücke dieses Gelände. Sie stellten unsere Personalien fest und fotografierten den gesamten Vorgang. Dann forderten sie uns mit folgender Erklärung auf, das Zelt abzubauen. Die mündliche Begründung: Verstoß gegen das Landschaftspflegegesetz § 43. Des weiteren durchsuchten sie unser Gepäck mit der Begründung, sie wollten nach Schußwaffen suchen. Uns wurde eine Frist gesetzt bis 18 Uhr, das Zelt wieder abzubauen.

... Sollten wir dieser Aufforderung nicht Folge leisten, sei die sofortige Vollziehbarkeit angeordnet. Nach Ablauf der Frist war das Zelt abgebaut. Die angekündigte Überreichung der Urkunde zur sofortigen Vollziehbarkeit wurde nicht ausgehändigt, statt dessen wurde Herrn erklärt, daß die Betroffenen einen Bußgeldbescheid erhalten werden. ... "

"...Nachdem wir am 11.11. das aufgebaute Zelt wieder abbauten, da uns die rechtliche Lage nicht klar war, wurde am 12.11. ein Zeltlager offiziell beantragt, dies wurde von mehreren Stellen abgelehnt, aber wie uns der Rechtsanwalt mitteilte ist es laut Landschaftspflegegesetz jedoch erlaubt, ein Zelt auf einem Privatgrundstück aufzubauen. Dies geschah am Freitagnachmittag.

Nach kurzer Zeit kam eine größere Gruppe Polizisten, sowie ein Beamter des Kreisamtes (?). Man erklärte uns, daß Zelten sei hier nicht gestattet und wir müßten deshalb sofort abbauen, andernfalls würde alles beschlagnahmt, dies wurde auch während der Diskussion immer wiederholt.

Während wir mit dem Kreisbeamten und den leitenden Polizisten diskutierten, wurde von allen Anwesenden die Personalien festgestellt, Dies, so stellte sich später heraus, war nicht statthaft, da es sich nur um ein Ordnungsvergehen hätte handeln können, aber nicht einmal dies war ja der Fall.

Der Kreisbeamte schaute mit unserer Erlaubnis in das Zelt und meinte es wäre klar, daß hier gezeltet würde, da Luftmatratzen im Zelt lägen. Wir bestritten dies und erklärten, wir hätten nur ein Zelt aufgebaut und dies sei schließlich erlaubt. Die Polizei bestritt dies.

Immer wieder verlangte man nach dem Verantwortlichen. Nach langem Hinauszögern, wir warteten ja auf den gerufenen Rechtsanwalt, konnten wir so die Beschlagnahmung nicht mehr verhindern. Deshalb meldete ich mich als Verantwortlicher, jedoch nur für den Aufbau des Zeltes.

Als dies geschehen, wollte der Kreisbeamte mit mir allein reden. Dies geschah natürlich nicht; wir, die wir auch vorher mit den Polizisten gesprochen hatten, blieben zusammen.

Einige Zeit später, die Auseinandersetzung ging weiter, kamen die Rechtsanwälte. Nachdem nun auch diese erklärten, hier sei ja nur ein Zelt errichtet worden, was doch nicht verboten sei, da ja nicht gezeltet würde, mußte die Polizei abrücken. Entschuldigt haben sie sich jedoch nicht, und was sie wollten haben sie wohl auch erreicht, nämlich unsere Personalien.

Dies ist ein unvollständiger Bericht."



Am Morgen der Großveranstaltung wurden auf zahlreichen Höfen Durchsuchungen vorgenommen. U.a. wurden Pappschilder und Holz beschlagnahmt.

Amt Wilstermarsch
Der Amtsvorsteher
als Ordnungsbehörde
Az. 12 2o 01

2213 Wilster, den 13. November 1976
Rathausstraße 1

Ordnungsverfügung

Gemäß § 183 Abs. 1 Ziffer 1 des Allgemeinen Verwaltungsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (Landesverwaltungsgesetz-LVwG-) vom 18. April 1967 (GVBl. Schl.-H. Seite 131) ordne ich hiermit die Sicherstellung folgender Gegenstände an: (im Original handschr. d. Hrsg.) 118 Spanplatten zum Teil mit Holzrahmen
Ich fordere Sie auf, diese Gegenstände unverzüglich herauszugeben. Sollten Sie meine Forderung nicht erfüllen, werde ich Sie im Wege des Verwaltungszwanges gemäß § 194 LVwG durchsetzen. Für diesen Fall drohe ich Ihnen gemäß §§ 202 und 205 LVwG die Anwendung unmittelbaren Zwanges an.
Gemäß § 80 Absatz 2 Ziffer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 21. Januar 1960 (BGBl. I Seite 17) ordne ich im öffentlichen Interesse die sofortige Vollziehung dieser Verfügung an. Dadurch entfällt die aufschiebende Wirkung eines eventuell eingelegten Rechtsmittels.

Begründung:

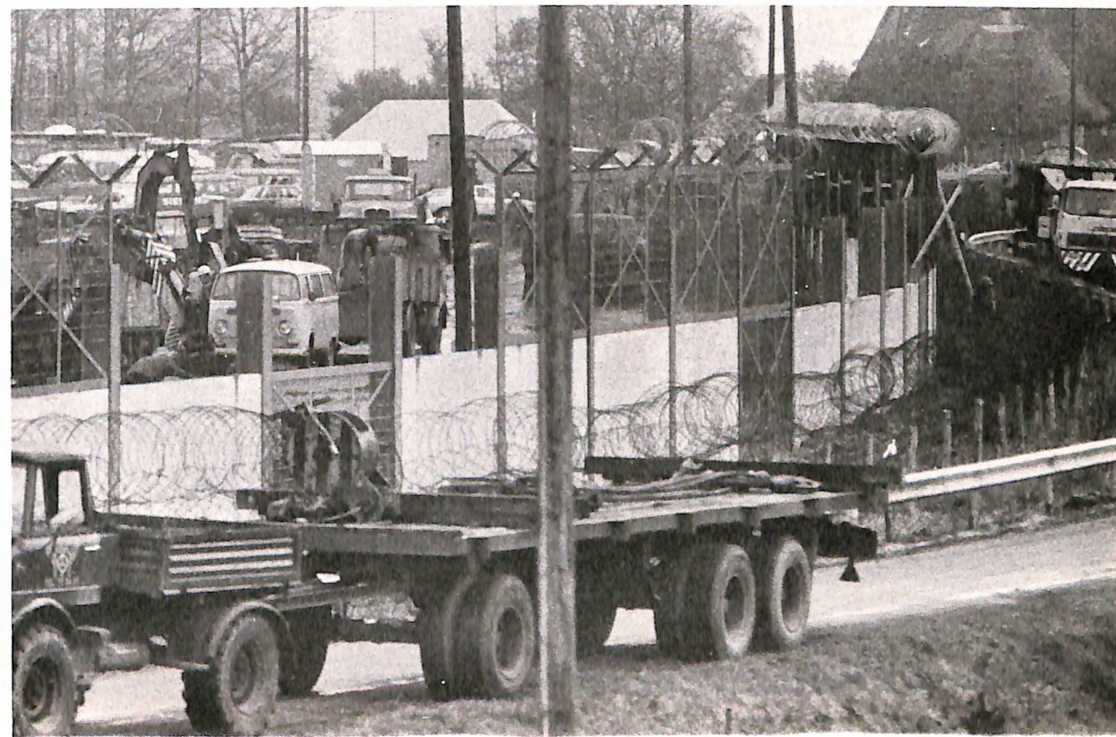
Nach Feststellung der Polizei sind Sie im Besitze der obengenannten Gegenstände. Diese sind geeignet und offensichtlich dazu bestimmt, im Zusammenhang mit den angekündigten Gewaltmaßnahmen zur widerrechtlichen Besetzung der Baustelle des geplanten Kernkraftwerkes in Brokdorf verwendet zu werden, insbesondere zur Gewaltanwendung gegen Personen und Sachen. Damit ist eine unmittelbar bevorstehende Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung gegeben. Aus denselben Gründen ist auch die sofortige Vollziehung dieser Verfügung erforderlich.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach der Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch bei mir erhoben werden. Hilfe ich dem Widerspruch nicht ab, entscheidet über ihn der Landrat des Kreises Steinburg als Ordnungsbehörde in Itzehoe, Viktoriastraße 16 - 18. Die Rechtsmittelfrist ist auch gewahrt, wenn der Widerspruch innerhalb der genannten Frist bei dieser Behörde eingelegt wird.

Nach Einlegung des Widerspruchs kann die Widerspruchsbehörde die Vollziehung aussetzen (§ 80 Abs. 4 VwGO). Auf Antrag kann auch das Schleswig - Holsteinische Verwaltungsgericht in Schleswig, Gottorfstraße 2, die aufschiebende Wirkung ganz oder teilweise wiederherstellen (§ 80 Abs. 5 VwGO).

Im Auftrage



Die Vorgänge bei der Großveranstaltung am 13.11.

" Am 13. November 1976 haben meine Frau und ich an den von der BUU angekündigten und durchgeführten friedlichen Demonstration teilgenommen. Das Ergebnis für uns war, daß meine Frau mit einer 10 cm langen Platzwunde am Kopf, die ihr von einem sinnlos dreinschlagenden Polizisten zugefügt war, um ca 24 Uhr wieder nach Haus kam.

Meine Frau und ich wollten uns überzeugen, ob das Verhalten der Demonstranten und der Polizei so ähnlich war, wie es die Fernsehsendung am 31. Oktober "Brokdorf-ein zweites Wuhl?" gesendet hatte und wie wir es aus den verschiedensten Veröffentlichungen gelesen und gehört hatten. Aus dem Grunde hatte ich auch an der großen öffentlichen Kundgebung im Auditorium maximum der Uni Hamburg am Do., den 11.11.76 um 19 Uhr von Anfang bis zum Ende teilgenommen.

Nach längerer Anfahrt auf verschlungenen Wegen trafen wir über Wilster etwa um 14.30 Uhr an der Stelle ein, wo die Straße nach Brokdorf von der Straße Wilster-Damfleeth-Beidenfleeth rechtwinklig abbiegt. Da die Polizei - mit Gummiknüppeln in den Schaftstiefeln - die Durchfahrt gesperret hatte, mußten wir die 6 km nach Brokdorf zu Fuß gehen. Am Ortseingang von Brokdorf konnten wir ungehindert nach links zur Baustelle des KKW abbiegen. Um 16 Uhr trafen wir dort ein. Zunächst fiel uns auf, in welcher unvorstellbarer Weise die Baustelle "befestigt" war, wie eine Barrikade: ein breiter, frisch ausgehobener Wassergraben, Natostacheldrahtrollen und dahinter die Polizisten mit Schutzhelm, Schutzschild, Gummiknüppeln und, wie ich bald darauf feststellen konnte, mit Tränengasbomben und chemischer Keule, in gefechtsbereiter Aufstellung.

An verschiedenen Stellen waren junge Männer und Frauen auf der am Bauplatz vorbeiführenden Asphaltstraße (Stichstraße zum Deich) bemüht, mit Tauen, an deren Ende Haken befestigt waren, die Natodrahtrollen über den Wassergraben zu ziehen, um eine Bresche auf dem gegenüberliegenden Ufer zu schaffen. Dabei waren sie ständig den Wasserwerfern und Tränengasbomben der Polizei ausgesetzt. Sehr häufig sah ich auch, daß diese von der Polizei geworfenen Tränengasbomben weit über die Köpfe der Demonstranten in die weiter hinten stehenden Passanten flogen und Frauen und Kinder in ernsthafte Gefahr brachten. Dieses werfen erfolgte ganz offensichtlich plan- und ziellos und zeugte davon, daß die Polizei die Menschen absichtlich in Gefahr bringen wollte. Wenn nicht manche beherzten jungen Männer die rauchenden Bomben sofort zurückgeworfen oder sonst unschädlich gemacht hätten, wären noch viel mehr Verletzte unter den friedlichen Demonstranten zu beklagen gewesen.

Wir begaben uns dann zum Deich und stellten hier fest, daß die Rauchbelästigung für die Menschen noch ärger und unerträglicher war. Ein Reporter am Ü-Wagen des Rundfunks stellte mit Recht fest, daß die Belästigung nicht länger zu ertragen sei und daß die Beteiligung an dieser Demonstration



quer durch alle Bevölkerungsschichten ging.

Unsere Absicht war, auf dem Deich nach Brokdorf zu gelangen, um dann den entgültigen Heimweg antreten zu können. Aber der Weg auf dem Deich war uns versperrt, da ununterbrochen dichte Gasschwaden von den Tränengasbomben, die die Polizei auf die Demonstranten warf, auf den Deich zutrieben, so daß nicht nur die von der Baustelle zugekehrte Rückseite des Deiches sondern die der Elbe zugekehrte Vorderseite mit dem Vorgelände unpassierbar wurden. Nach einigen Versuchen mußten wir es aufgeben, auf diesem Weg nach Brokdorf zurückzukehren. Daher mußten wir die Rückkehr über die Wiese eines Bauern zur Stichstraße an der Baustelle antreten, um wenigstens auf diesem Weg den Heimweg antreten zu können, d.h. auf der Bundesstraße nach Brokdorf und dann zum geparkten Auto.

Mit eintretender Dunkelheit sammelten sich immer mehr Menschen auf der asphaltierten Stichstraße an der Baustelle. Die Bemühungen der jungen Leute, auf der Seite der Baustelle Fuß zu fassen, hatten schon insofern Erfolg gehabt, als sie nun daran gingen, die Drahtgitter aufzuschneiden. Die Polizei warf ununterbrochen mit Wasserwerfern und Tränengasbomben, auch weiter weiter in die Reihen der dahinter-abseitsstehenden Passanten- wahl- und ziellos! Kurz vor 18 Uhr verloren wir vier uns wegen der nun herrschenden Dunkelheit völlig aus den Augen und ich wußte nun überhaupt nicht mehr, wo sich meine Frau befand. Viele Passanten machten sich nun auf den langen Heimweg

über Brokdorf zu der o.g. Straßenabzweigung. Dabei kam es nun zu den gemeinsten und brutalsten Vorfällen, den Passanten gegenüber. Meiner Frau ist dabei folgendes passiert:

Sie hatte die genannte Stichstraße an der Baustelle verlassen und befand sich etwa 400 m auf der Straße nach Brokdorf auf dem Heimweg. Da tauchte der Hubschrauber, der bisher ständig hin- und hergeflogen war, in etwa 10 m Höhe über den Köpfen der Passanten stehenbleibend, auf. Gleich darauf richtete er seinen Scheinwerfer auf die Passanten und warf aus der Luft Tränengasbomben, und zwar so, daß das Gas mit der Windrichtung auf die Passanten zutrieb, also gezielt und gewollt. Das habe ich aus einer Entfernung von etwa 100-150 m Luftlinie längere Zeit selbst gesehen. Allerdings wußte ich nicht, daß bei diesen Passanten meine Frau war.

Und nun kam es noch schlimmer: In diesem Augenblick traten den Passanten Polizisten Kettenweise entgegen und schlugen wahllos auf die Passanten ein, ohne irgendwelche Rücksicht zu nehmen. Meine Frau ahnte anfangs noch nichts Schlimmes und ging den Polizisten noch arglos entgegen. In diesem Augenblick stürzte ein Polizist auf sie zu und schlug erbarmungslos auf sie ein. Meine Frau erhob die Hände, doch das nützte nichts, sie erhielt einen Schlag auf den Kopf, so daß sie eine 10 cm lange Platzwunde davontrug. Aus Angst, unter die Schaftstiefel der Polizei zu geraten, drängte sie sich etwas seitwärts und rief dem Polizisten zu, er solle sie doch in Ruhe lassen. Nur dem Umstand, daß meine Frau neben der Straße in den Graben glitt, und bis an die Knie im Wasser stand, ist es wohl zu verdanken, daß sie nicht noch einen zweiten Schlag erhielt, zumal meine Frau dem Polizisten ihre blutverschmierten Hände





entgegenhielt. Dann gelang es meiner Frau, auf die Straße zurückzukriechen, wobei sie ihre Schuhe im Morast verlor. Als sie nun blutend, durchnäßt und barfuß auf der Straße stand, nahm sie glücklicherweise sofort einen Krankenwagen in Empfang, legte sie auf eine Bahre und brachte sie ins Krankenhaus Wilster. Dort wurde ihre Wunde genäht und sie ärztlich versorgt. Bis 22 Uhr etwa mußte sie sich im Krankenhaus aufhalten, zumal sie auch noch einen Brechanfall erlitt.

Am Samstag, den 13.11.76, fuhren wir mit einer Bremer Gruppe nach Brokdorf, um an der Kundgebung und Protestdemonstration gegen das im Bau befindliche AKW Brokdorf teilzunehmen. Wir mußten unsere Busse bereits an der Fähre bei Wewelsfleeth verlassen. Unsere Gruppe formierte sich zu einem Demonstrationzug, und wir zogen in Richtung Baugelände. Bereits auf der Kundgebung, die weit abseits vom Baugelände stattfand, bekamen wir den Polizeieinsatz zu spüren. Die Redner wurden ständig durch einen sehr tief fliegenden Hubschrauber gestört. Ebenfalls beobachteten wir schon von hier aus, wie ein Hubschrauber gegen größere Gruppen, aber auch gegen einzelne Personen, die friedlich in Richtung Baugelände zogen, und sich noch weit abseits vom Baugelände befanden, regelrechte Angriffe flog, und die Leute dabei mit Tränengas beschoß. Als der Redner uns am Schluß der Kundgebung aufforderte, nun friedlich den Bauplatz zu besichtigen, begaben wir uns am Ende eines größeren Demonstrationzuges zum Bauplatz. Wir konnten uns jedoch nur bis auf etwa 300-500 m dem Bauplatz nähern, da das Gelände ringsum bereits durch eine große Menschenmenge besetzt war, und wir uns ja am Ende des Demonstrationzuges befanden. Auf der Straße, auf der wir standen, griff uns dann ein Polizeitrupp, unterstützt durch einen Wasserwerfer, von hinten an. Als wir bemerkt hatten, daß die Polizei gegen uns anrückte, drehten wir uns um, haken uns unter und bildeten somit Ketten. Wir befanden uns in der zweiten Kette. Die Polizisten standen uns dicht gedrängt in etwa 5 m Abstand gegenüber. Dahinter war der Wasserwerfer aufgestellt. Wir wurden einmal aufgefordert, die Straße zu räumen. Dies war jedoch überhaupt nicht möglich, da sich links und rechts der Straße Wassergräben befanden und in Richtung Baugelände die Leute derart dicht gedrängt standen, daß ein Zurückweichen nicht möglich war. Dies konnte auch die Polizei sehen und dennoch gab der Einsatzleiter den Befehl, mit Wasserwerfer, Schlagstöcken und Tränengas gegen uns vorzugehen. Daraufhin wurden wir, obwohl wir durch Rufe deutlich machten, daß wir friedlich demonstrieren wollten, mit Wasser beschossen, dem ein chemischer Kampfstoff beigemischt war. Tränengas wurde in die Menge, teilweise gezielt auf die Gesichter geworfen, nachdem die Polizisten ihre Gasmasken



aufgesetzt hatten. Auf die Leute, die in der ersten Reihe standen, wurde auf die brutalste Weise, ohne irgend eine Rücksichtnahme mit Gummiknüppeln eingeschlagen. Ein derart brutales und gewalttätiges Vorgehen der Polizei gegen friedliche Demonstranten, die sich auch dann noch gewaltlos verhielten, als sie wiederholt geschlagen worden waren, kann man sich nicht einmal im Traum vorstellen. Trotz wetterfester Kleidung waren wir naß bis auf die Haut, und hatten gegen Atemnot und Sehstörungen anzukämpfen. Nach diesem zweistündigen, zermürbenden Polizeieinsatz gegen uns, wurde die Menschenmenge langsam auseinandergetrieben. Wir konnten uns dann bis direkt an den Bauplatz heranbegeben. Da es mittlerweile dunkel geworden war, war das Gelände durch starke Scheinwerfer hell erleuchtet. Von einem Hubschrauber aus wurden wir permanent mit einem starken Scheinwerfer geblendet und mit Tränengas beworfen. Etwa 50 m links von uns hatte eine kleine Gruppe von Leuten eine Brücke über den Befestigungsgraben geschlagen, standen dichtgedrängt am Zaun und wurden fast ununterbrochen mit Wasser und Tränengas beschossen. Und auch wir, die abseits dieser Gruppe friedlich auf der Straße standen, keinerlei Anzeichen machten, Gewalt gegen Sachen oder Personen anzuwenden, wurden wiederum mit Gas und Wasser angegriffen. Dem Wasser war wieder ein chemischer Kampfstoff in hoher Konzentration, was sich wohl aus dem Gestank rückschließen läßt, beigemischt. Noch heute hat Frau...rote

Flecken an den Händen und im Gesicht, die durch die ätzende Wirkung des Wassers hervorgerufen worden sind. Ebenfalls beobachteten wir, wie die Polizisten, die sich innerhalb des Geländes aufhielten, Steine von der Größe von halben Ziegelsteinen in die friedlich demonstrierende Menschenmenge warf. Von den Demonstranten wurde nicht ein einziger Stein gegen die Polizei zurückgeworfen. Von den schlimmen blutigen Verletzungen, die die Polizei in den Reihen der Demonstranten verursacht hatte, hörte ich später von anderen Augenzeugen. Noch auf dem Rückweg zu unseren Bussen wurden wir von einem Hubschrauber verfolgt und angegriffen. "

" ... Meine Schwester und ich kamen über den Deich von Brokdorf in Richtung Bauplatz (gegen 16 Uhr). Wir wollten uns mit den Leuten der BUU-Itzehoe treffen. Wir verließen den Deich auf der Brokdorfer Seite des Geländes, um über die Wiesen die B 431 zu erreichen. Dort begegneten uns viele verletzte Demonstranten, die gestützt oder getragen wurden. Als wir uns der Baustraße (Elbseite) näherten, rief die Polizei zum Verlassen derselben auf. Wir befolgten diesen Aufruf sofort und wollten Richtung Brokdorf zurücklaufen. Mit uns gingen etwa 200-300 Demonstranten. Da kam uns eine Truppe von Polizisten zu Fuß, gefolgt von Fahrzeugen entgegen. Eine andere Gruppe von Polizisten mit Fahrzeugen und Wasserwerfer kam hinter uns her. Diese hatten wohl auf die Baustraße wollen. Plötzlich griffen die Polizisten ohne Anruf von beiden Seiten an und knüppelten auf die Demonstranten ein. Fast alle Demonstranten wichen sofort auf die links liegende Wiese am Baugelände aus. Einige flüchteten nach rechts. Trotzdem gelang es einer Gruppe von 20-30 Demonstranten

nicht mehr, die Straße zu verlassen. Sie wurden von den Polizisten gnadenlos zusammengeknüppelt.

Meine Schwester und ich gingen auf der äußersten rechten Seite der Straße. Plötzlich rutschte sie in ein Wasserloch; da ich sie angefaßt hatte, fiel ich auch. Ehe wir uns besinnen konnten, trafen uns heftige Schläge von Gummiknüppeln auf Kopf, Rücken und Brustpartie. Mehrere Polizisten hieben auf uns ein. Ich kriegte einen Tritt mit dem Stiefel vor die Brust und stürzte in den Graben. Einige Demonstranten zogen mich auf der anderen Seite aus dem Graben. Ich war völlig durchnäßt.

Ich hielt nach meiner Schwester Ausschau. Sie lag auf der anderen Grabenseite neben einem anderen Demonstranten auf dem Boden. Der andere blutete stark. Er wurde von zwei Polizisten unter die Arme gefaßt und hochgezogen. Weil er immer wieder zusammensackte, wurde er mit Stiefeln getreten und mit Schlagstöcken bearbeitet. Ebenso erging es meiner Schwester. Etwas später wurden meine Schwester und der verletzte Demonstrant in einen Mannschaftswagen befördert.

Außerdem sah ich noch etwa 20 Demonstranten am Boden liegen. Polizisten knüppelten auf sie ein. Ein ca. 16-jähriges Mädchen lief, wohl vom Tränengas blind, in die Polizeimeute. Sie fiel hin. Sie wurde von Polizisten an Armen und Beinen ergriffen und in den breiten Wassergraben geworfen.

Bericht der Schwester:

Im Mannschaftswagen wurde mit mein Ausweis abgenommen, außerdem wurde ich fotografiert. Polizisten beschimpften mich in übelster Weise mit "Hure, dumme Sau", usw. Sie machten mich dafür verantwortlich, daß ein Polizist, der auch in dem Wagen saß, eine leichte Kopfverletzung hatte. Ein anderer Demonstrant wurde in den Wagen geworfen mit dem Kommentar: "Hier habt ihr das besoffene Schwein". Einem Demonstranten im Wagen hatte ein Polizist die Lippe bis zum Unterkiefer aufgerissen.

Wir wurden auf Drängen eines einzelnen Polizisten in das Wilster Krankenhaus gebracht. Mein Fuß wurde geröntgt und verbunden. Ich konnte vom Krankenhaus noch am Abend von meinem Mann abgeholt werden."

" Meine Freundin und ich verließen gegen 18.00 Uhr nach Teilnahme an dem Demonstrationszug den Bereich des Baugeländes. Kurz von dem Ortseingang Brokdorf, ca. 1 km vom Bauplatz stand eine Gruppe von mehreren Polizisten. (aus Lübeck) Einer von ihnen rief: "Nun geht man schön nach Hause", worauf ich zurückrief: "Gehen Sie doch lieber nach Hause." Kurz darauf wurde ich von einem Polizisten festgehalten. Er sagte: "Haben Sie mich gemeint?" Inzwischen hielten mich 2-3 Polizisten fest. Ich merkte, daß sie sehr aggressiv waren und antwortete: "Ich habe nichts gesagt." In dem Moment bekam ich einen Schlag mit dem Gummiknüppel auf den Hintern. Ich ging weiter, in der Annahme, nun vollends verprügelt zu werden. Die Polizisten brüllten mir nach: "Du lange Ratte!" und "Hau ab du feige Sau!" und einige Pöbeleien mehr. Kurz darauf stieß zu uns ein junger Mann und erzählte, dieselben Polizisten hätten ihn gerade auf Hintern und Geschlechtsteile geschlagen und anschließend in den Graben geworfen."

"... Ich hatte mir vorgenommen, mich an den Demonstrationen zum 13.11.76 gegen den Bau des Atomkraftwerkes Brokdorf zu beteiligen. Wegen persönlicher Gründe konnte ich nicht gleich frühmorgens von Hannover nach Brokdorf fahren, sondern begann die Fahrt erst mittags.

Die ersten Probleme ergaben sich am hannoverschen Bundesbahnschalter: als ich eine Fahrkarte nach Wilster lösen wollte, fragte der Schalterbeamte, ob ich auch so ein Kernkraftwerkgegner sei. Ich bejahte, worauf er mir den Verkauf der Karte verweigerte. Um solchen Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen, löste ich an einem anderen Schalter zunächst eine Karte nach Hamburg, dann nach Itzehoe und Wilster.

Von Wilster aus nahm ich den Bus nach Brokdorf. Der Fahrer setzte mich ca. 5-6 km vor Brokdorf heraus. Das letzte Stück mußte ich dann zu Fuß gehen. Mittlerweile war es 19.00 geworden.

Auf dem Fußmarsch zum Atombauplatz bekam ich Kontakt zu weiteren Menschen, die ebenfalls zur Baustelle wollten. Sie berichteten alle von den Schwierigkeiten, an Ort und Stelle der Demonstration zu gelangen. Etwa um 20.30 hatten wir es geschafft:

Zusammen mit den anderen Teilnehmern erreichte ich die Baustelle: ein überwältigender Anblick, einfach nicht zu beschreiben: ein Atom-KZ.

Die eigentliche Demonstration war natürlich zu dieser Zeit längst gelaufen, der größte Teil der Teilnehmer der Bürgerinitiativen war bereits nach Hause gefahren - dennoch: es wimmelte förmlich von Polizei und Bundesgrenzschutz, ein richtiges Heerlager, einige Polizeiaktionen liefen scheinbar noch, allerdings hatte ich keinen Überblick.

Ich setzte mich zu einigen KKW-Gegnern, die ihr Zelt dort aufgeschlagen hatten. Sie erzählten u.a. von einem sehr brutalen Vorfall:

Angehörige des BGS zertrümmten einen Demonstranten, der sich in dem überall herumliegenden NATO-Stacheldraht verfangen hatte, immer wieder durch den Draht, so daß er blutete. Das Schlimmste sei nach Aussagen dieser Leute nur durch das Eingreifen von einigen Polizeibeamten verhindert worden.

Weil ich die eigentliche Kundgebung verpaßt hatte, wollte ich mir nun doch noch die gesamte abgesperrte "Baustelle" von

allen Seiten anschauen und dann wieder nach Hause fahren. Zusammen mit zwei Hamburgern ging ich um die Festung herum.

Auf der Straße, die zum Bauplatz hin durch einen großen Wassergraben und die Absperrungen getrennt war, kam uns ein Mannschaftswagen der Polizei entgegen. Der Wagen hielt und der Fahrer verlangte unsere Ausweise, bzw. Personalien, die wir alle dabei hatten und die wir dem Polizeibeamten gaben.

Plötzlich und unerwartet sprangen Polizisten aus dem Wagen und wir wurden - obwohl wir ruhig dastanden und unsere Papiere zurückerwarteten - ziemlich grob angefaßt und es wurde uns befohlen, uns mit ausgestreckten Händen und abgespreizten Beinen schräg an den Wagen zu stellen. Einige Polizisten tasteten uns ab. Dabei quetschten sie uns ganz bewußt die Nieren und die Genitalien. Mir tat es so weh, daß ich laut schrie.

Sämtliche Taschen wurden uns geleert, bzw. abgenommen. Ich sah, daß sie bei dem einen oder den beiden anderen irgendwelches Werkzeug und eine Zille fanden. Den einen der beiden Hamburgern (wahrscheinlich den mit der Zille) schlugen sie mit den Fäusten auf den Kopf und brachten ihn in einen weiteren Mannschaftswagen, der inzwischen hinzugekommen war. Ich hörte laute Schreie aus dem Wageninneren. Etwas später sah ich, wie sie ihn zu einer Polizeiambulanz oder so etwas ähnliches brachten. Wir anderen beiden wurden nun mit Fußtritt in den Mannschaftswagen gesperrt, wo wir uns mit unseren Sachen auf eine Stacheldrahtrolle setzen mußten. Wir durften nicht anlehnen.

Der Wagen fuhr auf das KKW-Gelände, wo wir aussteigen mußten und wieder in der schon beschriebenen Weise uns an einen Wagen stellen mußten. In den folgenden zwei Stunden habe ich Ängste ausgestanden, wie kaum in meinem Leben.

Über zwei Stunden mußten wir so in dieser Stellung stehen. Es war inzwischen sehr kalt geworden, so daß mir die Hände, die ja immer am Autoblech lehnten, taub wurden.

Nach etwa 1 bis 1 1/2 Stunden brach mein Begleiter vor dem Wagen zusammen. Er wurde von einigen Polizeibeamten gezerrt und sogar getreten, bis er wieder aufstand. Einige Male

traten uns einige die Beine weg. Inzwischen schaffte man den zweiten Hamburger wieder zu uns. Er sah sehr erschöpft aus.

Während wir so dastanden, wurde uns laufend gedroht:

hier kommt keiner raus, das war eure letzte Demo, ihr habt unsere Kumpel kaputtgemacht, euch werden wir die Eier abschneiden, damit ihr kommunistische Brut euch nicht weiter vermehrt, wir schmeißen euch in den Graben und stellen euch dann wieder hin, dann seid ihr sowieso kaputt, usw.

Gewiß, daß haben sie nicht gemacht, aber wenn sie könnten, wie sie wollten... diese Hüter unserer demokratischen Grundordnung.

Mehrere malen irgendwelche vorge-setzte Polizisten zur Mäßigung, sie hatten es schwer, ihre Untergebenen im Zaum zu halten.

Anschließend an diese Tortur wurden wir verhört, oder besser gesagt, völlig willkürlich beschuldigt. Mir wurde vorgeworfen, ich hätte Steine gegen Polizeibeamte geworfen. Für mich besonders erschreckend war, daß sogar Zeugen dafür da waren, insgesamt sechs:

zwei Angehörige des BGS und vier Polizisten.

Ich machte geltend, daß das ja unmöglich sei, weil ich zu dieser Zeit im Zug nach Hamburg, bzw. Wilster gesessen hätte. Glücklicherweise hatte ich die Fahrkarte noch. Hätte ich die Karte nicht gehabt, wer weiß, was noch alles passiert wäre.

Nach einiger Zeit entließen sie mich mit der Bemerkung: mangels Beweise lassen wir dich laufen.

Von den beiden anderen Hamburgern habe ich nun noch nichts gehört, aber immerhin kenne ich die Namen der beiden; sie hatten sie mir während wir am Polizeiauto stehen mußten, zugeflüstert. Da nachts kein Zug und auch kaum ein Auto fuhr, mußte ich fast bis nach Itzehoe zu Fuß laufen. Dort gelang es mir, eine Mitfahrgelegenheit zu bekommen.

Als friedlicher Teilnehmer einer Demonstration gegen den Bau des Atomkraftwerkes Brokdorf kam ich, als beinahe - Krimineller fuhr ich fort.

Die Vorfälle um Brokdorf und die ich selbst erleiden mußte, bestärken mich nur im Kampf für eine wirkliche Demokratie in diesem Lande."

"Wir standen mehrere Minuten mit dem Rücken zum Wasserwerfer. Da traf mich ein Ziegelstein am Kopf. Ich ging in die Knie und wurde von den Umstehenden nach hinten befördert. Resultat: Platzwunde über der Schläfe rechts, Hautabschürfungen rundherum, Schwindelanfälle bis eine Woche später, Übelkeit, Kopfschmerzen..."

"Ich stand auf der Straße mit anderen, unten am Zaun waren ca. 10 Leute. Die Bullen machten einen Vormarsch zu der Zaunlücke, dabei flogen von ihnen auch Steine. Einer neben mir bekam einen an den Kopf, später habe ich ihn dann im Krankenhaus wiedergetroffen. Ich selbst habe etwa 10 Min. später auch einen Stein an den Kopf bekommen. Der kam von den Bullen, die Demonstranten hatten zu diesem Zeitpunkt nicht mehr geworfen, weil die Bullen immer wieder zurückwarfen und die dann noch mehr Waffen hatten. Die hatten ja schon genug davon. Ich bin nach hinten gegangen und habe mich verbinden lassen. Ich hab das erst nicht als so schlimm eingeschätzt. Mir wurde dann aber übel, ich bin zum Ambulanzzelt gegangen, da war auch ein Arzt der mich in Krankenhaus fahren ließ. Dort haben sie festgestellt, daß ich einen Schädelbruch habe, ein Bruch der Stirnwand, womit ich erstmal ein paar Wochen liegen muß."

"Bei der Demonstration am 13.11.76 in Brokdorf gegen das dort geplante Kernkraftwerk, war ich als von der BUU eingesetzter Sanitäter tätig. Bei der Bergung eines Demonstranten, dieser war in Folge eines Steinwurfs fünf Minuten bewußtlos, wurde ich gut 150 m vom Geschehen der Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei, von einem Hubschrauber aus der Luft angegriffen. Der Hubschrauber flog in ca. 20 Meter Höhe über uns hinweg und warf Tränengasbomben auf uns ab. Außer, daß dies ein völlig sinnloser Angriff auf mich und andere friedliche Demonstranten war, wurde dadurch für mich und einen zweiten Sanitäter die Bergung des Verletzten enorm erschwert. Der Verletzte erlitt einen zweiten, diesmal wahrscheinlich psychischen Zusammenbruch, und wir mußten ihn ca. 500 m bis zum Krankenwagen tragen, wobei die Angriffe aus der Luft fortgesetzt wurden."



11...Gegen 15.45 Uhr setzte sich der Demonstrationszug Richtung Baustelle in Bewegung. Als wir um 16 Uhr die B431 an der Stelle des Baugeländes erreicht hatten, sagen wir, daß aus dem Hintergrund von einem in der Nähe gelegenen Bauerngehöft ein Polizeitrupp (20 - 25 Mann) mit Wasserwerfer-Fahrzeug und Bereitschaftswagen auf uns zurückte. Die Massen der Demonstranten stauten sich auf der B 431; von dem Lärm des über uns kreisenden Hubschraubers, der gezielt Tränengasbomben auf uns herabwarf, konnten wir keinerlei Anweisungen der Demonstrationsführer mehr hören. Wir warfen unsere mitgeführten Transparente weg oder gaben sie weiter, um die Polizei nicht zu provozieren oder irgend einen Vorwand zum Eingreifen zu geben. Meinen Kindern sagte ich, sie sollten so schnell wie möglich ins Feld zurücklaufen, da Gefahr bestand, daß die Polizei gegen uns vorgeht. Wir hatten dennoch nicht damit gerechnet, daß die heranrückende Polizei losschlagen wird, da zu erkennen war, daß die Menge der Demonstranten, etwa 3000 Leute, die teilweise in Panik geriet, den Demonstrationsmarsch nicht ordnungsgemäß fortsetzen konnte.

Der Polizeitrupp mit Wasserwerfer kam bis auf ca. 10 m heran. Die Polizisten legten Gasmasken an und zogen ihre Gummiknüttel. Aufforderungen, die Polizei durch Lautsprecher gab, konnte man vor allem, durch den ohrenbetäubenden Lärm des Hubschraubers des Bundesgrenzschutzes, der über unseren Köpfen in sehr niedriger Höhe flog und Tränengas warf, nicht verstehen. Dann begann der Wasserwerfer aus kurzer Entfernung aus allen Rohren auf die hintersten Reihen zu spritzen. Der Strahl traf vor allem von der Seite, am Gesicht und den Ohren so heftig, daß die Demonstranten, die keine ausreichende Kopfbedeckung auf hatten, laut zu schreien anfangen. Als der Wasserwerfer aussetzte, warfen die Polizisten Tränengasbomben in die Menge und begannen wild auf die ersten Demonstranten loszuknütteln, die geduckt mit ihren Rücken Rücken zu ihnen standen. Neben mir befand sich eine Gruppe von Mädchen, die vor Schmerz schrien und immerwieder riefen: "Aufhören, aufhören...!" Aber die gasmaskierten Demonstranten hielten

ihre Köpfe vor Schmerzen, weil sie von den Schlägen der Gummiknüttel getroffen worden waren. In einem kurzen Moment, als die Polizisten aufhörten zu schlagen, stellte ich mich ihnen gegenüber und schrie sie an, sie sollten aufhören zu knütteln, sie könnten doch sehen, daß wir nicht von hier wegkommen. Einer der Polizisten hob seinen Schlagstock, um mir ins Gesicht zu schlagen; ein anderer hinderte ihn daran. Wir waren völlig eingeschlossen. Vor uns das Chaos der schreienden, von Gas und Qualm in Panik geratenen Demonstranten; rechts ein tiefer Wassergraben, links versperrte und der immer stärker werdende Qualm die Sicht; hinter uns die geschlossene Reihe der Polizisten mit Wasserwerfer und Fahrzeugen. Einige Demonstranten heulten nur noch vor Angst und Schmerzen. Und die Polizei knüttelte unerbittlich weiter im Rhythmus von: Einsatz des Wasserwerfers, Schmeißen von Tränengas und Knütteln. In diesem Rhythmus gingen sie gegen uns vor.

Dieser systematische Einsatz erfolgte drei bis viermal und es war ganz klar, daß die Polizei überhaupt keine Rücksicht mehr auf die schreienden, total in Panik geratenen Demonstranten vor sich, nahm. Es war ein aggressiver Angriff gegen Wehrlose.

Als plötzlich der Wasserwerfer heranrollte, die Polizeikette hatte eine Schneise geöffnet, versuchte ein Demonstrant in gelbem Regencoat das Fahrzeug aufzuhalten, indem er gegen den fahrenden Wagen sprang. Er stürzte und fiel unter das Fahrzeug, das stoppte. Die Polizisten rannten hinzu und schlugen wie wild auf den Demonstranten ein, der am Boden lag. Daraufhin sprang ich hinzu, um dem Gestürzten zu helfen und ihn vor den Schlägen der Polizisten zu schützen, indem ich mich über ihn beugte. In diesem Augenblick - es ging alles sehr schnell, - droschen die Polizisten mit harten Schlägen auf mich ein, überhalla mich, wohin sie mich nur treffen konnten. Ich schrie: "Mörder...Schläger...Nazi..." - sie droschen weiter. Ich lag im Dreck, konnte mich nicht mehr rühren. Stiefel schlugen gegen die Arme, die ich vor mein Gesicht heilt und in die Seite. Ich merkte dann nur noch, wie man mich hochhob und wegschleppte.

Ich kam zu mir, als ein Polizist mir die Mütze vom Kopf riß und ein anderer mit Blitzlicht mich photographierte; ca 5 - 6 Polizisten standen herum. Einer von ihnen, seiner Kleidung nach offensichtlich der Mannschaftsführer, sagte: "Der simuliert nur ... diese Typen kennen wir..." Ich lag am Mannschaftswagen, welcher hinter dem Wasserwerfer herfuhr, auf der von den Demonstranten abgewandten Seite. Ein Mann in Zivil in beigem Mantel, der rechts von mir stand, ebenfalls umgeben von Polizisten, photographierte mich auch mit Blitzlicht.

Daraufhin band man mir die Hände auf den Rücken mit einer Plastikfessel und stieß mich in den Mannschaftswagen. Ich bat den Polizisten, der mich bewachen sollte, stehenbleiben zu dürfen, weil ich völlig durchnäßt war. Es wurde mir nicht erlaubt, mich auf einen der Sitze zu setzen, mit der Begründung, man wolle mich vor den Demonstranten schützen! Tatsache ist, man wollte verhindern, daß ich Zeuge weiterer Mißhandlungen durch die Polizei wurde; denn der Bewacher photographierte seinerseits immerwieder vom Wagen aus Demonstranten, die draußen standen. Er zwang mich auf den kalten Boden zu setzen, indem er mich mit den Händen niederdrückte und mir das Bein stellte. Ich bat ihn um seinen Namen, den er mit Olaf angab (Nachname).

Die Handfesseln schnitten so stark ein und schmerzten, sodaß ich nach einiger Zeit meine Hände nicht mehr fühlte. Ich versuchte sie zu bewegen und bat den Polizisten, sie zu lockern. Doch er zerrte die Fessel noch fester, damit ich mich, wie er sagte, nicht befreie! Außerdem sagte er, ich solle mein Maul halten, schließlich sei ich selbst dran schuld, daß ich hier sei, hätte ja zuhausebleiben können!

Ich mußte über zwei Stunden in nassen Kleidern und starken Schmerzen auf dem Rücken, besonders beiden Schultern und an den Händen auf dem eiskalten Boden sitzen. Als ich über Schmerzen klagte, sagte der Mannschaftsführer, der wiederholt herein sah, ich solle mein Maul halten, man könne mich Zur Abwechslung einmal auf den Bauch legen. Trotz wiederholter Aufforderung, mir seinen Namen oder seine Dienstnummer zu geben, verweigerte er beides.

Ich antwortete, er sei ein Sadist. Daraufhin drohte er, er würde mir eine Rübe ziehen, wenn ich nicht sofort still wäre. Ich wollte wissen, weshalb man mich, nachdem man mich niedergeknüppelt hätte, hier gefesselt wie einen Schwerverbrecher behandle. Darauf er zynisch "wegen Widerstand gegen Staatsgewalt". Das war zu viel. Vor Wut und Ohnmacht gegenüber der Lage, in der ich mich befand, schrie ich ihn an, ich hätte bisher nie geglaubt, daß Polizisten Sadisten wären... wenn ich jemandem beistehe, der unter einem Fahrzeug liegt und auf den sie, die Polizisten, draufschlagen, dann sei das "Widerstand gegen Staatsgewalt..." Er lachte nur als Antwort. Der andere sagte, ich solle mich wieder umdrehen und schön still bleiben. Ich versuchte mit dem Bewacher ein Gespräch zu führen, weil ich wissen wollte, warum sie so aggressiv gegen Demonstranten vorgehen und wütend draufloschlagen. Er antwortete, es sei eine Aktion von Kommunisten gegen den Bau des Kernkraftwerkes und jeder, der hier mitmacht müsse damit rechnen, als ein solcher behandelt zu werden. Ich fragte ihn, ob denn, selbst wenn es zuträfe, das dies alles nur eine Aktion von Kommunisten wäre, diese kein Recht besäßen gegen den Bau des Atomkraftwerkes zu demonstrieren? Darauf sagte er, er habe keine Lust mehr sich mit mir weiter zu unterhalten.

Gegen 18 Uhr warf man einen Studenten herein, der sich nicht mehr rührte; er war offensichtlich ohnmächtig. Mit ihm brachte man eine Studentin in einem gelben Regenmantel, die am ganzen Körper zitterte und nur noch heulte; sie stand deutlich unter einem Schock. Derselbe Mannschaftsführer trat dem daliegenden Studenten mit dem Stiefel in die Gesäßgegend und sagte: "Der simuliert nur" und gab in ein Handmikrofon zu Protokoll: "Widerstand gegen Staatsgewalt"; das gleiche bei der Studentin. Ich sagte ihm: "Ich habe genau beobachtet, wie Sie den Mann in die Seite traten, das werde ich zu Protokoll geben..." Darauf er: "Wenn Du Dich nicht sofort umdrehst, zieh ich Dir eine mit dem Knüppel rüber!" Er hob seine Faust, in welcher er den Knüppel hielt und drohte zuzuschlagen. Ich: "Schlagen Sie ruhig zu, daß Sie

knüppeln können, das haben Sie ja bewiesen!

Als der Student langsam zu sich kam, setzte man ihn auf einen Sitz. Das Mädchen wurde sofort mit einem herbeigerufenen Krankenwagen abtransportiert. Wir mußten noch etwa eine gute halbe Stunde warten, weil, wie man uns sagte, die Krankenwagen nicht durchkämen.

Der Student

litt

unter starken Schmerzen vor allem an Armen und am Körper, weil ihn die Polizisten zusammenschlagen hatten, als er einem Mädchen, das am Boden lag und von den Polizisten verdroschen wurde, helfen wollte. Erst jetzt wurde mir erlaubt, weil ein Zeuge da war, mich auf einen der Sitze niederzulassen. Auch verhielten sich die Polizisten uns gegenüber auf einmal menschlicher. Den Bewacher ärgerte es allerdings, als wir uns über die möglichen Motive unterhielten, weshalb die Polizisten derartig aufgehetzt und mit unmenschlichen Methoden gegen die Demonstranten vorgehen. Er wollte uns die Unterhaltung verbieten, was wir aber unter Hinweis auf unsere zwar in diesem Augenblick sehr eingeschränkten staatsbürgerlichen Rechte als eines der auch in dieser Situation verbliebenen Freiheitsrechte beanspruchten.

Schließlich brachte man uns gegen 18.30 Uhr zu einem herbeigefahrenen Krankenwagen und dieser transportierte uns in das man nächsten gelegene Krankenhaus nach Wilster. Das Krankenhaus war überfüllt von Verletzten. Schwestern und Frauen aus der Umgebung halfen aus. Eine Frau aus Brokdorf, half mir aus den nassen Kleidern gab mir Tee und machte mir ein warmes Bad. Sie war erschüttert von den Schlägen, angeschwollenen Stellen auf meinem Rücken und auf beiden Schultern. Sie sagte es sei furchtbar, was sie heute alles gesehen habe....es sei wie im Krieg.

Ich wurde geröntgt und der Arzt stellte schwere Prellungen und Verdacht auf Bruch des linken Schulterblattes fest und verordnete absolute Bettruhe. Er gab mir eine Spritze, weil ich starke Kopfschmerzen hatte.

Die Nachtschwester konnte mich mit der Nachricht beruhigen, daß meine Töchter einigermaßen heil mit den Bussen nach Bremen zurückgekehrt sind. Ich bat den Arzt mich so bald wie möglich aus dem Krankenhaus zu entlassen, weil meine Töchter allein zu Hause wären, meine Frau über das Wochenende in Holland sei. Er entsprach meiner Bitte mit der Auflage, vor allem meinen linken Arm und die Schulter zu schonen. Am Sonntag abend, den 14.11. wurde ich aus dem Krankenhaus abgeholt."

"...Gegen 20.50 Uhr bewegte ich mich auf der Haupttorseite des Kernkraftwerks über die Wiesen in Richtung Wilster zu. Aufgrund des immer schlechter werdenden Untergrunds bestieg ich die Anhöhe, auf der die Teerstrasse längs des Kernkraftwerks entlangführt. Am Rande der Teerdecke war eine Polizeikette aufgebaut. Ich bewegte mich mehrere Meter am Rande der Anhöhe fort und wurde dabei von den Beamten angepöbelt und provoziert. Vorsichtshalber fragte ich deshalb, ob ich hier oben gehen könne. Im rotzigen Ton wurde ich aufgefordert zu verschwinden. Ich fragte wiederholt. Darauf befahl ein Beamter den angezeigten vier Polizisten, mich festzunehmen. Ich versicherte sofort, dass ich freiwillig mitgehen würde. Davon nahmen diese Beamten keine Notiz. Mir wurde der linke Arm so auf den Rücken gedreht, dass ich mehrmals vor Schmerz stehenbleiben musste. Dabei wurde ich von den Beamten in die Beine und auf den Kopf geschlagen (mit dem Schlagstock). Mit dem stumpfen Ende des Schlagstocks wurde ich wiederholt in den Rücken geschlagen und gestossen. Ich versicherte immer wieder, dass ich freiwillig mitgehe. Ich leistete keinen Widerstand. Der Rollkragen meines Pullovers wurde so zuge dreht, dass ich nicht mehr sprechen konnte. Währenddessen wurde ich laufend bedroht und beschimpft. Ein Beamter (Kurzbeschreibung, da er seinen Namen nicht nennen wollte: Mittelgross, gelocktes, mittelblondes Haar - ist auf dem Foto) äusserte: "Du Rotes Schwein, Du. So etwas wie dich sollte man totschlagen." So brachte man mich vor das Vernehmungszelt, wo einer der Beamten die anderen anwies, mich ordentlich hineinzubringen. Daraufhin wurde der Würgegriff an meinem Hals entfernt, die rechte Hand wurde losgelassen und die Schläge und Stöße hörten auf. Die Beamten nahmen einen gewissen Abstand zu mir ein. Im Zelt gab einer der Beamten als Festnahmegrund den Versuch, die Polizeikette zu durchbrechen, an. Dies ist unwahrheitsgemäss, da ich bei meiner am Anfang geschilderten Fragestellung sogar noch stehengeblieben war. Ich habe keine Bewegung auf die Polizeikette zu genommen. Ausserdem wäre dieser Versuch heller Wahnsinn gewesen, da weit und breit hinter mir in der Wiese keine demonstrierende Person vorhanden war. Vor mir stand eine vielköpfige Polizeikette. Nach dem Transport auf das Kernkraftwerksgelände bat ich um eine ärztliche Untersuchung. Auf diese Bitte wurde nicht eingegangen."



Zum 13.11. wurde folgendes Flugblatt verteilt:

VERHALTEN BEI FESTNAHMEN!!

VERHALTEN bei FESTNAHMEN

WÄHREND DER FESTNAHME:

Ihr müßt nur Aussagen zur Person machen: nur Name, Vorname, Adresse, Beruf.

Keine Aussage zur Sache, d.h. zu irgendwelchen Vorwürfen! Auch keine informellen Gespräche!

Keine Unterschriften unter beweis erhebliche Schriftstücke, Protokolle!

Sofort mit Festgenommenen Kontakt aufnehmen, Name, Adresse notieren. Macht selbst ein Gedächtnisprotokoll, auf das später zurückgegriffen werden kann!

Ihr dürft auf der Polizei-Wache sofort und jederzeit mit Angehörigen oder mit Rechtsanwalt telefonieren. Besteht auf diesem Recht! Wenn die Polizisten sich mit der Überlastung ihres Telefons herausreden wollen, fragt ständig wieder nach, droht mit einem Verfahren!

Verlangt die Dienstnummer der Polizisten und sofort notieren.

Verlangt sofort Rechtsmittelbelehrung bei allen gegen euch laufenden Maßnahmen. Weist darauf hin, daß ihr ein Recht darauf habt.

Gegen erkennungsdienstliche Behandlung (Fingerabdrücke, Fotos) sofort Widerspruch einlegen und verlangen, daß dieser Widerspruch zu Protokoll genommen wird.

Bei Verletzungen sofort einen Arzt verlangen! Vom Arzt ein Attest verlangen, nach der Entlassung sofort einen weiteren Arzt aufsuchen und Verletzungen attestieren lassen.

Für zerrissene Kleidung etc. sofort schriftliche Bestätigung verlangen!

Die Festnahme darf längstens bis zum Ende des nächsten Tages dauern... Auch vor dem Haftrichter keine Aussage ohne vorherige Beratung mit Anwalt.

Ihr erreicht Anwälte:

- 1) Samstag, 13.11.76 in Itzehoe ab 17.00 Uhr in den "Germania-Stuben" Große Parschburg 33 (gegenüber der Polizei) Tel.: 04821/3271
- 2) Samstag, 13.11.76 - Sonntag 14.11.76 durchgehend in Hamburg Rechtsanwälte Schween, Reinecke Benoit, Schubert. Tel.: 040/443849 +443840
- 3) Über das Info-Zentrum der BUU in Hollerwetter (liegt neben Brokdorf) in der Nähe des Leuchtturms, Tel.: 04829/315

Zeugen melden sich in Brokdorf in der "Alten Schule" am Samstag ab 10.00 Uhr bis 22.00 Uhr. Tel.: 04829/245.

U....

Die Polizisten, mit denen ich diskutiert habe, haben mir nichts getan, die sind vorbeigegangen. Es kamen so hintere Trupps, die mir beim ersten Mal den Knüppel in den Nacken gehauen haben. Dadurch fiel ich sofort in den Schlamm. Anschließend nahmen zwei Polizisten mich an den Füßen und zogen mich mit dem Gesicht durch den Schlamm. Sie zogen mich so durch den Bach über den offenen Drahtverhau rüber. Innerhalb des Geländes bezeichneten mich Werkschützer als angeblichen Steinwerfer. Ich habe keine Steine geworfen, sondern eine friedliche Demonstration veranstaltet und mich persönlich dafür eingesetzt, keine Konfrontation mit der Polizei einzugehen.

Und ich wurde von diesen Leuten getreten, in die Geschlechtsteile und ins Gesicht. Die Leute haben gesagt: wir machen Dich kaputt. Einige besondere Polizisten sagten, daß können wir uns hier nicht leisten, laß uns erstmal da hinten zur Personalaufnahme schlörren und da bin ich auch regelrecht hingeschlörret worden. In der Personalaufnahme waren nur Polizisten. Kein anderer, den sie verhaftet hatten. Ich war völlig allein, nur unter Polizisten. Sie haben mich langgeschliffen an Polizisten, die etwas mit Schlamm und Dreck beschmutzt waren. Sie haben gesagt: diese Schweinereien, die hast Du auch mit zu verantworten, überleg Dir das, unsere Handhabe ist jederzeit gerechtfertigt. Wenn Ihr mit Steinen schmeißt und uns verletzt, müßt Ihr damit rechnen, daß Ihr auch verletzt werdet.

Aber es war nicht so, daß ich den Polizisten verletzt habe, sondern nur mit Polizisten diskutieren wollte.

Aber mich haben sie verletzt, mich haben sie vorbeigezerrt ... ich bin in Weinkrämpfe ausgebrochen. Ich habe denen geschworen, das war meine letzte gewaltlose Demonstration. Ich habe nämlich festgestellt, daß durch die Gewaltlosigkeit, die ich vertreten habe, ich in größere Schwierigkeiten kam als diejenigen,

die mit Steinen geworfen und sich vernünftig rechtzeitig zurückgezogen haben. Ich habe dann da gestanden und geglaubt, mit den Polizisten verhandeln zu können; aber das war nicht drin.

.... Die beiden Polizisten, die mich festgenommen haben, kann ich beschreiben: Der eine war unheimlich liberal und hat sich auch für mich eingesetzt. Er hat mich auch vor anderen Polizisten, die mir noch mehr ans Zeug wollten, gedeckt.

Zum Äußeren: Er war ungefähr 40 Jahre alt und hatte nach hinten gekämmtes Haar, er rauchte Pfeife. Man konnte sich ganz vernünftig mit ihm unterhalten. Ziemlich schlankes Gesicht. Haare mittelbraun. Der andere Polizist: etwa 25 Jahre, Lederjacke, ziemlich aggressiver Typ, dickes Gesicht, etwa 1,80 m groß, ein paar Narben im Gesicht, ziemlich brutal. "

" ...

Nach Einbruch der Dunkelheit hatte die Polizei damit begonnen, Truppen ins Gelände außerhalb der Stacheldrahtumzäunung zu schicken, um dort gegen die Demonstranten, die sich bis auf wenige Ausnahmen passiv und friedlich verhielten, vorzugehen. Der erste Polizeitrupp hatte in Blockformation die Straße passiert und ich ging mit zwei Freunden wieder zurück auf die Straße. Inzwischen formierte sich links von uns ein zweiter Polizeitrupp, der dann wenig später in Kettenformation am Straßenrand entlangrückte, so daß wir uns nach wenigen Minuten gegenüberstanden, an einem Straßenrand die Polizisten mit dem Rücken zum Bauplatz, auf der anderen Straßenseite wir drei und noch einige mir unbekannte Personen. Bis dahin hatte weder jemand aus der Polizeikette einen Demonstranten, noch umgekehrt, ein Demonstrant einen Polizisten aus dieser Kette angegriffen. Deshalb

glaubten wir, daß hier vielleicht eine Möglichkeit wäre, einmal friedlich mit den Polizisten reden zu können und fragten sie, warum sie Tränengasgranaten und Nebelbomben nicht nur auf die direkt am Angriff beteiligten Demonstranten, sondern auch zwischen die Masse der weiter hinten stehenden ausschließlich friedlichen Demonstranten warfen, und ob sie wüßten, daß dort auch Kinder wären.

Dann ging alles sehr schnell. Ein Polizist brüllte uns an: "Haut ab!" Ein anderer sprang blitzschnell aus der Kette vor und spritzte mir aus etwa 1 m Entfernung ohne jede Vorwarnung die chemische Flüssigkeit direkt in die Augen und über das ganze Gesicht. Das ging so schnell, daß ich nicht einmal die Chance hatte, mich abzuwenden. Die beiden Freunde packten mich sofort und führten mich, weil ich die Augen vor Schmerz nicht mehr öffnen konnte, von der Straße weg. Die Polizisten mußten inzwischen zum Angriff

übergegangen sein; denn man versuchte uns noch von hinten zusammenzutreten.

...

Ich verspürte immer noch einen furchtbar brennenden Schmerz im Gesicht und in den Augen, die ich erst wieder offenhalten konnte, als wir auf Leute trafen, die Kochsalzlösung mit sich führten und mir damit die Augen spülten. Meine Freunde brachten mich dann sofort in sanitäre Behandlung, wo man mir noch viermal die Augen spülten und anschließend eine schmerzstillende Salbe in die Augen gab.

...

Allerdings waren heftige Kopfschmerzen noch über Stunden und eine längere Lichtempfindlichkeit Begleiterscheinungen des Beschlusses mit der chemischen Keule.

...

Mein Augenarzt hält eine Weiterbehandlung meiner Augen mit Augentropfen und Augensalbe für notwendig. "

"

... Etwas später überholten uns auf freiem Feld einige vollbesetzte Polizei-VW-Busse und mindestens ein Polizei-PKW. Etwa 20 m vor uns stoppten die Wagen plötzlich ab, ohne für uns erkennbaren Anlass. Als wir näher kamen, sahen wir, wie mehrere Polizisten mit Gummiknüppeln bewaffnet, vorübergehende Demonstranten verfolgten und auf sie brutal einschlugen.

Eine junge Frau lag regungslos auf dem Boden. Als wir uns um sie kümmern wollten, wurden wir mit gezückten Gummiknüppeln und der Drohung "es würde uns gleich was passieren", vertrieben.

Vor einem VW-Bus lag jemand auf der Straße (vielleicht waren es auch mehrere Personen), einige Polizisten knieten am Boden und droschen auf die Person(en). Als wir das sehen konnten, veranlaßte ein Polizist, daß die Scheinwerfer des Autos ausgemacht wurden. Was sich weiter abspielte, konnten wir nicht mehr erkennen.

Die Polizisten hatten sich nicht unter Kontrolle, sie stürzten sich mit Ausdrücken, wie "mit euch werden wir schon fertig", "von euch haben wir jetzt genug" auf die Passanten. Als ein Polizist in dem PKW angesprochen wurde, er solle dafür sorgen, daß sich seine Beamten wie Menschen benehmen sollten, kam als Antwort auch nur Drohungen...."



" Als gegen 19Uhr ein großer Teil der Demonstranten abgezogen war, und ich mich gegen 19³⁰Uhr auf den Weg zu dem in Wevelsfleth abgestellten Auto machte, hörte ich von weitem (ca.300m Entf.), wie die Polizei außerhalb des Baugeländes abwechseln "Wasserwerfer frei", und "Knüppel frei" gab und begann auf die Demonstranten einzuprügeln. Etwa 500m weiter entfernt, am Hinterende des großen auf dem Heimweg befindlichen Demonstrationszuges, sah ich auf der Straße von weitem 3 (?) Fahrzeuge mit Blaulicht auf uns zu kommen. Ich rechnete mit einem Verletzentransport. Aber kurz bevor die Fahrzeuge (VW-Bullis) die letzte größere Gruppe des Zuges erreicht hatten, hielten sie plötzlich an und es sprangen mit Schutzhelmen, Schutzschildern und schwerer Ledermontur bewehrte, knüppelschwingende Polizisten heraus und stürzten sich auf die letzten des Demonstrationszuges. Ich flüchtete zur Seite und wollte den Deich auf der rechten Seite hinauflaufen, landete aber direkt mit dem Gesicht in einem Stacheldrahtzaun. Dabei verletzte ich mir das Nasenbein und das obere und untere Lid des rechten Auges. Ich hatte unheimliches Glück, daß ich mir auf der Flucht vor den knüppelschwingenden Polizeischlägern (500m von der Baustelle entfernt, auf dem Nachhauseweg !) nicht das Auge ausgestochen habe. Jedenfalls fehlten mir einige Augenwimpern. Nun lag ich am Weidezaun und hatte Angst, daß sie mich entdecken und auf mich einschlagen würden. Ich war völlig wehrlos und hatte nicht einmal meine Augengläser mehr, die ich verloren hatte. Als ich dann den Stacheldraht überwand und den Hang am Deich entlang lief, entdeckte man mich, und einer der Polizeischläger rief wörtlich: "Da ist noch einer von den Schweinehunden !". Er nahm die Verfolgung auf, ließ aber dann von mir ab, weil er zum Fahrzeug zurück mußte. Ein anderer rief : "laß ihn doch laufen". Von anderen Demonstranten hörte ich noch, daß man weiter damit rechnen mußte, von Polizisten aufgelauert und Überfallen zu werden. Deshalb lief ich solange dem großen Demonstrationszug hinterher, bis ich eine größere Menge von Leuten mit Schutzhelmen um mich herum hatte und mich wieder einigermaßen sicher fühlte. Unterwegs hielt ich noch an einem Bauernhaus an (linke Wegseite), wo ich mein Gesicht und das verletzte Auge abwaschen konnte und auch ein Heftpflaster erhielt."

"Als wir etwa 300 Meter von der NWK-Straße entfernt waren, bemerkten wir einen Hubschrauber, der zielstrebig sehr niedrig auf uns zuflieg. Daraufhin gingen wir in Richtung Deichstraße. Der Hubschrauber folgte uns und warf Tränengaspatronen auf uns ab. Neben uns befand sich ein Mann mit 2 kleinen Kindern, 3 und 5 Jahre, der sich uns gegenüber als unbeteiligter Zuschauer ausgab, und ebenfalls von den Tränengaspatronen beeinträchtigt war."

"An einer Kreuzung neben dem Bauplatz standen mehrere 1000 Menschen, denen wir uns anschlossen. Nach ungefähr einer halben Stunde wurden zur Frontseite der Demonstranten hin, nach Anzahl der anrückenden Polizeifahrzeuge zu schätzen, wohl ungefähr 2 bis 3 Hundertschaften zusammengezogen. Danach wurden im Rücken der Demonstranten ungefähr 3 bis 4 Hundertschaften Polizisten, wie die vorstehenden Wasserwerfer verstärkt, postiert. Während dieser Zeit schon überflog ein Polizeihubschrauber in einer Höhe von minimal 7 bis 10 Metern die demonstrierende Menge und einzelne, abseits auf der Wiese stehende, Zuschauer und beschöß die Leute mit Tränengasgranaten und versprühte loses Tränengas in die Menge hinein."

Auch in der Nacht nach dem 13. wurden noch Personen verhaftet, die in der Umgebung, insbesondere im Zelt der BUU übernachteten.

"Ja also ich wachte um 2.50 Uhr oder 2.30 Uhr auf und da bin ich also durch lautes Stimmengewirr aufgewacht, guckte unter dem Zelt durch, also es war ein bißchen offen, also da sah ich etwa 5 Leute, das waren aber keine Polizisten, ich bin mir nicht ganz sicher ob das Werkschutz oder BGS war. Sie hatten ein kleines Zelt, was neben dem großen stand, zerissen und gleich darauf war auch noch ungefähr 10-15 oder 20 Bullen, es war schlecht zu schätzen, (oder Polizisten) im Zelt und jagten uns mit ziemlich barschem Ton aus dem Schlafsack. Einige Leute konnten der Aufforderung nicht so schnell nachkommen, weil sie eben noch ziemlich verschlafen waren und kriegten nun natürlich einen mit dem Schlagknüppel rüber. Es wurde uns dann noch gestattet, die Hose anzuziehen, aber erst auf Nachfrage, und dann wurden wir zum Teil an den Haaren aus dem Zelt gezogen, und mußten uns vor dem Zelt auf den Boden legen mit ausbreiteten Beinen, ohne Schuhe. Zwei Leuten wurden Handschellen angelegt, also einem wurde Handschellen und einem Mädchen wurde so ein Gummizeugs um die Hände gebunden, was man nicht wieder abkriegt so schnell, für Elektriker ist das, damit man Kabel bauen, das ist son technisches Zeugs also einzelnd in Gegenwart von 2 Bullen

im Polizeigriff über die Wiese zu den UKW's in den Mannschaftswagen geschafft, wo wir dann auch eingeladen wurden und dann auf den Platz des Kraftwerks gebracht wurden. Es war ziemlich unangenehm, weil wir eben keine Schuhe an hatten und echt in Matsch und Pfützen mit den Füßen reintraten und es tierisch kalt war. Auf jeden Fall stiegen wir aus den UKW und mußten dann ungefähr 25 Min. bis eine halbe Stunde auf dem Bauplatz stehen, bis wir dann wieder in andere UKW's verfrachtet wurden und nach Itzehoe gebracht wurden. Und da wurden wir dann erstmal in den Sammlungsraum geführt und dann wurden die Leute einzelnd zum Verhör gebracht. Sie wurden erkennungsdienstlich behandelt und mit Personalbogen verhört und auch zum Teil Rechtsmittelbelehrung und zum Teil auf Anfrage. Dann nach ungefähr 2 Stunden konnten wir dann unsere Sachen, die inzwischen in einem anderen Wagen angeliefert wurden aus einer Garage zusammensuchen, wobei sich dann rausstellte, daß einige Sachen beschädigt oder, die Kleinzelte waren eben zerissen und einige Sachen fehlten auch."

"Ich sitze mit noch 6 anderen Jungs und 2 Mädchen vor unserem Zelt bei einem Lagerfeuer. Das Zelt befindet sich auf einer Wiese, die ein Bauer zum Zelten für Demonstranten freigegeben hatte, unweit des neuen Leuchtturms. Einige der Jungs und die 2 Mädchen sind noch minderjährig. Gegen 23.30 lagen die meisten von uns schon schlafend in ihren Decken und Schlafsäcken. Sonntagmorgen 2.30 Uhr: Eine 30 Mann starke Truppe des Bundesgrenzschutz soll plötzlich über die Wiese auf das Zelt zuge laufen sein. (Nach Berichten eines Anwalts der BUU soll auch Polizei und Werkschutz an der Aktion beteiligt sein). Ich wurde durch einen dumpfen Schmerz, der von einem Gummiknüppelhieb herrührte, geweckt. Ich sah 3 BGS-Leute halbgebückt im Zelt stehen. Sie schleiften uns bis vor das Zelt, schüttelten uns aus den Schlafsäcken. Das Zelt stand auf lehmig-matschigem und zertrampelten Wiesen-Untergrund. Wir mußten uns auf den Bauch legen in den eiskalten Matsch. Arme und Beine mußten wir von uns strecken. Wir wurden abgetastet und mußten so mindestens 5 Minuten liegenbleiben. Die BGS-Leute traten unsere Sachen mit den Füßen zur Seite, trampelten auf ihnen herum und rissen das Zelt ein. Dabei mußten wir uns Worte wie: "So, Ihr Schweine, jetzt geht's rund hier!" anhören. Dann wurden wir, teilweise durch Fußtritte, aufgefordert aufzustehen. Ich war barfuß. Als ich meine Schuhe anziehen wollte, die ich zufällig gesichtet hatte, wurde ich zunächst daran gehindert. Dann sollten

wir über die Wiese zu Polizeibussen gebracht werden. Ich zog mir meinen einen Schuh an. Als ich den anderen anziehen wollte, trat mir ein BGS-Beamter die Beine unter dem Körper weg. Ich fiel, wurde aber wieder hochgerissen, dann wurden uns die Hände mit Handschellen auf dem Rücken gefesselt. Die Mädchen kriegten Plastikhandschellen verpaßt. Ihnen wurden die Hände nach vorn gefesselt. Man trieb uns über die Wiese in die 2 Polizeibusse, die dort standen. Wir wurden auf das Baugelände gefahren. Nach einer Viertelstunde wurden wir heraus gelassen und mußten uns in einer Gruppe ruhig neben die Busse stellen. Die Polizeibeamten standen im Kreis um uns herum. Wir standen im knöcheltiefen Schlamm. Einige von uns waren barfuß. Nach 10 Minuten wurden wir auf einen Lastwagen getrieben, auf dem ca. 20 Polizisten saßen, die auf dem Heimweg waren. Sie warfen uns Beleidigungen an den Kopf. Wenn wir etwas erwidern wollten, drohten sie mit Schlägen. Wir fuhren nach Itzehoe. Dort wurden wir zur Kripo gebracht. Man sperrte uns in einen Aufenthaltsraum. Nach einer Stunde wurden wir einzeln wieder rausgeholt und verhört. Dann wurden wir fotografiert, einige wollten sich weigern, wurden jedoch brutal daran gehindert, sich von der Kamera abzuwenden. Dann wurden wir in den Keller geführt und erkennungsdienstlich festgehalten (Fingerabdrücke, Foto mit Nummer) Danach wurden wir entlassen. Auf unser dringendes Verlangen hin wurden wir nach Brokdorf zurückgefahren. Zuerst wollte man uns einfach vor die Tür setzen."

1. Gegen 24.00 Uhr starteten wir von unserem Lager beim weissen Rundzelt der Bürgerinitiativen zu einem Spaziergang um das Gelände des AKW Brokdorf.
Gegen 1.00 Uhr hatte [REDACTED] seine Tasche am Strassenrand stehenlassen, um einen Schal, den er verloren hatte, zu suchen. Während seiner Abwesenheit fuhr ein Polizeifahrzeug zweimal langsam an der Tasche vorbei. Als er zurückkam war die Tasche verschwunden.

2. Ca. drei- bis viermal fuhren Polizeifahrzeuge langsam am uns vorbei, zeigten aber keine weiteren Reaktionen.

3. Gegen 2.00 Uhr wurden wir ca. 100 m von unserem Zelt entfernt von einem Polizeimannschaftswagen zu einer Personalienüberprüfung angehalten.
Fünf Minuten später kam ein Polizei-PKW, fragte, was los sei, und bemerkte auf die Antwort "Personalienüberprüfung" hin: "Ja, das macht mal gründlich, die Leute brauchen einen rein." In diesem Moment wurden wir sehr barsch und unfreundlich aufgefordert, uns zur Leibesvisitation hinzustellen, welche dann durchgeführt wurde.
Wir hatten schon am Anfang auf die vermisste Tasche aufmerksam gemacht und die Antwort erhalten, man wisse von nichts, wolle aber die Kollegen fragen.
Auf einmal tauchte die Tasche dann auf und wir wurden gefragt, ob es unsere sei. Die darin befindlichen Gegenstände, u.a. (kurze) Seile, ein Hammer, Handschuhe, ein Haken, wurden sofort als Tatwerkzeuge bezeichnet, ebenso eine Gummischleuder, die [REDACTED] mit sich führte.
[REDACTED] wurde bei seiner Festnahme besonders brutal behandelt: Er erhielt Tritte gegen das Schienbein, einen Schlag mit dem Gummiknüppel oder einem noch härteren Gegenstand gegen den Kopf, sodass auf dem Hinterkopf eine grosse Platzwunde entstand (vom Arzt bestätigt), und einen zum Glück etwas danebengegangenen Tritt in die Genitalien.
Eine Begründung der Festnahme oder eine Rechtsmittelbelehrung wurde nicht gegeben.

Als Zeugen der Polizei für diese Festnahme wurden später angegeben (Polizeiintern): Herr SELBERG und ein Herr mit dem Namen LAMPE oder ähnlich.

Weiterhin wurde bei der Festnahme die Kleidung des [REDACTED] beschädigt (Die Anoraktasche wurde abgerissen.) und das mit einer Kordel an der Hose befestigte Taschenmesser des [REDACTED] abgeschnitten. Das Messer hat [REDACTED] seitdem nicht mehr wiedergesehen, weder auf der Baustelle noch auf der Polizeiwache. Es ist auch nicht unter den beschlagnahmten bzw. sichergestellten Gegenständen aufgeführt.

4. Um ca. 2.30 Uhr erfolgte der Abtransport auf das NWK-Baugelände, getrennt in zwei PKWs.
Unter starken Beschimpfungen werden wir zu einem ca. 50 m entfernten Lastwagen gebracht.
Die folgende halbe Stunde des Wartens auf dem Gefangenentransporter verbrachten wir in äusserst ermüdender und schmerzhafter Lage. Wir werden mit brutalen Drohungen gezwungen, uns mit stark gespreizten Armen und Beinen an den Lastwagen zu lehnen - die Füsse müssen ca. 1,40 m vom Rand des Lastwagens entfernt sein. Fast jede kleinste Bewegung wird mit einem Fusstritt kommentiert, der uns zu "ordentlicher Haltung", d.h. zu weiterem Spreizen der Beine, veranlassen soll. [REDACTED] wird es nicht erlaubt, seinen Mantel wieder anzuziehen, sodass er nur mit einem Pullover bekleidet ist. [REDACTED] bricht einmal vor Schwäche weinend zusammen, wird jedoch durch Fusstritte und Hochzerren und der Bemerkung, er solle sich nicht so anstellen, wieder in die alte Lage gebracht. Die ganze halbe Stunde ist begleitet von äusserst sadistischen, gehässigen und brutalen

Bemerkungen der umstehenden Polizisten und Werkschutzleuten. Kommentare wie "Sack abschneiden..." kamen mehrfach in den verschiedensten Kombinationen.

5. Der Gefangenentransporter kommt gegen 3.00 Uhr. Wir dürfen uns setzen - je ein Polizist zwischen zwei Gefangene, Hände unter die Schenkel, sonst "gibt's eins drauf". Die anderen Bewohner des Zeltens sind inzwischen auch festgenommen und zum Bauplatz geführt worden, werden aber getrennt von uns gehalten.
[REDACTED] wird von einem Polizisten "sicher erkannt" als Steinerwerfer. Er kann jedoch anhand einer Fahrkarte aus Hannover sicher nachweisen, dass er zur fraglichen Zeit noch gar nicht auf dem Bauplatz gewesen war. Kurz darauf wird er ohne weiteren Kommentar freigelassen.

[REDACTED] bittet um 3.05 Uhr um einen Arzt wegen Verdachts auf Gehirnerschütterung wegen seiner Platzwunde auf dem Kopf. Um 3.30 kommt ein Polizeiarzt, untersucht ihn oberflächlich und stellt eine Haftfähigkeitsbescheinigung aus.

Um 3.45 Uhr fahren [REDACTED] und ein weiterer Verhafteter zusammen mit zwei Herren der Kripo und drei Herren der Polizei zur Kripo Itzehoe. Der Einsatzwagen hatte den Funkcode "Eisberg" oder "Anton".

6. In Itzehoe wurden wir erkennungsdienstlich behandelt, wurde ein Protokoll für jeden gefertigt und eine Bescheinigung über die sichergestellten bzw. beschlagnahmten Gegenstände ausgestellt.
Gegen 7.00 Uhr konnten wir unsere im Zelt befindlichen Sachen abholen und wurden dann freigelassen."

Noch weit weg vom Bauplatz setzt die Polizei ihre Verfolgungen fort

"Ich fuhr mit dem Bus der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen nach Brokdorf. Bei der Abfahrt fährt ein Polizeiwagen vorbei. Dann lange nichts. Auf der Rückfahrt wieder in Baden-Württemberg Gebiet schert zufällig ein Polizeiwagen aus einer Ausfahrt heraus. Als wir vorüberfahren überholt er uns danach und winkt uns rechts raus auf die Raststätte Hartwald-West. Dort warteten bereits 2 weitere Polizeiwagen, innerhalb der nächsten Minuten sind 8 weitere Polizeiwagen dort. Die stellen einen Polizeiwagen vorne quer vor den Bus, damit er nicht davonfahren kann.

Sie klopfen an, ein Polizist steigt ein, die ARD, die bei uns an Bord war, filmt den Polizist, dieser zieht die Mütze ins Gesicht, schlägt nach der "amera, darauf hin lautstarke Proteste. Der Polizist, der von einer Fahndung sprach, zieht sich zurück, sie beraten mit dem Einsatzleiter per Funk, wollen Fernsehfilme beschlagnahmen, und ziehen sich dann plötzlich blitzschnell zurück auf Kommando ihrer Einsatzstelle. Von der Fahndung wollte keiner was wissen. Das Fernsehen war an Bord."

Die bei der Demonstration entstandenen Schäden auf den Weiden einiger Bauern wurden am darauffolgenden Tag von den Helfern weitgehend beseitigt, obwohl die Polizei dies massiv behinderte.

Eine Vertreterin der BUU trat an uns heran mit der Bitte, den Ort der Kundgebung aufzuräumen. Wir nahmen einen Bolzenschneider mit, um stark beschädigte Zäune abzuknipsen und neue Zäune zu ziehen. Da wir annahmen, daß uns die Polizei unser Vorhaben nicht abnehmen würde - wir vermuteten, daß Kontrollen durchgeführt würden -, versteckten wir den Bolzenschneider.

Um ca. 11.15 h gingen wir auf dem Deich in Richtung Kundgebungsplatz. Vor uns postierten sich in einiger Entfernung 6 Polizisten, die aus dem Gebüsch aus der Elbseite des Deiches plötzlich auftauchten. Sie forderten uns auf, unsere Jacken zu öffnen. Wir taten es sofort. Die Jungen wurden abgetastet. Bei [REDACTED] fand ein Polizist den Bolzenschneider in einem Stiefel. [REDACTED] blieb regungslos stehen. Der Polizist holte sofort aus und schlug mit der Faust auf ihn ein. [REDACTED] versuchte sich zu schützen, indem er mit den Armen Gesicht und Kopf bedeckte. Der Polizist schlug auch noch auf ihn ein, als er schon am Boden lag. Eine unten am Deich stehende Frau beobachtete den Vorfall und beschimpfte aufgebracht den Polizisten. Nachdem dieser seine unkontrollierten Prügeleien eingestellt hatte, wurde [REDACTED] von ihm an den Haaren gezogen und als erster den Deich zur Straße heruntergeführt.

Anschließend wurden die anderen abgeführt. Die Polizisten errichteten von den brutalen Ausschreitungen der Demonstranten vom vorhergegangenen Abend und machten uns direkt dafür verantwortlich. Dabei fielen sinngemäße Äußerungen wie: "Nächstes Mal werden wir nicht mehr so zahm mit Euch umgehen, dann kennen wir keine Grenze mehr." Man

beschimpfte uns auch direkt mit Sprüchen wie: "Mach mal die Beine breit, damit ich Dir auch einen Stein in die Eier werfen kann." [REDACTED] wurde immer noch von demselben Polizisten festgehalten. Als er dem Polizisten einen Moment in die Augen schaute, schlug ihn dieser mit der Faust in den Straßengraben. [REDACTED] stolperte über den Elektrozaun auf die dahinterliegende Weide. Der Polizist lief hinter ihm her und schlug weiter auf ihn ein. Obwohl der Polizist ständig fest zuschlug, ließ sich [REDACTED] nicht zu einer Gegenreaktion provozieren. Erst nachdem einige Polizisten ihren Kollegen aufforderten, mit dem Schlagen aufzuhören, ließ er von [REDACTED] ab und führte ihn in den Polizeiwagen. Ein anderer von uns verlangte auf Grund des Vorfalls die Dienstnummer des Schlägers. Bevor die Polizisten antworten konnten, kam der Schläger auf ihn zu, packte ihn am Ohr und sagte in aggressivem Ton: "Was willst du wissen. Dann komm gleich mal mit." Der Polizist zerriß ihn in den Streifenwagen. Den anderen wurde mitgeteilt, daß sie festgenommen seien. Man brachte uns dann in zwei Streifenwagen nach Itzehoe. Dort wurden wir erneut durchsucht. Man nahm unsere Personalien auf, verhörte uns, machte Fotos und erfaßte uns erkennungsdienstlich (Fingerabdrücke und Steckbrieffotos). Gegen alle wurde der Verdacht des Landfriedensbruchs erhoben. Der Schläger erstattete gegen [REDACTED] Strafanzeige wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. "



In Zusammenarbeit mit dem Krankenhaus Wilster und vielen Ärzten organisierte die BUU einen Sanitätsdienst. Die dabei gewonnenen Erfahrungen werden zur Zeit noch ausgewertet.

Aus der Strafanzeige wegen versuchten Totschlags gegen
Polizeibeamte von B. Weitalla

Die Polizei hatte schon über einen längeren Zeitraum hinweg gezielt Steine aus ihrer Festung heraus über den Zaun gegen die Demonstranten auf der anderen Seite des Wassergrabens geworfen. Die Demonstranten, die von Bernd Weitalla durch den Graben getrennt waren, beobachteten, daß sich aus der Gruppe von 5 Polizisten, die die Demonstranten mit Steinen bewarfen, einer herauslöste, dicht in die Nähe des Zaunes ging und einen Ziegelstein gezielt hoch in die Luft warf, so daß er unmittelbar hinter dem Zaun landete. Aus der Art des Steinwurfes ging für die Demonstranten auf der anderen Seite des Wassergrabens klar hervor, daß jemand, der direkt hinter dem Zaun stand, getroffen werden sollte.

Der Ziegelstein traf Bernd Weitalla an der Schläfe. B.W. sackte zusammen und blieb schräg an der Grabenseite mit dem Kopf zum Graben hin liegen.

Demonstranten bargen den Verletzten. Er blutete stark über dem linken Ohr. Er konnte kaum sprechen, brachte nur einzelne meist unverständliche Satzbrocken heraus. B.W. wurde von den Demonstranten zur Straße getragen. Da der erste Krankenwagen gerade weg war, dauerte es 20 Minuten, bis er vom zweiten Krankenwagen abgeholt wurde.

Von einem anwesenden Arzt wurde er während der Wartezeit untersucht. Er konnte noch immer keine zusammenhängenden Sätze sprechen. Er redete wirr. Der Puls war jetzt sehr schlecht. Der anwesende Arzt befürchtete einen beginnenden Schock. Weitalla wurde zugedeckt, in die Kopfseitenlage gebracht, seine Beine wurden hochgelegt. Dadurch fing sich der Kreislauf.

Der Rotkreuzkrankenwagen fuhr ihn zum Wilster Krankenhaus - auf Lawagen, da die Polizei nicht bereit war, eine Sperre für den Krankenwagen auf der Straße zu öffnen.

Im Wilster Krankenhaus wurde eine erste Röntgebildaufnahme gemacht, die jedoch keinen Schädelbruch erkennen ließ. Er wurde in den Operationsraum gebracht. Die Ärzte fanden eine 7 bis 8 cm lange Quetschplatzwunde über dem linken Ohr. Eine Knochenverletzung konnte zunächst nicht festgestellt werden. Die Wunde wurde gereinigt, die Blutung gestillt und vernäht.

Am nächsten Tag hatte sich B.W. etwas erholt. Das Sprechen blieb jedoch gestört. Er machte weiterhin einen sehr verwirrten Eindruck. Er erinnerte sich an seinen Namen und den Namen seiner Frau, hatte aber die Telefonnummer vergessen.

Da sich diese Symptome nicht besserten, wurde Bernd Weitalla auf Anordnung des Chefarztes nach Kiel in die Neurologie gebracht. Dort wurde am Montag mittag ein Knocheneinbruch über dem linken Ohr und ein Bluterguß in das darunterliegende Gehirn festgestellt. Auf den Röntgenbildern war die Knochenverletzung eindeutig zu erkennen. Es ragten Bruchstücke in das Gehirn (Sprachzentrum) hinein. Die Ärzte entschlossen sich deshalb zu operieren. Der Schädel wurde geöffnet. Die Ärzte fanden darunter die Gehirnhaut zerstört. Teile des Gehirns waren von einem diffusen Bluterguß durchdrungen. Im Gehirn waren noch Sandkörner und Haare. Die Ärzte reinigten das Gehirn von diesen Verschmutzungen und brachte die Knochenbruchstücke wieder in die richtige Lage.

Bernd Weitalla hat die Operation bisher gut überstanden. Sein Sprachvermögen ist jedoch weiterhin gestört. Er konnte sich jetzt nur noch an den Spitznamen seiner Frau aber nicht mehr an ihren richtigen Namen erinnern. Er fragte seine Frau nach dem Sohn Alexander. Den Namen seines Sohnes konnte er nicht schreiben. Ihm gelangen nur die ersten Buchstaben.

Der Zustand von Bernd Weitalla ist weiterhin sehr ernst. Bisher ist noch nicht zu übersehen, ob bleibende Gehirnschäden vorhanden sind.

Der Stein, von dem B.W. getroffen wurde, war ein Ziegelstein, von dem etwa 1/3 fehlte. Die Wucht, mit der der Stein getroffen wurde, reichte aus, um einen Menschen zu erschlagen oder tödliche Verletzungen zuzufügen. Er wurde gezielt von der Polizei gegen die Demonstranten geschleudert.



In mehreren norddeutschen Tageszeitungen wurden Auszüge aus einem "vertraulichen" Erfahrungsbericht der Polizei veröffentlicht.

Wir werten diesen Bericht als Propagandaschrift, in der versucht wird, die Vorfälle als von der Mehrheit isolierte brutale Aktion kommunistischer Gruppen darzustellen. Damit wird beabsichtigt, den zum Ausdruck gekommenen breiten Widerstand der Bevölkerung gegen das Atomkraftwerk abzuwerten und zu verleumden.

Falsch sind die Angaben über die Vorbereitungen der Bürgerinitiativen und die Zahl der Polizisten. Verschwiegen wird weiterhin, daß je zwei Hundertschaften der Polizei und des Grenzschutzes den Dienst verweigerten.

Wir drucken den Polizeibericht dennoch - gekürzt - ab, weil er zahlreiche unserer Aussagen bestätigt:

- den bürgerkriegsmäßigen Aufmarsch der Polizei,
- den Einsatz von Bundesgrenzschutz gegen die Bevölkerung
- das wahllose Beschießen friedlicher Demonstranten mit Tränengas aus Hubschraubern.

Dies macht deutlich, daß die Übergriffe der Polizei nicht einzelnen überforderten Beamten zuzuschreiben sind, sondern gezielt und beabsichtigt waren.

1. Anlaß des Polizeieinsatzes

Im Rahmen der Planungen der Bundes- und Landesregierung Schleswig-Holstein zur Sicherstellung der Energieversorgung soll in Brokdorf ein Kernkraftwerk gebaut werden. Alle von dieser Maßnahme sich betroffen führende Bürger haben Gelegenheit, während der gesetzlich vorgesehenen Erörterungstermine ihre Einwände geltend zu machen. Nach Prüfung aller Fakten und Argumente hat die Landesregierung von Schleswig-Holstein mit Zustimmung des Bundesministers des Innern und der Reaktorsicherheitskommission den Norddeutschen Kraftwerken (NWK) als künftiger Betreiber eine Teilgenehmigung ausgehändigt, die ausschließlich zur Errichtung des vorgesehenen Baugeländes berechtigt. Die Norddeutschen Kraftwerke haben am 26. 10. 76 mit dem Herrichten des Baugeländes wie Einfriedung und Planierung begonnen.

1.1 Demonstrations-Vorbereitung

Nach Bekanntwerden des Projektes haben sich schon frühzeitig mehrere Bürgerinitiativen gebildet, die durch Flugblattaktionen, Versammlungen, Straßentheater, Informationsstände u.ä. Aktivitäten zum Widerstand gegen den Bau des KKW aufrufen.

Obwohl allen Betroffenen rechtliches Gehör gewährt worden ist und sie auch weiterhin die Möglichkeit haben, rechtliche Schritte gegen den Bau des KKW zu unternehmen, besteht bei gewissen Kreisen in den Bürgerinitiativen die erklärte Absicht, den Beginn jeder Bautätigkeit durch Besetzen des Baugeländes zu verhindern.

Tage zuvor schon hatten 42 Hamburger Pastoren dazu aufgerufen, "um unserer Zukunft willen aktiven Widerstand zu leisten". Eigentumsrechte dürften dabei "nicht um jeden Preis" geachtet werden. Dadurch mußten sich Angehörige der Bürgerinitiativen ermutigt fühlen, mit dem Segen der Kirche gegen die Polizeisperren am Kernkraftwerksgelände zu stürmen. Einer der Pastoren im Talar stand in vorderster Reihe und forderte mit Hand-Megaphon zu gemeinsamen Sturm auf die Polizei auf.

Seit dem 1. November 1976 wurde in der gesamten Bundesrepublik Deutschland für eine Demonstration und die gewaltsame Besetzung des Baustellengeländes Brokdorf geworben. Die Bürgerinitiative Unterelbe rechnete mit der Teilnahme von etwa 30 000 Personen. Die Veranstaltung wurde bei den zuständigen Behörden nicht angemeldet.

1.2 Polizeilicher Auftrag am 12./13. Nov. 76

Die Landespolizei Schleswig-Holstein, verstärkt durch Polizeikräfte anderer Bundesländer, hatte den Auftrag durch Aufklärung

- Objektschutz
- Raumschutz
- verkehrspolizeiliche Maßnahmen
- Beweissicherung und Dokumentation
- Bilden eines Gefangenentransportkommandos
- wasserschutzpolizeiliche Maßnahmen
- Bilden einer beweglichen Reserve

die Baustelle, Bauarbeiten und Materialanfahrt für die Errichtung des Kernkraftwerkes Brokdorf zu schützen.

1.3 Bereitzustellende Kräfte

- Aufklärung (K) 0/2/49
- Beweissicherung und Dokumentation 0/0/ 24 (K)
- Gefangenentransportkommando (S) 0/0/18
- Einsatzbereitschaft Objekt
- Führungsgruppe BPA (PD Schmidtke)
- 1. Hundertschaft (BPA/LPS) SH
- 2. Hundertschaft SH
- 5. Hundertschaft (BPS/LPS) SH
- 1. Hundertschaft PD Süd SH
- 1. Hundertschaft Hamburg und 1. Limakw
- 4 Hundertschaften Niedersachsen
- 1 Hundertschaft Bremen

- Wasserwerfer mit Besatzungen
 - 3 Wawe BPA SH
 - je 1 Wawe PD Süd und PD Nord SH
 - 2 Wawe PD Mitte SH
 - 2 Wawe Rheinland-Pfalz
 - 3 Wawe Niedersachsen
- 14 Beamte SEK BPA SH
- 12 Diensthundeführer
- Einsatzabschnitt Raum
 - 40 Beamte VÜB
 - 1 Hundertschaft PD Mitte
 - 1 Einsatzzug
- Einsatzabschnitt Fluß
 - 2 Boote Wasserschutzpolizei
- Strafverfolgung
 - 0/4/40 Beamte - K -
- Gefangenensammelstelle
 - 0/0/8 Beamte in Itzehoe
- Reserve I
 - 1 Hundertschaft Hessen
- Reserve II
 - 1 Hundertschaft PD Nord
- Reserve III
 - 10 Beamte (Reiter)

Für die Luftaufklärung, Transport von Führungs- und Einsatzmitteln und Verletzten wurden 3 Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes eingesetzt. Der BGS hielt weiterhin 200 Hundertschaften in jederzeitiger Einsatzbereitschaft an nahegelegenen Standorten. Die Freigabe dieser Kräfte behielt sich der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein vor.

1.4 Einsatz am 13.11. 1976

Vorgesehen:

6 Hundertschaften im Objekt

4 Hundertschaften außerhalb, zusätzliche Kräfte für Verkehrspolizeiliche Aufgaben und bewegliche Reserven.

Eingesetzt:

10 Hundertschaften im Objekt

4 Hundertschaften außerhalb

Die Einsatzkonzeption war vorrangig darauf eingestellt, das gewaltsame Eindringen von Demonstranten in das Objekt zu verhindern und durch weiträumige Verkehrsmaßnahmen Demonstrationsteilnehmer davon abzuhalten, mit Kraftfahrzeugen in die Nähe der Baustelle zu gelangen. Dieses Konzept konnte erfolgreich durchgeführt werden.

1.5 Schutz der Baustelle Brokdorf

In überraschend kurzer Zeit gelang es dem Betreiber der Anlage, das Objekt durch bauliche Maßnahmen wirksam zu schützen. Dazu wurde verwirklicht:

- Einfriedung der Baustelle durch einen 4 m hohen Eisen-geflechtzaun mit Dornenkrone, der teilweise Betonmauereinfassung aufweist; an Schwachstellen ist der Zaun dreifach ausgeführt. Vor und zwischen den Zäunen sind S-Rollen übereinander gelagert.
 - Rings um das Baugelände verläuft ein 3 - 6 m breiter Steigegraben, der bis zu einer Tiefe von 1m mit Wasser geflutet ist. Im Bedarfsfall kann der Wasserstand erhöht werden.
- Die gesamte Zaunanlage und der Innenbereich der Baustelle wird durch Scheinwerfer angestrahlt.
- Das Haupttor kann im Bedarfsfall durch 4m hohe Betonplatten abgeriegelt werden, deren Einschieben durch Bagger vorbereitet ist. Das Tor besteht aus zwei Schwenklügeln (Eisengitter) und wird zusätzlich durch "Spanische Reiter" geschützt.

2. Ablauf der Demonstration

In den frühen Morgenstunden trafen die ersten Busse und Privatfahrzeuge der Demonstranten in der Region ein. Schon jetzt brachte die Polizei das Konzept der Bürgerinitiative Unterelbe durcheinander: Schon sechs Kilometer von Brokdorf entfernt waren sämtliche Zufahrtsstraßen polizeilich gesperret. Teilweise versendete die Polizei auch Nagelbretter und Stop-Gurte. Durchlaß für Kraftfahrzeuge wurde nur Anwohnern, Ärzten und Reportern gewährt. Den Demonstranten blieb nur ein anderthalbstündiger Fußmarsch. Die dabei entstandene Müdigkeit war von der Polizei eingeplant. Der für 12.00 Uhr angesetzte Gottesdienst in der Nähe des Demonstrationsobjektes mußte um eine Stunde verschoben werden.

Die Kundgebungsteilnehmer versammelten sich auf einer Wiese abgesetzt vom Objekt. Pastoren im Tal riefen von einem Heuwagen aus auf, die Demonstration friedlich verlaufen zu lassen.

Nach dem Abhalten eines Feldgottesdienstes setzte sich der Demonstrationzug in Richtung Baugelände in Bewegung.

Am Haupteingang des Kraftwerksgeländes hatten sich zuvor etwa 1500 militante Demonstranten eingefunden. Sie boten ein anderes Bild als der Zug der Bürgerinitiative: Schutzhelme, Schutzmasken, wattierte wasserdichte Kleidung, ausgerüstet mit Holz- und Eisenstäben, Drahtscheren, Enter-

haken und teilweise auch mit Molotow-Cocktails. Ihre Gesichter waren verpudert oder geschwärzt. Über ihren Köpfen flatterten rote Fahnen. In Tragtüten und Rucksäcken führten sie undefinierbare Gegenstände mit. Trotzdem war die Situation gegen 13.30 Uhr noch relativ ruhig; bis zu diesem Zeitpunkt kam es nicht zu Ausschreitungen.

Die Situation an dem Haupttor änderte sich schlagartig, als gegen 13.50 Uhr eine Hundertschaft aus Hessen mit drei Omnibussen und einem Führungsfahrzeug in das Objekt verlegt werden sollte und dabei ihre Fahrt durch die Demonstranten nahm. Das Führungsfahrzeug konnte noch unbehelligt in das Tor einfahren. Die drei Busse konnten nicht weiterfahren, da sich Demonstranten vor die Räder warfen und den Fahrweg blockierten.

Die Besatzung eines Hubschraubers griff ein, indem sie in einer Höhe von etwa 3-5 m direkt über den am Boden liegenden Demonstranten schwebte. Von den Beobachtern wurde das Einschleusen der Hundertschaft zu diesem Zeitpunkt und der im übrigen wirkungslose Hubschraubereinsatz als taktisch falsch beurteilt, da er radikalen Gruppen fast ermöglicht hätte, im Handstreich in das Gelände einzudringen.

Eine Demonstrationsgruppe, an Transparenten als Angehörige der KPD/ML erkennbar, griff zu diesem Zeitpunkt noch nicht ein. Auffallend war die Disziplin dieser Gruppe, die in straffer militärischer Formation in Stärke von mehreren Hundertschaften gegliedert war. Gruppenführer hielten ihre Gruppen fest zusammen; eine Führungsgruppe mit Funkgeräten und Megaphonen war erkennbar. Offensichtlich lag für diese radikalen Gruppen noch keine Weisung vor, in das Geschehen einzugreifen. Auch hier war die vorgenannte Ausrüstung für gewaltsame Aktionen vorhanden.

Währenddessen trommelten andere Gruppen mit Eisenstangen auf die an den Verbindungsstraßen bestehenden Leitplanken ein. Offensichtlich wollten sie dadurch die Schweisstellen und Nietungen lockern. Gleichzeitig wurde damit begonnen, Balken, Baumstämme, Bretter, Wellblechteile und andere Gegenstände heranzuschaffen, um später den Wassergraben überwinden zu können. Teilweise dienten sie auch dazu, sich gegen den Wassereinsatz der Polizei zu schützen. Auch kamen Farbbeutel gegen Beamte und Wasserwerfer (Blenden) zum Einsatz.

Als sich die Teilnehmer des Feldgottesdienstes der Baustelle näherten, gingen alle radikalen Gruppen zum Angriff über. Sie fanden Unterstützung bei den bis zu diesem Zeitpunkt friedlichen Umweltschützern, die den Radikalen halfen, Materialien in die vorderste Linie zu schaffen. Dabei ist nicht davor zurückgeschreckt worden, Bäume und Telefonmaste zu kappen oder Ställe mit Spitzhacken einzureißen oder abzudecken.

Die polizeilichen Absperrungen wurden an mindestens acht verschiedenen Stellen gleichzeitig berannt, um die Polizeikräfte zu zersplittern und den Wasserwerfereinsatz zu erschweren. Eingeteilte Sturmtrupps gingen gegen die Zauneinfriedung mit Wurfkern vor.

Mittlerweile waren am Einsatzort etwa 20.000 Demonstranten eingetroffen, etwa 1500 bildeten den harten Kern. Dieser wurde schätzungsweise von 2000 bis 3000 Helfern aus den Kreisen der Umweltschützer aktiv unterstützt. Viele der übrigen Teilnehmer klatschten demonstrativ Beifall, wenn Polizeibeamte von Wurfgeschossen getroffen wurden.

3. Störer und deren Taktik

Das polizeiliche Gegenüber konnte in verschiedene Gruppen eingeteilt werden, nämlich in

- Teilnehmer der Bürgerinitiative
- Neugierige

- Polit-Rocker oder kriminelle Personen
- militante Personen

Die militanten Gruppen setzten sich vorwiegend aus Personen zusammen, die nach Beobachtungen von Journalisten bereits in Berlin, Bonn, Frankfurt und Wyhl tätig waren. Zur Vorbereitung dieses Einsatzes fand am Donnerstag jeder Woche in Hamburg eine Zusammenkunft statt, an der jeweils 200 bis 400 Personen teilnahmen. Dort wurde die Einsatzkonzeption abgesprochen und festgelegt. Bei der letzten Zusammenkunft am 11. November 1976 waren 2600 Teilnehmer zu verzeichnen.

Folgende Gliederung war in Brokdorf erkennbar:

- Sturmtrupps mit Wurfankern, Drahtscheren, Bolzenschneidern, Drahtzangen und Brechstangen, die das Eindringen gewaltsam vorbereiten
- Werfergruppen in Stärken von 20 bis 50 Mann, die gemeinsam auf Kommando Wurfgeschosse auf die Polizeibeamten schleudern
- Gruppen, die den Nachschub an Wurfgeschossen oder Brückenmaterial bzw. Dämmungsmaterial organisieren oder durchführen

Gruppen, die Zuschauer zum Mitmachen aktivieren

- Sanitätsgruppen, die sich um eigene Verletzte kümmern und deren Abtransport durch Krankenwagen veranlassen

Alle Gruppen standen unter gemeinsamer Leitung. Befehle wurden über Megaphon oder Funkgeräte erteilt. Die Kundgebungsteilnehmer wurden aufgefordert, sich an den jeweiligen Brennpunkten zu massieren, um bei Überwinden der Sperren die Polizeibeamten mit ihrer Masse zu überrennen.

Im Verlaufe des 7stündigen Anrennens gegen die Absperrungen konnten die militanten Gruppen folgende Erfolge erzielen:

- Beseitigung der Schutzplanken an den Strassen
- Überwinden der Wassergräben mit Hilfe von Dämmungsmaterial (am Einsatzort gefüllte Sandsäcke), Leitplanken, Bohlen, Brettern und Balken
- Beseitigung von Stahlrollen durch Einsatz von Wurfankern
- Durchschneiden des Zaunes der ersten und zweiten Sicherungslinie.

4. Die Lage am Abend

Gegen 19 Uhr wurde die Lage für die eingeschlossenen Polizeikräfte besonders kritisch. Man konnte jeden Augenblick mit dem Eindringen der Störer in das Baugelände rechnen, da die Sperren zum Teil unwirksam gemacht waren. Agitatoren forderten zum Sturm auf und wiesen gleichzeitig darauf hin, dass die Polizei über keine weiteren Tränengasvorräte verfüge. Das entsprach auch der Richtigkeit, denn im Land Schleswig-Holstein befanden sich keine weiteren Bestände. Mit Polizeistaffetten wurden Tränengaswurfkörper aus anderen Bundesländern beigebracht und mit Hubschrauber in das Objekt eingeflogen.

Die Einsatzleitung entschloss sich, die letzten Bestände mit Hubschraubern im Flächenwurf auf die rückwärtigen Demonstrationsteilnehmer abzuwerfen. Diese Massnahme war ausserordentlich wirkungsvoll, denn die hier verweilenden Personen hatten keine besonderen Schutzmasken gegen Tränengas und lösten sich sofort auf. Der Einsatzleitung kam gleichzeitig zugute, dass die Abfahrt der Busse von auswärtigen Teilnehmern auf 20 Uhr festgesetzt war, so dass sich viele Personen vom Ort des Geschehens gemeinsam entfernten. So waren gegen 20 Uhr nur noch der harte Kern und etwa 2000 andere Demonstranten am Einsatzort anwesend.

Im Schutze von Wasserwerfern traten jetzt zwei Reservehundertschaften - darunter eine Einheit des BGS - zangenförmig zur Räumung der Verbindungsstrasse an. Um das Vorgehen der Polizei zu erschweren, bogen die Demonstranten Leitplanken über die Strasse und bauten Barrikaden aus Steinen und Hölzern. Ein ungesicherter Wasserwerfer des Bundesgrenzschutzes wurde abgeschnitten und mit Spitzhacken zerstört. Die Besatzung musste freigekämpft werden. Gegen einen weiteren Wasserwerfer wurde ein Brandsatz geschleudert, die Bereifung durch "Krähenfüsse" zerstört. Demonstranten, die offenbar nicht dem harten Kern angehörten, kippten einen zurückgelassenen VW-Kombi der Polizei um und setzten ihn in Brand, so dass Totalschaden entstand.

5. Besonderheiten des Einsatzes

Nach Feststellungen der Polizei und Angaben eines KPD-Funktionärs war der Störereinsatz ausserordentlich gut vorbereitet. Die zum Sturm auf die Sperren benötigten Werkzeuge und das vorerwähnte Material war schon Tage zuvor in die Nähe des Objektes gebracht worden. Teilweise wurde es mit Zustimmung der Marschbauern in Ställen und Scheunen eingelagert. Angehörige der KPD führten im Demonstrationszug einen Sarg mit, in dem sich Stromleitern und Wurfanker befanden.

Schon vor der Sperrung aller Zufahrtsstrassen waren Störfahrzeuge in Objektnähe abgestellt. Sie dienten als Versorgungsbasis.

Mit Einbruch der Dunkelheit fiel die Beleuchtung des Baustellengeländes schlagartig aus. Nach Meinung der Einsatzleitung wurde die Stromzufuhr durch absichtliches Herbeiführen eines Kurzschlusses unterbrochen.

Die oberirdischen Telefonleitungen zur Einsatzleitung Objekt wurden zerstört. Da zeitweise auch der Funkverkehr gestört war, bestand nicht immer zur Einsatzleitung in Glückstadt eine ständige Verbindung.

6. Einsatzerfahrungen

6.1 Tränengaseinsatz

Obwohl innerhalb eines Zeitraumes von 7 Stunden von der Polizei 1523 Tränengaswurfkörper eingesetzt und aus den Wasserwerfern 500 l CN/Stammlösung versprüht wurden, war die Wirkung dieser Einsatzmittel doch verhältnismässig gering.

Dem Abwurf von Tränengaskörpern aus Hubschraubern in Fächerform auf rückwärtige Störer kommt eine erhebliche Bedeutung zu. Die Einsatzform sollte weiterentwickelt werden.

Tränengasabwurfkörper sollten von der Polizei nicht einzeln geworfen werden, da die Schwellstellen von den Demonstranten leicht zu umgehen sind.

6.2 Wasserwehereinsatz

Der konzentrierte Wasserwehereinsatz kann als wirkungsvoll bezeichnet werden, wenn er aus nächster Nähe als Wasserstoss erfolgt. Wasserregen dagegen blieb wirkungslos. Die CN-Zumischung verflieg sehr schnell. Eine nachhaltige Wirkung war nicht zu beobachten.

6.3 Schutzschilde

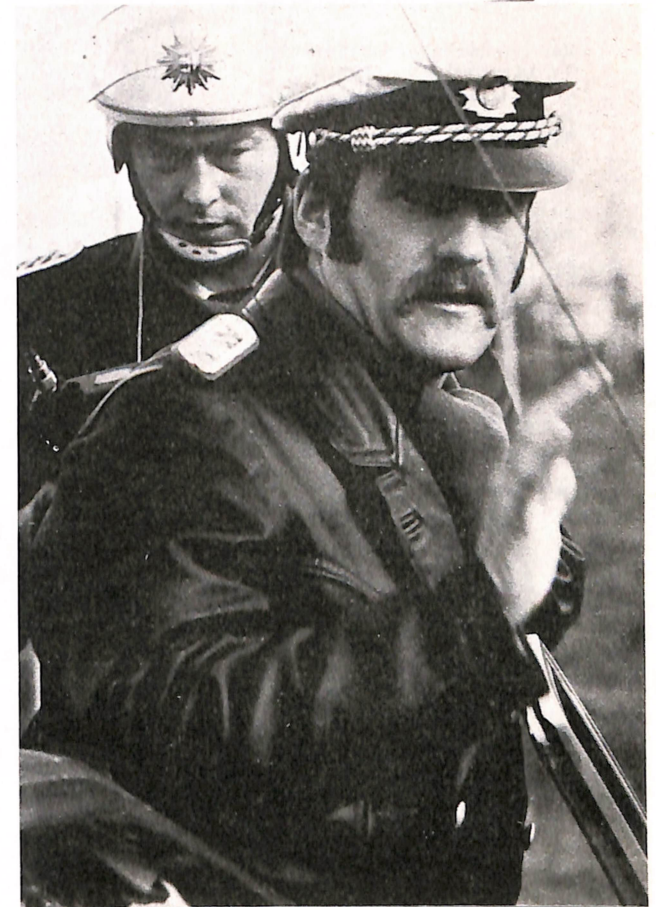
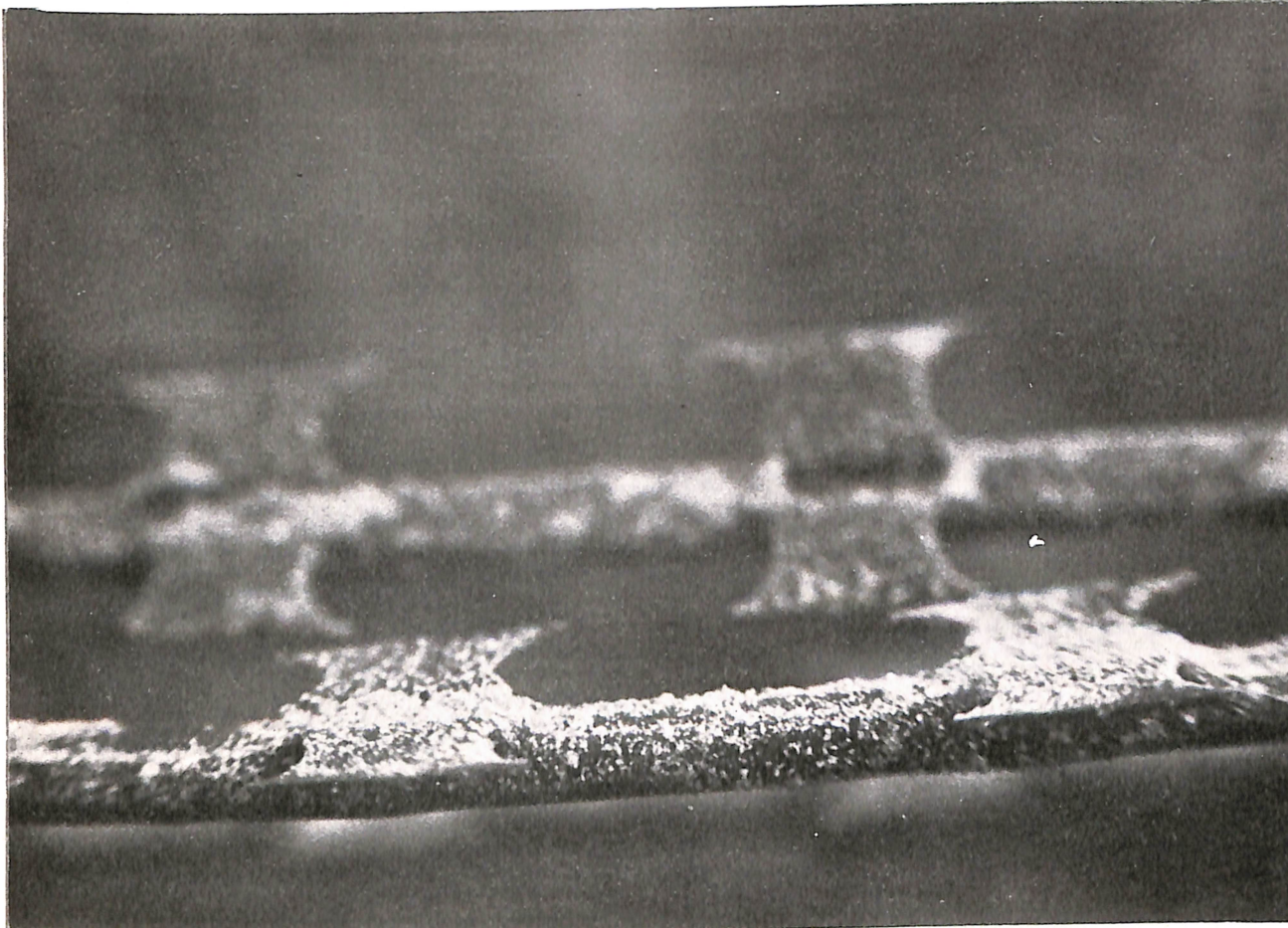
Die überwiegend verwendeten runden Schutzschilde boten keinen ausreichenden Schutz vor Wurfgeschossen oder mit Katapulten abgeschossenen Stahlkrampen.

6.4 Störsender

Die Störer versuchten, Hubschrauber durch Einsatz von Flugdrachen mit Schwänzen aus Aluminium von ca. 15 m Länge zum Absturz zu bringen. Auch wurden Hubschrauberbesatzungen durch Signalaraketen beschossen. Sowohl der 4-m-Funkverkehr als auch der 2-m-Kanal der Polizei wurde vom Störer abgehört. Dieser verfügte über Funkgeräte im 11-m-Bereich, deren Betrieb von der Polizei registriert und aufgezeichnet wurde.

Einem zur Lokalisierung von Störsendern eingesetzten Spezialfunktrupp gelang die Ortung nicht, da vom Störer ein ständiger Standortwechsel vorgenommen worden ist.

Nach Angaben eines KPD-Funktionärs wird die endgültige Schlacht um die Kernenergiepolitik der Bundesregierung in Niedersachsen geschlagen. Hier wollen die K-Gruppen unter allen Umständen verhindern, dass eine Atommülldeponie errichtet wird. Damit würden alle weiteren Bauten von Kernanlagen in der Bundesrepublik zum Scheitern verurteilt.



Uns erreichten tausende spontan gesammelte Unterschriften und eine große Anzahl von Solidaritätsadressen aus dem ganzen Bundesgebiet und dem anliegenden Ausland. Wir empfinden das als wichtige Unterstützung, weil es uns ein Gefühl großer Sicherheit gibt und die Gewißheit, daß wir nicht alleine sind, sondern Zehntausende hinter uns stehen und unsere Arbeit aktiv unterstützen. Wir waren bislang nicht in der Lage, die Unterschriften zu zählen und können auch nur eine unvollständige Liste der Solidaritätsadressen veröffentlichen. Stellvertretend für viele andere folgen dann einige Solidaritätserklärungen im Wortlaut.

Vorläufige Liste von Solidaritätsadressen

Lehrer des Kreisgymnasiums Itzehoe
Arbeitskreis für Umweltschutz Ostfriesland
Fachhochschule für Sozialpädagogik und Sozialarbeit in Bremen
Studenten und Dozenten der Evangelischen Fachhochschule für Sozialpädagogik in Hamburg
Badisch-elsässische Bürgerinitiative Freiburg
Bürgerinitiative gegen ein Atommülllager in Geesthacht
Soldaten der Ausbildungskompanie 816 Liliencronkaserne Kellinghusen
Projekt SAIU, Universität Bremen
Kollegen des Allgemeinen Krankenhauses in Barmbek
ASTA der Uni Bremen
Bürgeraktion Garlstedter Heide
Koordinierungskonferenz der Hamburger Jugendverbände
GEW-Studentengruppe der Universität und Fachhochschule Kiel
Kollegen der ÖTV
OOA Kopenhagen
Selbstorganisation der Zivildienstleistenden in Hamburg
Kreisvertrauensleutekonferenz der Referendare im Studienseminar (HH)
Deutsche Jungdemokraten Landesverband HH
Zentralkomitee der KPD
Calcar (Holland)
Bürger von Neuwiedenthal
AJLE Kreis Segeberg
Initiative deutscher Strafverteidiger (Frankfurt)
ÖTV-Jugend Gesundheitswesen
Mitglieder der ÖTV Neumünster

Generalsekretär der Irischen Transportarbeitergewerkschaft
Schülervertretung der Gesamtschule Bremen West
Deutsch-Niederländische Anti-Atom-Aktion
Vollversammlung der Psychologiestudenten der Uni HH
Frauenasta der Uni Frankfurt
Europatagung Christen für den Sozialismus
Kollegen der Rollofirma Schmale
Arbeiter der Haller/Meurer Werke
Kollegen der Mont-Blanc-Werke
Bürgeraktion Küste
LBU, Nordrhein-Westfalen e.V.
Kein AKW in der Eckernförder Bucht
AG gegen die industrielle Nutzung der Atomenergie Osnabrück
Teilnehmer des chemischen Kolloquiums der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg
Niedersächsische Landjugend Weser-Ems
AG Umweltschutz der katholischen Jugend
BI Aschendorf gegen industrielle Kernenergie
BI Atomenergiegegner W-Berlin
Vollversammlung der Physikstudenten Uni Hamburg
BI Lebensschutz Uelzen e.V.
Pastor Friedrich Bode, Bremen
Börnsen, SPD-Vorsitzender Rittershude und Kreistagsabgeordneter
Öffentliche Vertreterversammlung der Studenten der Pädagogischen Hochschulen in Niedersachsen

Kreismitgliederversammlung des Schulkreises 31 der GEW

Die Schriftsteller Carl Amery, Thomas Ayck, Freimut Duve, Günter Grass, Siegfried Lenz, Peter Piwitt, Peter Rühmkorf, Binar Schlereth

Einführungslehrgang hessischer Zivildienstleistender

Buchhändlerklasse der Berufsschule Holzdamm (HH)

Schüler des Gymnasiums Uthmarschen und Hochrad (HH)

Gewaltfreie Aktion Frankfurt

Arbeitskreis Umwelt an der TU Darmstadt

Aktionsgemeinschaft für Umweltschutz e.V. Darmstadt

Les amis de la terre Paris

Vollversammlung der Medizin-Studenten der Uni Frankfurt

Vollversammlung der PI-Studenten der Uni HH

Veranstaltung der Film- und Fotogruppe Why1

Bürgerschaftsfraktion der SPD Bremen

Unterbezirk Bremen-Ost der SPD

Unterbezirk Bremen-West der SPD

AG Sozialdemokratischer Frauen

Landesvorstand der Jusos Bremen

Wir solidarisieren uns mit Eurem gerechten Kampf gegen die lebensbedrohende Atomtechnik für die Unversehrtheit der Heimat.

Ihr sollt wissen, daß überall in Nord und Süd, in Ost und West Bauern mit Euch fühlen. Vielleicht müssen sie schon morgen den gleichen Kampf aufnehmen gegen die Arroganz einer Minderheit von Industriellendynastie und einer sich leider vor diese stellende Staatsgewalt.

Einen Beitrag für Euren Kampffond in Höhe von über DM 500.-, der hier spontan gesammelt wurde, überweisen wir mit der Post.

Durchhalten und Weitermachen!

WSL Sektion Deutschland

BI KKW-Nein Köln

34 Teilnehmer der Veranstaltung des Kreisjugendringes München vom 27. 1. 1977

Büro für Atomenergieprobleme c/o Fachschaft Bauing Ruhrunivers. Bochum.

Aktion gegen Unrecht und Gewalt, Rheinhausen

Ortsverein Bremen-Neustadt der SPD

Vertrauensleute der ÖTV der Uni Bremen

Arbeitskreis Rechtspraktikanten der ÖTV in Bremen

Betriebsgruppe HIS-GmbH der ÖTV Hannover

Mitgliedervollversammlung der Kreisabteilung Sozialarbeit der ÖTV Osnabrück

Bundesfachschaftenkonferenz Elektrotechnik Karlsruhe

Studentenvollversammlung der Uni Bremen

Versammlung der Studenten aller Braunschweiger Hochschulen

Ausbildungspersonalrat Justiz Bremen

Schutzverband Deutscher Alleinrentenbewohner e.V. Hannover

Delegierte des Bundeskongresses der Deutschen Friedensgesellschaft

Teilnehmer des gewerkschaftlichen Seminars der Stiftung Mitbestimmung zum Thema: "Studienreform im Interesse der abhängig Beschäftigten am Beispiel der Arbeitswissenschaft."

Gewerkschaftliche Mitgliederversammlung der IG Druck & Papier, Westberlin, Bezirk Charlottenburg/Moabit

ÖTV-Betriebsgruppe im Verein Arbeits- und Erziehungshilfe e.V., Frankfurt

13 Referendare aus Hamburg

GEW-Betriebsgruppe der Volks- und Realschule Beim Pachthof 17, Hamburg

Die Betriebsgruppen Snitgerreihe, Rhiemsweg u. Sievekingallee der Gesamtschule Horn

15 Mitarbeiter der Kirchengemeinde Osderfer Born, Hamburg

15 Kollegen des Lehrerkollegiums der Realschule in Wilster

Teilnehmer des Seminars Collegium Humanum

ÖTV-Vertrauensleute-Leitung Flughafen AG Frankfurt/Main

Frauengruppe (Referendarinnen) aus Hamburg

29 BAT-Lehrer(innen) des Schulaufsichtskreises Gifhorn

ÖTV-Gruppe "Jugend hilft Jugend", HH

Gesamtvorstand der GEW, Landesverband Hamburg



Solidaritätserklärung
der ÖTV-Vertrauensleute Universität
Bremen

Am 5.11. hat eine Demonstration gegen die Bürgerinitiative und für die Errichtung des Atomkraftwerk (AKW) Brokdorf stattgefunden, die von der Gewerkschaft ÖTV unterstützt worden ist.

Wir meinen, daß es mit der Position und Aufgabe von Gewerkschaften unvereinbar ist, gegen Bürgerinitiativen (BI) zu demonstrieren, die aus berechtigter Sorge um Leben und Gesundheit der Bevölkerung für den Stop von AKWs eintreten.

Wenn in diesem Zusammenhang mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen und gesicherter Energieversorgung argumentiert wird, so muß doch klargestellt werden, daß für die betroffenen Menschen im Umkreis eines AKW in kaum nennenswerter Anzahl Arbeitsplätze bereitgestellt werden, obwohl ihnen der Bau eines AKW als Regionalerschließung angepriesen wird. Gerade auch ÖTV-Kollegen sollten wissen, daß die Abdeckung vermehrten Energiebedarfs durch Atomstrom in erster Linie der Weg-rationalisierung von Arbeitsplätzen dient. Die Aufforderung zur Besonnenheit gegenüber Kernenergienutzung ist wirklich ein Hohn, wenn man weiß, daß viele Wissenschaftler vor dem Aufbau von Kernenergie-Anlagen warnen, weil die damit zusammenhängenden Sicherheitsprobleme noch längst nicht gelöst sind, was gerade bei Kernenergie lebensbedrohende Gefahren birgt.

Wir sehen in BI eine wichtige Möglichkeit, daß Bürger unseres Staates ihre demokratischen Rechte wahrnehmen und wir meinen, daß die Gewerkschaft solche Bewegung wie die der AKW-Gegner

unterstützen muß und sich nicht auf die Seite derer stellt, die versuchen, die se Bürgerbewegung als kommunistisch gesteuert zu diffamieren, um sich auf diese Weise einer Antwort auf die berechtigten Fragen zum Sicherheitsproblem in der Kernenergieversorgung zu entziehen.

Die massiven, paramilitärischen Polizeiaktionen gegen die BI in Brokdorf verurteilen wir auf das schärfste.

Wenn die Polizei nicht mehr zum Schutz demokratischer Rechte und zum Schutz der Bürger eingesetzt wird, sondern gegen diejenigen, die demokratische Rechte in Anspruch nehmen, müssen Gewerkschaften protestieren und klar Stellung gegen solche Praktiken beziehen.

Wir fordern Euch auf, Euer Vorgehen in Brokdorf und die Gegendemonstration zu erklären, da es uns als Mitglieder der Gewerkschaft nicht gleichgültig ist, was gewählte Vertreter tun und was sie als Standpunkt der gesamten Gewerkschaft in der Öffentlichkeit verkünden.

Als Krankenhauspersonal begrüßen wir es, daß Ihr Eure und die Gesundheit kommender Generationen nicht für Profitinteressen durch den Bau eines Atomkraftwerkes leichtfertig aufs Spiel setzen wollt.

Wir sprechen Euch daher die volle Solidarität für Euren weiteren Kampf gegen die Errichtung eines Atomkraftwerkes in Brokdorf, das eine Bedrohung Eurer Existenzgrundlage bedeutet, aus.

Hamburg, den 29.10.76

6 Kollegen aus dem
Allgemeinen Krankenhaus
Barmbek



SCHUTZVERBAND
DEUTSCHER KLEINGARTENBEWOHNER EV

Schutzverband (SDK), 3000 Hannover, Büttnerstraße 71 D.

Bundesgeschäftsstelle

3000 Hannover
Büttnerstraße 71 D.
Telefon 05 11 / 63 63 87

Konten:
Stadtparkasse Hannover Nr. 121045
Postscheckamt Hannover Nr. 3835 60—300

Ihr Zeichen Ihre Nachricht vom Unser Zeichen Datum

Resolution

Die Bundesregierung und die niedersächsische Landesregierung haben beschlossen in Niedersachsen eine Atommüllwiederaufbereitungsanlage und Deponie zu bauen. Dagegen hat sich an den vorgesehenen Standorten in den Landkreisen Aschendorf, Nienburg und Celle eine breite Front des Protestes und Widerstands gebildet. Eine große Zahl von Bürgerinitiativen hat sich zum Ziel gesetzt, den Bau dieser Anlagen zu verhindern. In Aschendorf und Lichtenhorst wurden Probebohrungen verhindert. Um dennoch den Bau der Anlagen gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen, treffen sich heute in Hannover die Bundesminister Friederichs, Maihofer und Matthöfer zu Beratungen mit Ministerpräsident Albrecht. Ein Schlachtplan a la Brokdorf soll entworfen werden.

Die geplante Anlage ist ein Teil des Energieprogramms der Regierung, das dem Kapital billigen und sicheren Strom liefern soll. Für das Kapital ist die Anlage lebensnotwendig, vermehrt sie doch die Profite. Für das Volk hingegen ist es lebensnotwendig, den Bau zu verhindern, da die radioaktive Strahlung Krankheiten bei den Menschen und Verseuchung der Natur und landwirtschaftlichen Erzeugnisse hervorruft. Diese Anlage wäre der glatte Ruin für die meisten Bauern der betroffenen Region. Der Kampf gegen diese Pläne des Großkapitals und der Regierung ist gerecht und notwendig.

Deshalb solidarisieren sich, die im Kampf gegen die Sanierung der Kleingartengebiete Hannovers, zum Zwecke von Industrieansiedlungen, stehenden Kleingärtner mit den Bürgerinitiativen gegen die Atommüllwiederaufbereitungsanlage. Wir haben den gleichen Gegner, unser Kampf hat das gleiche Ziel. Wenn wir uns entschlossen wehren, können wir Erfolge erzielen!

Schutzverband Deutscher Kleingartenbewohner e.V.

i.A. des Vorstandes und im Namen
aller Mitglieder

[Handwritten signatures]

WYHL IST ÜBERALL !

Wir sind betroffen, daß bei Euch in Brokdorf mit den bauvorbereitenden Maßnahmen unter Polizeischutz begonnen ist. Wir fühlen uns mit Euch verbunden. Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Badisch-Elsässische Bürgerinitiativen Freiburg

Höchst 4. November 76

SOLIDARITÄT SERKLÄRUNG

Wir, eine Gruppe von hessischen Zivildienstleistenden, die in Kirchengemeinden beschäftigt sind und zur Zeit einen Einführungslehrgang in Höchst besuchen, solidarisieren sich mit der BUU und unterstützen eure Forderungen nach

Sofortiger Einstellung der Bauarbeiten am KKW-Brokdorf !

Für uns als Kriegsdienstverweigerer genügt es nicht allein, Atombomben abzulehnen, sondern auch Kernkraftwerke als fest installierte stille Bomben nicht zu dulden. Wir verurteilen den brutalen Einsatz von Bereitschaftspolizei, Bundesgrenzschutz und Werkschutz der NWK gegen die Bevölkerung, die sich zu einer friedlichen Demonstration zusammengefunden hatte.

Die Bevölkerung merkt, daß sie sich nicht auf Parlament und Justiz als Vertreter ihrer Interessen verlassen kann, sondern, daß sie selber Initiativen ergreifen muß. Die Bereitschaft zu organisiertem Widerstand gegen eine organisierte Staatsmacht wird erforderlich, denn -frei nach Bertold Brecht-

Wer sich nicht in Gefahr begibt

kommt in ihr um.

Wir, die Mitglieder der Gewerkschaft ÖTV Neumünster, wenden uns gegen die undemokratischen Maßnahmen der CDU-Landesregierung beim Bau des Atomkraftwerks in Brokdorf. Unter brutalem Polizeieinsatz soll in Brokdorf gegen den Willen der Bevölkerung, die sich durch 72000 Unterschriften und 20500 Einwendungen gegen den Bau ausgesprochen haben, der Bau durchgeboxt werden.

Wir fordern von der CDU-Landesregierung:

- sofortiger Abzug der Polizei
- Baustop und gründliche Prüfung aller Einwendungen
- Kein KKW in Brokdorf, da drei KKW im Untereifelgebiet bereits ein unkalkulierbares Risiko für Umwelt, Bevölkerung und Arbeitsplätze sind.

Wir erklären unsere Solidarität mit dem Kampf der betroffenen Bürger und werden alle Maßnahmen der BUU unterstützen, die darauf gerichtet sind, den Willen der betroffenen Bürger durchzusetzen.

"Mit Empörung haben wir von dem harten Polizeieinsatz durch die Landesregierung Schleswig-Holstein gegen die Aktionen Eurer Initiative Kenntnis genommen.

Damit hat die Landesregierung massiv gegen den Rechtsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel gegen Menschen bei der Wahrnehmung demokratischer Bürgerrechte verstoßen und die Menschenwürde mit Füßen getreten.

Durch den Einsatz von Hundestaffeln, berittener Polizei Werk-schutz, Chemical Mace, dreifacher Stacheldrahtverhau, Drahtgitterzaun, Wassergraben und Lichtenanlage sollt Ihr daran gehindert werden, Euren Rechten und Forderungen, Nachdruck zu verleihen. Wenn die Landesregierung glaubt, Atomkraftwerke einfach über die Köpfe der davon Betroffenen hinweg planen und bauen zu können, lacht sie mit diesen Praktiken allen Bürgerrechten und demokratischen Verfahren Hohn.

Hand in Hand damit geht die Verunglimpfung aller derer, die sich wehren. Ob in Wyhl, Brokdorf oder bei Wahrnehmung von Grundrechten an anderer Stelle, immer mehr macht man sogenannte 'Chaoten' für die Proteste verantwortlich, um so von der Berechtigung der Bürgerproteste und den wirklich Schuldigen abzulenken.

Gerade wir auf dem Flughafen setzen uns täglich mit den Problemen der gesundheitlichen Schäden durch Umweltbelastung auseinander und lehnen gerade deshalb die Schaffung bzw die Erhaltung von Arbeitsplätzen um jeden Preis ab.

Mit solidarischen Grüßen für einen erfolgreichen Kampf.

ÖTV-Vertrauensleute-Leitung
Flughafen AG Frankfurt/Main "

Aufgrund der Vorfälle bei der Demonstration in Brokdorf am 30.10.76 hat die Koordinierungskonferenz der Hamburger Jugendverbände folgende Resolution verabschiedet:

Solidaritätserklärung

Die Koordinierungskonferenz der Hamburger Jugendverbände erklärt sich solidarisch mit den Besetzern des Bauplatzes des Atomkraftwerkes Brokdorf, der Bürgerinitiative Umweltschutz Untereifel und fordert Straffreiheit für die über 50 Festgenommenen.

Sie verurteilt schärfstens das brutale Vorgehen der Polizei und Verhalten der politisch Verantwortlichen.

Die Hamburger Jugendverbände fordern den sofortigen Stop aller Atomkraftwerke, solange Atomkraftwerke nicht ohne Gefährdung des Lebens und der Gesundheit der Bevölkerung arbeiten können. Die Hamburger Jugendverbände

fordern die Bundesregierung auf, den Außenhandel mit Kernreaktoren einzustellen und mit höherem finanzielle Aufwand alternative Energiequellen zu erforschen und nicht mehr mit Millionenbeträgen die Kampagne der Energiekonzerne zu unterstützen. Die Hamburger Jugendverbände fordern:

- Räumung des Platzes und Wiederherstellung des Geländes in den ursprünglichen Zustand
- Abbruch der Bauarbeiten
- sofortiges Verbot der chemischen Keule
- kein Kernkraftwerk in Brokdorf und auch nicht anderswo

Sie fordern weiter auf, die Demonstration und Umgebung der Bürgerinitiative am Samstag den 13.11.76 zu unterstützen.

Weitere Solidaritätsadressen kamen u.a. von

ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek, Frankfurt/Main

Vertrauensleuteversammlung der ÖTV Dortmund, Abt. Sozialarbeit

Versammlung der Stipendiaten der Stiftung Mitbestimmung in Stuttgart, Tübingen, Konstanz, Freiburg des Studienförderungskreises des DGB

23 Angestellte der biologischen Anstalt Helgoland

30 Angestellte der Fa. Psydata, Frkf

Die Mitarbeiter des Kinderheims Erlenbusch, Hamburg

8 Soldaten der Kaserne "Auf der Freiheit", Schleswig

Soldaten der 7. Kompanie des Sanitätsbataillon 2, Tannenbergkaserne Marburg

ÖTV-Gruppe beim Bevollmächtigten des Niedersächsischen Ministers für Wissenschaft u. Kunst für den Hochschulbau

Kollegen des Gesamthafenbetriebs, HH

Die Mitglieder des Hamburger Jugendarbeitskreises der Gewerkschaft Holz und Kunststoff

ÖTV-Betriebsgruppe Amt für Jugend, HH

CEW Studentengruppe der Universität und Pädagogischen Hochschule Kiel

GEW-Betriebsgruppe des Hauptseminars 10 am Hamburger Studienseminar

Die ÖTV-Vertrauensleute am Zentral-krankenhaus Bremen-Nord

Redakteure und Mitarbeiter der Zeitung der DKP "Unsere Zeit"

GEW-Studentengruppe Gießen

ÖTV-Mitgliederversammlung an der Fachhochschule für Sozialpädagogik, Rauhes Haus, Hamburg

Paderborner Atomkraftwerksgegner

Aktion Jugendzentrum Scheessel e.V.

Aachener Bürgerinitiativen

Belegschaft der Buchhandlung Frensche, Hamburg

Physik-AG Gymnasium Stellingen

Betriebsgruppe ÖTV in den Alsterdorfer Anstalten

Gemeinsame gewerkschaftliche Mitgliederversammlung der IGM der Firmen Hamburger Aluminiumwerke und Reynolds Aluminium Deutschland

DAG-Jugend Hamburg

Belegschaft der Fa. Plambeck & Co Druck u. Verlag GmbH

GEW Berlin, Bezirk Neukölln

Arbeitsgruppe Beschäftigte in planenden Verwaltungen, Hannover

Kolleginnen und Kollegen einer Kieler Kindertagesstätte

Teilnehmer eines Seminars für biologische Landwirtschaft

WSL, Sektion Deutschland

Kolleginnen und Kollegen der Familienhilfe des Kreisgesundheitsamtes Rendsburg-Eckernförde, Außenstelle Eckernförde

7 pädagogische Mitarbeiter von 2 Dortmunder Bauspielplätzen

Gewerkschaftlich organisierte Erzieher u. Sozialpädagogen aus dem Raum Neumünster

16 Kollegen im Grossshaus Wegner, HH

Die Zivildienstleistenden des Sozialen Friedensdienstes

16 Teilnehmer eines Wochenendseminars in Falkon (Schwarzwald) der "Initiative für ein gewerkschaftliches Chile-Komitee"

27 Soldaten der 3. Inspektion der San. Schule der Luftwaffe in der Emil-v.-Behring-Kaserne in Klingholz bei Würzburg

Erklärung der Kreismitgliederversammlung des
Schulkreises 31 (Hamburg) vom 29.11.76

Die Kreismitgliederversammlung der GEW, Schulkreis 31, verurteilt das Vorgehen der Landesregierung, die mit Unterstützung der Bundesregierung unter dem Schutz der Polizei und des Bundesgrenzschutzes der Atomindustrie ermöglicht, gegen den erklärten Willen der Bevölkerung ein Atomkraftwerk in Brokdorf zu bauen. Wir schließen uns den Vorstellungen der BUU an, daß es unser legitimes Recht ist, den Bau des AKW auch praktisch auf dem Bauplatz zu verhindern und unterstützen die Vorbereitung zu einer Großkundgebung auf dem Bauplatz Anfang des kommenden Jahres.

Wir erklären uns mit den Forderungen der BUU solidarisch:

- Abzug der Polizei
- Abzug des Bundesgrenzschutzes
- Weg mit dem Stacheldraht und den Baumaschinen
- Keine Verhandlungen, bevor der Bau nicht gestoppt ist, und dann nur öffentlich
- Einstellung aller Strafverfahren
- Kein AKW in Brokdorf oder anderswo
- Keine Wiederaufbereitungsanlage

freunde der erde

postfach 100-221

2 hamburg 1

apportons notre soutien elevons protestation
contre repression manifestation
antinucleaire brokdorf stop demandons
interdiction utilisation gaz chimiques et
reelle information publique

les amis de la terre paris

15.11.76

organisationen til oplysning om atomkraft oaa verurteilt
schaerfstens die empoeerenden gewaltmassnahmen mit welchen
die kieler landesregierung die errichtung eines atomkraft-
werkes bei brokdorf gegen den willen einer besorgten
bevoelkerung durchzusetzen versucht oaa bekundet der bevoelkerung
volle solidaritaet gegenueber dem unverantwortlichen machtmis-
brauch der behoerden

siegfried christiansen sekretar oaa kopenhagen

I WAS PRESENT IN SOLIDARITY AT THE BROKDORF DEMONSTRATION AND
EXTEND MY CONGRATULATIONS TO YOU AND COLLEAGUES ON THE SUCCESS OF
THE DEMONSTRATION STOP AS A GENERAL EXECUTIVE OFFICER OF THE LARGEST
TRADE UNION IN IRELAND I OFFER YOU CONTINUED SUPPORT AND SOLIDARITY
IN THE FIGHT TO PRESERVE OUR WAY OF LIFE FREE FROM EXPLOITATION
AND POLLUTION FROM THE NUCLEAR ENERGY LOBBY STOP DOCTOR PETRA KELLY
AND I SUFFERED THE POLICE RESISTANCE AND GAS ATTACK DURING THE
DEMONSTRATION AND NOW PERSONALLY UNDERSTAND THE NATURE OF THE NON-
VIOLENT CAMPAIGN WHICH MUST BE PURSUED!!

JOHN F. CARROLL
GENERAL PRESIDENT
IRISH TRANSPORT AND GENERAL WORKERS' UNION.

Die beiden folgenden Seiten sind in die 2. Auflage neu aufgenommen worden. Sie sollen zeigen, daß wir nicht nur durch Strafverfahren verfolgt, sondern auch mit Berufsverboten und politischen Entlassungen bedroht werden. An diesen bereits allgemein bekannt gewordenen Fällen zeigt sich, daß die Schaffung einer breiten Öffentlichkeit Schutz gegen solche Angriffe bietet. Die fristlosen Entlassungen von Jens Pommerenke wurden vom Arbeitsgericht zurückgewiesen.

Auch die im folgenden Offenen Brief an die Kriminalpolizei in Siegen geschilderten Vorgänge haben in der örtlichen Presse Empörung hervorgerufen.

Zusammenstellung aus Pressemitteilungen des Rechtsanwalts von Jens Pommerenke

DER FALL POMMERENKE BEWEIST:

DIE BETREIBER DER KKWs SCHREIBEN SICH IHRE GUTACHTEN SELBST

Jens Pommerenke, Ingenieur für Kerntechnik, ist in der Abteilung Kernenergie und Strahlenschutz beim TÜV Norddeutschland beschäftigt. Weil er an einer Kundgebung der Bürgerinitiative am 30.10.76 in Brokdorf teilgenommen hat, kündigte ihm der TÜV das Arbeitsverhältnis 2mal fristgemäß und 3 mal fristlos (damit es auch wirklich klappt). Ihm wird vorgeworfen, daß durch seine Anwesenheit in Brokdorf

"die Neutralität und Unabhängigkeit unserer Sachverständigen in Zweifel gestellt werden könne".

Dies nach Ansicht des TÜV insbesondere deshalb, weil Pom. seine Anwesenheit in Brokdorf damit begründete, daß er sich die Argumente der BUJ anhören wollte. Dazu ein wörtliches Zitat aus einem Schreiben des TÜV:

"Zutreffend beginnt der Kläger damit, daß absolute Neutralität die Grundvoraussetzung für die zu erteilenden Gutachten ist. Gerade aber das schließt aus, daß für diese Gutachten die Volks- bzw. Bevölkerungsmeinung auch nur die geringste Bedeutung haben kann. Die Meinung der Bauern, der Fischer, der Arbeiter und der dort lebenden Bevölkerung insgesamt hat nach Ansicht des TÜV mit der Sache nicht das geringste zu tun. Wessen Ansicht für die "Neutralität" der Gutachten maßgebend ist, macht folgendes deutlich:

Der TÜV ist ein rein privates Unternehmen. Er erstellt Gutachten über die Sicherheit von KKWs, so auch eines über das KKW in Brokdorf im Auftrage des Sozialministers von Schleswig-Holstein.

Im Vorstand des TÜV sitzen u.a. die gleichen Personen, die die Kernkraftwerke betreiben. Folgende Unternehmen sind vertreten:

HEW, KKW Brunsbüttel GmbH, KKW Krümmel GmbH, KKW Stade GmbH, VEBA AG, Preussag, Interatom GmbH, Uran GmbH & Co. KG, Gesellschaft für Kernenergie in Schiffbau und Schifffahrt und andere mehr.

Die Betreiber der Kernkraftwerke und deren Nutznießer begutachten sich folglich selbst. Dafür erhalten sie noch Millionenbeträge aus Steuergeldern.

Störfälle dürfen übrigens nur nach vorheriger Rücksprache mit dem Bundesministerium für Inneres an die Öffentlichkeit weitergegeben werden. Die Liste der Störfälle in Kernkraftwerken in der gesamten BRD ist erschreckend umfangreich, sie ist auf Anordnung geheim zu halten.

Aus diesen Gründen unterdrückt der TÜV jede Regung, die auch nur den geringsten Anschein der Sympathie mit den Gegnern der Kernkraftwerke vermuten läßt.

Die drei fristlosen Kündigungen gegen Jens Pommerenke hat das Arbeitsgericht in erster Instanz für unwirksam erklärt. Der TÜV ist demnach verpflichtet, Jens Pommerenke sofort weiter zu beschäftigen. Der TÜV weigert sich jedoch bis jetzt, dem Urteil Folge zu leisten.

Über die fristgemäßen Kündigungen ist noch keine Entscheidung ergangen.

Diese Protestresolution wurde von dem amerikanischen Atomenergiegegner Professor Gofman dem Brüsseler Internationalen Umweltschutzkongreß vorgelegt und dort einstimmig verabschiedet.

KEIN BERUFSVERBOT FÜR PROFESSOR JENS SCHEER !

Der Bremer Kernphysiker Professor Jens Scheer ist von Entlassung bedroht. Er ist einer der wenigen kompetenten wissenschaftlichen Kritiker des Atomenergieprogramms. Er hat ein Projekt initiiert, das die Propaganda von Regierungen und Industrie für Atomenergie wissenschaftlich widerlegt, und ist eigentlich der Begründer der organisierten wissenschaftlichen Unterstützung

von Bürgerinitiativen in Deutschland. Die Begründung für die Entlassung - seine Mitgliedschaft in der KPD - kann in einem sich demokratisch nennenden Land nicht geduldet werden; sie erinnert an die Ära des Nazi-Faschismus und der MacCarthy'schen Hexenjagd.

Wir fordern:

SOFORTIGER STOP DER VERFAHREN GEGEN PROFESSOR SCHEER !
FÜR FREIE POLITISCHE UND WISSENSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG !
SCHLUSS MIT DER ATOMENERGIE ÜBERALL !

OFFENER BRIEF

An die
Kriminalpolizei Siegen

3. Januar 1977

Bei der Demonstration am 30.10. 1976 gegen das geplante AKW Brokdorf ist mir mein Gepäck abhanden gekommen. Nachdem ich mich bei der Kriminaldirektion Itzehoe danach erkundigt habe, ist ein Ermittlungsverfahren wegen Hausfriedensbruch gegen mich eingeleitet worden. Ich sollte mich einem Verhör unterziehen und jetzt der erkennungsdienstlichen Behandlung meiner Person. Weder mir noch meinem Rechtsanwalt wurden bisher die Gründe dafür mitgeteilt.

Über mein Gepäck, dessen Wert ich auf über 300 DM schätze, habe ich dagegen bis heute noch keine Auskunft erhalten. Dabei wurde mir berichtet, einige Gepäckstücke seien von Polizisten ohne Not und mutwillig verbrannt worden.

Aus Hamburg erfahre ich, daß dort Personen, die sich persönlich nach verlorengegangenen Sachen erkundigten, Aussagen unterschreiben mußten und zwangsweise erkennungsdienstlich behandelt wurden. Dann erst wurden sie wieder frei gelassen.

Südamerikanische Verhältnisse ? Polizeistaat in Aktion ? !!!

Mir scheint es hier der Polizei und ihrer politischen Führung nicht darum zu gehen, ihre gesetzliche und moralische Aufgabe zu erfüllen, sondern

- 1.) ihr grausames Vorgehen (ich habe es gesehen und mich um eine Verletzte gekümmert) gegen die demonstrierenden Umweltschützer durch Kriminalisierung der Demonstranten zu vertuschen und
- 2.) Bürger, die ihr Grundrecht auf freie Meinungsäußerung wahrnehmen und gegen die Profitinteressen der Atomkraftwerksbetreiber vor den Gefahren der Atomenergie warnen, für die Gesundheit aller Bürger dieses Staates aktiv und mit viel Idealismus eintreten, so einzuschüchtern, daß sie es nicht mehr wagen, ihre Rechte wahrzunehmen.

Aus Protest über dieses Vorgehen, aus Solidarität zu allen verletzten Polizisten und Demonstranten und den vielen anderen verfolgten Umweltschützern und aus Sorge um unsere aus den Menschenrechten und aus dem Grundgesetz bestehenden Freiheiten weigere ich mich daher, der Vorladung zur erkennungsdienstlichen Behandlung meiner Person für den 4.1. 1977 zu folgen! Die für dieses Vorgehen verantwortlichen Politiker fordere ich auf, ihr Vorgehen doch endlich zu überdenken!

Norddeutsche Rundschau

"Sabotagefall. Heiligenstedten (be). Erneut ereignete sich ein dreister Sabotagefall gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf. Diesmal am helllichten Nachmittag. Freitag, 3. Dezember, gegen 15 Uhr an der Ampel in Heiligenstedten, mitten im Ort. Die Ampel zeigte "rot" und zwang den Fahrer eines Kies-Lkw aus Itzehoe zum Anhalten. Im gleichen Augenblick sprangen junge Leute auf, beklebten die Windschutzscheibe mit Plakaten gegen den Kernkraftwerksbau, lösten wieder den Bremsschlauch zwischen Zugmaschine und Anhänger, so daß das Fahrzeug blockiert war, und beschmierten es mit roter Farbe. Die dreiste Gruppe fand noch Zeit, ihr "Werk" zu fotografieren - und verschwand mit 2 bereitstehenden Pkw. Es soll sich um 8 bis 10 junge Leute, darunter auch eine junge Frau handeln. Sie konnten vorerst unerkannt entkommen."

Hamburger Abendblatt, 15.11. 1976

Ein Oberbeamter der Polizei an einer Absperrung bei Wilster: "Wenn man erlebt, wie viele Menschen sich hier engagieren, wird man doch sehr nachdenklich. Ich bin froh, nicht direkt am Werk Dienst tun zu müssen. Ich hätte es für besser gehalten, die Konfrontation zu vermeiden und die Polizei vom Werksgelände ganz abzuziehen. Meinen Namen möchte ich nicht nennen."

B R O K D O R F
DER BAUPLATZ MUSS WIEDER
ZUR WIESE WERDEN !

Eine Dokumentation des Widerstandes gegen das geplante Atomkraftwerk in Brokdorf und Orientierungshilfe für Besucher des Bauplatzes.

Erscheint Anfang Februar 1977

Preis: ca. 8 DM

Im Selbstvertrieb oder Verlag
Association, Postfach 132251
2000 Hamburg 13.



Chemische Keule

Augen schmerzen - Gesicht schwillt

Hamburg/Brokdorf — Die uniformierten Bewacher von Brokdorf haben in vielen Fällen die „Chemische Keule“ gegen Demonstranten eingesetzt. Die MORGENPOST fragte Ärzte und Polizei nach der Gas-sprüh-Waffe.

Für Dr. Ebel vom Kieler Innenministerium dagegen ist die chemische Keule nach einer Fülle von Gutachten „als polizeiliche Waffe zugelassen“.

Dr. Jost Steppeler vom Wilster Krankenhaus, der 26 verletzte Demonstranten behandeln mußte: „Die Betroffenen erleiden stechende Schmerzen an den Augen, die Bindehaut entzündet sich, das Gesicht schwillt an.“

Das verwendete Kampfgas „Weißkreuz“ (Chloracetophenon) ist, so Dr. Steppeler, seit Jahren von der UNO verboten. In höheren Konzentrationen bewirke es

Lungengeschwülste, in der medizinischen Fachliteratur seien Todesfälle durch „Weißkreuz“ bekanntgeworden.

Nach der Gebrauchsanleitung der Innenminister soll die Keule mit einem Mindestabstand von zwei Metern eingesetzt werden. „Aber wer kann da im Gedränge drauf achten“, sagt Dr. Steppeler.

Die sogenannte „Chemische Keule“ ist weiter umstritten. Nach vielen Gutachten wurde sie aber als Polizeiwaffe zugelassen.

Nach der Gebrauchsanleitung der Innenminister soll die Keule mit einem Mindestabstand von zwei Metern eingesetzt werden. „Aber wer kann da im Gedränge drauf achten“, sagt Dr. Steppeler.

HH - Morgenpost 13.11.

Brokdorf: Chefarzt von Kripo bedrängt

(HH - Morgenpost 13.11.)

Die „Bürgerinitiative-Umweltschutz-Unterelbe“ (BIUU) hatte vorher erklärt: „Bei Einsätzen von Polizei und Grenzschutz am 13. November sind rund 700 Demonstranten zum Teil schwer verletzt worden. Zwei schweben noch in Lebensgefahr.“

Die meisten Verletzungen hätten sich aus dem „massiven und wahllosen Einsatz“ verschiedener Giftgase (Trümpgas, chemische Keule) ergeben. Diese Mittel hätten zu Augenverletzungen, Hautverätzungen, Atemnot, bedrohlichen Kreislaufreaktionen,

geführt.

Empört zeigte sich in diesem Zusammenhang der Chefarzt des Wilster Krankenhauses, Dr. Jost Steppeler: „Ausmaß und Schwere der Augenverletzungen waren erschreckend!“

Steppeler: „Nachdem alle behandelt waren, wurde ich von Kripo und Staatsanwaltschaft bedrängt, meine Schweigepflicht zu brechen, indem sie von mir eine Namensliste aller verletzten Demonstranten forderten. Hier, nicht bei den Demonstranten, beginnt die Gefahr für unseren Rechtsstaat!“

Zahlreiche Menschen werden wegen ihrer Teilnahme an den Kundgebungen der BUU durch Polizei und Justizbehörden verfolgt. Journalisten, die ehrlich über die Ereignisse berichteten, werden unter Druck gesetzt; ein Ingenieur, Sachverständiger für Kerntechnik beim TÜV, wurde wegen der Teilnahme an der Demonstration am 13.11. entlassen. Zu einem weiteren Vorfall veröffentlichte die BUU folgendes Flugblatt:



Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe

P R E S S E E R K L Ä R U N G

VERFOLGUNG von ATOMKRAFTSGEGNERN

Wie uns bekannt geworden ist, werden derzeit im Zusammenhang mit den Großkundgebungen der BUU am 30.10. und 13.11. von der Polizei Ermittlungen angestellt. An zahlreiche Personen sind in den letzten Wochen Vorladungen ergangen. Es wird ihnen in der Regel "schwerer Hausfriedensbruch" und "Sachbeschädigung" vorgeworfen. Als Anhaltspunkte dienen vermutlich Gegenstände, die der Polizei bei ihrer brutalen Räumung des Bauplatzes am 30.10. in die Hände fielen. In ihren Ermittlungen setzt die Polizei ihre Versuche fort, Atomkraftsgegner einzuschüchtern, zu kriminalisieren und in der Öffentlichkeit zu diffamieren. Sie scheut dabei vor rechtswidrigen Übergriffen nicht zurück: Eine junge Frau berichtet:

" Am Donnerstag, den 2.12. bekam ich einen Brief von der Polizei, in dem mir mitgeteilt wurde, daß gegen mich 1) wegen Hausfriedensbruch ermittelt werde, 2) ich Fundsachen (Personalausweis, Führerschein, Sparkassenbuch) bei der Polizei abholen könne. Am Freitag, den 3.12. ging ich zu der angegebenen Polizeidienststelle mit dem Vorsatz, lediglich meine Papiere abzuholen und von meinem Recht Gebrauch zu machen, nichts zu dem in dem Brief enthaltenen Vorwurf zu sagen. Im Polizeihochhaus wurde ich zunächst von einem Beamten zum anderen geschoben. Schließlich beschäftigte sich ein junger Beamter mit mir, der mich durch besonders kollegiales Verhalten zu Aussagen bewegen wollte. Nach längerer Befragung mußte ich Vernehmungsformulare unterschreiben (in denen Daten zu meiner Person und meine Aussageverweigerung aufgenommen waren), die vorher als Empfangsbescheinigungen für meine Papiere ausgegeben worden waren. Es wurde mir dabei gedroht, daß ich meine Papiere nicht bekäme, wenn ich nicht unterschriebe. Danach mußte ich dann die richtige Empfangsbescheinigung unterschreiben. Danach wurde ich unter meinem heftigen Protest durch viele Gänge über einen Innenhof in den Kriminaltrakt geführt, wo angeblich ein Foto von mir gemacht werden sollte, wobei mir der Beamte trotz meiner Forderung keine Begründung dafür angab. Ich wurde anderen Beamten übergeben, die mich zunächst alleine auf einer Bank sitzen ließen. Ich konnte das Gebäude nicht verlassen, weil alle Ausgänge durch schwere Eisentüren verschlossen waren, die nur von bestimmten Beamten geöffnet werden konnten. Nach etwa 30 Minuten mußte ich mit einem Beamten in einen Raum gehen, wo mehrere Photos in verschiedenen Perspektiven von mir gemacht wurden (sitzend, stehend, mit einer Puppe...). Anschließend wurde das Gleiche in einem anderen Raum noch einmal wiederholt. Nach längerer Wartezeit wurden dann Aufzeichnungen über meine äußeren Merkmale gemacht (Augenfarbe, Haarfarbe, Porträtzeichnung?).

Obwohl ich protestierte, wurden dann auf verschiedenen Schriftstücken über 100 Fingerabdrücke von mir gemacht, wobei ein Beamter meine Finger auf das Papier drückte und hin und her drehte, was ziemlich schmerzhaft war. Danach mußte ich unter Protest 4 gleichlautende Schriftstücke mit meinen Daten, einschließlich Fingerabdrücke und Platz für Photo, unterschreiben. Insgesamt wurde ich ungefähr 3 Stunden festgehalten."

Dies Verhalten der Polizei ist unter rechtlichen Gesichtspunkten nicht vertretbar. Es handelt sich dabei nicht um einen vereinzelt oder zufälligen Übergriff, es entspricht dem brutalen, rechtswidrigen Verhalten, das die Polizei von Anfang an den Gegnern von Atomkraftwerken entgegengebracht hat. Wir werden nicht zulassen, daß einzelne Atomkraftsgegner stellvertretend für alle eingeschüchtert und kriminalisiert werden. Wir werden sie praktisch unterstützen. Wir bitten alle Betroffenen, sich mit dem zu diesem Zweck gegründeten Ermittlungsausschuß in Verbindung zu setzen. Wir werden uns nicht durch Polizeimaßnahmen in unserem Widerstand gegen das Atomkraftwerk Brokdorf beirren lassen.

Die Versuche, Atomkraftsgegner zu diffamieren und mundtot zu machen, erstrecken sich nicht nur auf polizeiliche Maßnahmen. Die Landesregierung von Schleswig-Holstein versucht derzeit auch, auf kritische Journalisten u.a. beim NDR Druck auszuüben und Einfluß auf die Berichterstattung in Funk und Fernsehen zu nehmen. Wir verurteilen aufs Schärfste diesen Angriff auf Presse- und Meinungsfreiheit.

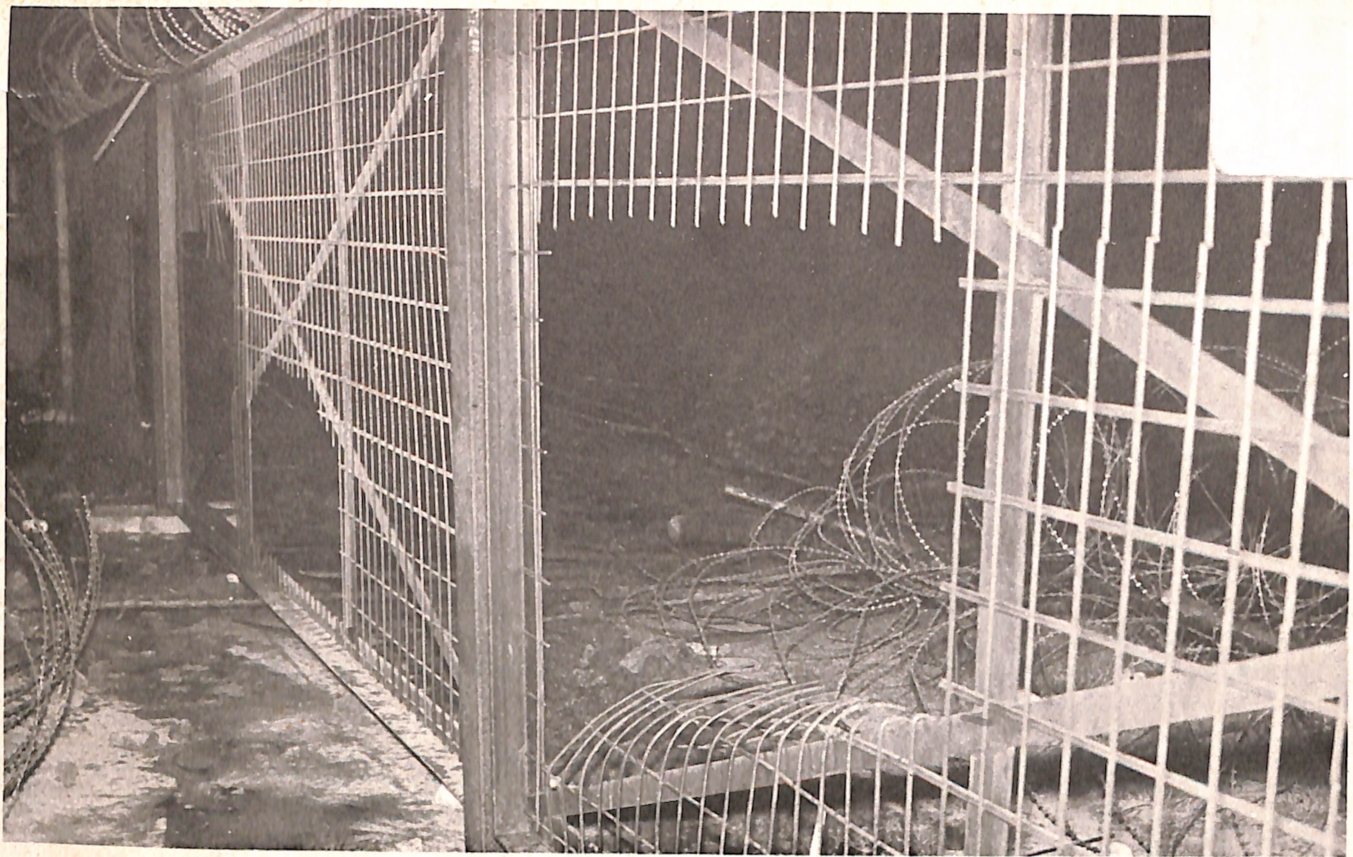
Auf Grund des obenstehenden Berichts empfehlen wir im Umgang mit Polizei und Staatsanwaltschaft folgendes Verhalten:

- Vorladungen: a) zur Polizei: nicht hingehen.
b) zur Staatsanwaltschaft: anrufen, daß man nur Angaben zur Person machen wird; wird auf Erscheinen bestanden: hingehen, keine Aussagen zur Sache machen.
- Hausdurchsuchungen: Durchsuchungsbefehl zeigen lassen; sofort Zeugen herbeiholen, die Durchsuchung ständig beobachten; mit Anwalt in Verbindung setzen; beschlagnahmte Papiere und Gegenstände versiegeln und protokollieren lassen; jeder Beschlagnahme ausdrücklich widersprechen.
- Abholen von Sachen: a) verlorene Sachen: nicht selbst hingehen (1 Jahr Frist); mit Ermittlungsausschuß in Verbindung setzen!
b) beschlagnahmte Sachen: bei Beschlagnahme Widerspruch einlegen; Entscheidung beim Amtsrichter verlangen; vorm Abholen mit Ermittlungsausschuß in Verbindung setzen.
- Bußgeldbescheid (Strafbefehl): innerhalb einer Woche Einspruch einlegen (die Frist beginnt mit Eintreffen des Briefes oder der Benachrichtigung!); nichts vorschnell akzeptieren: auch geringe Strafbefehle gelten als Vorstrafe!; mit Ermittlungsausschuß und Anwalt in Verbindung setzen.
- Verhalten bei Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht: nur eigene Personalien angeben (Name, Geburtsdatum, Anschrift, allgemeine Berufsbezeichnung); Dienstnummern und Namen der Beamten geben lassen; NICHTS UNTERSCHREIBEN! NICHTS!; im Zweifel Anwalt anrufen.

Presserechtlich verantwortlich und Kontaktadresse für Ermittlungsausschuß: Klaus Derikum; Eppendorfer Baum 4; 2000 Hamburg 20
Telephon: 040-4807818
Fundsachen: Jan Lütjhe; Bielfeldstr. 2; 2000 Hamburg 50
Telephon: 8800218

Auflage: 10000 Druck: Bogenruck

Spendenkonto "Verletzttenhilfe" Westbank (BLZ 20030000) Nr. 11/18397
Spendenkonto "Rechtshilfe" Westbank Nr. 11/18413 (beide BUU Altona)



PRESSEERKLÄRUNG DER BÜRGERINITIATIVEN
UMWELTSCHUTZ UNTERELBE vom 3. 12. 1976:

Weil wir wissen, daß Atomanlagen unser Leben gefährden erklären wir:

Wir wollen kein Atomkraftwerk in Brokdorf oder anderswo.

Wir haben erfahren, daß wir durch Verhandlungen, Gesprächen mit Politikern, Podiumsdiskussionen und Erörterungsterminen allein unser Recht nicht bekommen. Wir halten es deshalb für unser legitimes Recht, den Bau des AKW am Platz zu verhindern und bereiten uns darauf vor. Wir wissen, daß unser Gegner nicht die Polizei ist, sondern die Verantwortlichen in Kiel und Bonn und in der Industrie. Unsere Kraft sind die richtigen Argumente, die Entschlossenheit großer Teile der Bevölkerung und ihre offene Entrüstung.

Unsere Forderungen sind unverändert:

ABZUG DER POLIZEI

ABZUG DES WERKSCHUTZES

WEG MIT DEN BAUMASCHINEN

KEINE VERHANDLUNGEN BEVOR DER BAU GESTOPPT
IST, UND NUR ÖFFENTLICHE VERHANDLUNGEN

EINSTELLUNG ALLER ERMITTLUNGSVERFAHREN UND
STRAFVERFOLGUNGEN

SCHLUSS MIT DEN BÜRGERKRIEGSMANÖVERN

KEIN AKW IN BROKDORF UND AUCH NICHT ANDERSWO

KEINE WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE

Wir fordern alle Gruppen und Einzelpersonen auf,
sich auf eine Großkundgebung Anfang Februar 77
am Bauplatz in Brokdorf vorzubereiten.

DER BAUPLATZ MUSS WIEDER ZUR WIESE WERDEN!!!!

Als Termin für die Großkundgebung ist der 19. Februar 1977 festgelegt worden.

X-----

Wir unterstützen den Aufruf der Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe,
am 19. Februar 1977 zu einer Großkundgebung am Bauplatz in Brokdorf
zu kommen.

NAME

ADRESSE/TELEFON

UNTERSCHRIFT